

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 29. Februar 2016**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **4. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 13.02 Uhr

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 25.01.2016 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

---

**\*Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 18.02.2016 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

Darlehen zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen, Änderung der Rückzahlungskonditionen  
DI-Verf-040-2016

Bgm. Dr. Rabl: Die OÖ Landesregierung ersucht um folgende Vorlesung: Der zins- und tilgungsfreie Zeitraum jener Investitionsdarlehen und Bedarfszuweisungen, die zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen gewährt wurden, wird für die Darlehen, die vor dem Inkrafttreten der Landesförderungsrichtlinien 1994 gewährt wurden, in Abänderung der bezüglichen Beschlüsse bis zum 31.12.2021 verlängert. Der zins- und tilgungsfreie Zeitraum jener Investitionsdarlehen und Bedarfszuweisungen, die nach der Verlautbarung der Landesförderungsrichtlinien für die Siedlungswasserwirtschaft des Jahres 1994 gewährt wurden, wird ebenfalls bis zum 31.12.2021 verlängert. Hiervon ausgenommen sind jene Darlehen von Gemeinden und Wasserverbänden, bei denen Verträge gemäß § 18 Wasserbautenförderungsgesetz 1985 abgeschlossen wurden. Die sonstigen Bestandteile der bezüglichen Beschlüsse bleiben wie bisher unverändert aufrecht.

In Wirklichkeit sagt uns das Land Oberösterreich damit, dass wir mehr Zeit haben für allfällige Rückzahlungsdarlehen, nämlich bis 31.12.2021.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Erhalt des Bargeldes, Resolution  
DI-Verf-2004-2015

GR. Haböck: Die Dringlichkeit dieses Antrages ergibt sich aus der derzeit aktuellen Diskussion. Es ist kein Zufall, dass in den Medien das Thema Bargeldverbot, Bargeld-Abschaffung, Obergrenzen, gerade so stark präsent ist, da es diese Überlegungen und Diskussionen auf den verschiedensten politischen Ebenen gibt. Mir und unserer Fraktion ist bewusst, dass wir das nicht im Gemeinderat entscheiden. Aber es ist ein entscheidendes Signal, wenn sich dieses Gremium klar für die Freiheit der Bürger ausspricht. Im Namen meiner Fraktion darf ich darum bitten die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Die Dringlichkeit wird mit

gegen 35 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion )  
1 Nein-Stimme (NEOS)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag wird am Ende der Tagesordnung behandelt.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Kürzung bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge und Deckelung der  
Mindestsicherung für Mehrkind-Familien – Resolution  
DI-Verf-2005-2016

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Aufgrund von unterschiedlichen Auslegungen der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird dieser Dringlichkeitsantrag ausnahmsweise vordringlich behandelt.

Der Tagesordnungspunkt 18.) sollte abgesetzt werden. Es geht hier um den Verkauf einer stadteigenen Wohnung an die Familie Milic. Diese ist vom Kauf zurückgetreten, weshalb es keinen Sinn hat darüber abzustimmen. Wir werden diesen Punkt daher von der Tagesordnung absetzen. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Ich ersuche um Abstimmung.

Der TOP 18.) Drasko und Nadice Milic, Wels, Kalkofenstraße 38, Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 5 im Objekt Wels, Zeileisstraße 21, DI-LV-004-2016, wird einstimmig von der Tagesordnung genommen.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Kürzung bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge und Deckelung der  
Mindestsicherung für Mehrkind-Familien – Resolution  
DI-Verf-2005-2016

GR. MMag. Rumersdorfer: Die ÖVP-Fraktion brachte gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion Ende Jänner einen Antrag im Landtag ein, worin sie die Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte von 914 Euro auf 320 Euro kürzen wollen. Außerdem soll die Mindestsicherung für Mehrkind-Familien gedeckelt werden. Es ist bereits eine 60 %-Kürzung beim zweiten Kind geplant und ab dem dritten Kind soll es dann gar nichts mehr geben. Diese Kinder müssen dann wohl von Luft und Liebe leben? Also „unser Geld für unsere Leut“ schaut meiner Meinung nach anders aus.

Es wird bei denen gespart, die ohnehin wenig Geld zum Leben haben und die generell kein hohes gesellschaftliches Ansehen genießen können. Eine Neiddebatte auf ihren Rücken auszutragen ist wirklich alles andere als fair. Die Mindestsicherung bei Flüchtlingen zu kürzen, würde jegliche Integrationsbemühung ad absurdum führen und viele in die Armut bringen, noch bevor sie in Österreich richtig Fuß fassen und sich etablieren konnten. Bis jemand, der frisch nach Österreich kommt, angemessen Deutsch spricht – insofern die Deutschkurse überhaupt angeboten werden, für viele fehlt auch hier das Geld – um einer Arbeit, die ein Einkommen sichert, nachgehen zu können, vergeht nun mal eine ganze Weile. Sollen diese Personen bis

sie eine Arbeit gefunden haben dahinvegetieren? Mit 320 Euro kommt man in Österreich wirklich nicht sehr weit. Es ist kein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben möglich.

Auch die Mindestsicherung für Mehrkind-Familien zu deckeln, ist ein ähnliches Fiasko. Es trifft vor allem Alleinerzieher und Kinder. Oft reicht ein Verdienst nicht aus, um ein Einkommen zum Auskommen zu sichern, noch dazu nicht in der aktuellen Arbeitsmarktsituation, in der wir uns zur Zeit befinden.

Sicher, es gibt da und dort „schwarze Schafe“, die das System ausnutzen – das weiß ich auch – und froh sind, wenn sie das Geld vom Staat bekommen für das sie nichts arbeiten müssen. Ich leugne nicht, dass es - wenn auch nicht viele - Personen gibt, die es sich in der sogenannten sozialen Hängematte gemütlich machen. Aber aus meiner Erfahrung im arbeitsmarktpolitischen Kontext weiß ich, dass dies meist Personen sind, die psychisch oder physisch so angeschlagen sind, dass es ihnen oft nicht möglich ist ihr Leben auf eigene Faust zu bestreiten. Sie brauchen die Unterstützung vom Staat, um nicht in Armut und/oder Obdachlosigkeit abzurutschen. Noch dazu mit Kindern. Aber das ist eine ganz andere Geschichte.

Um aus unserer Gesellschaft keine Zweiklassengesellschaft zu machen und um die Schere zwischen arm und reich nicht noch weiter aufgehen zu lassen, bitte ich sie den beiden Resolutionen zuzustimmen, um den sozialen Frieden in Oberösterreich und auch in Wels zu erhalten.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Es geht hier nicht um eine Neiddebatte. Es geht darum, dass die BMS ein sehr teures Werkzeug geworden ist und nicht gerade dazu anhält sich wieder einen Job zu suchen, wenn ich davon ausgehe, dass ein Alleinstehender 914 Euro erhält, eine fünfköpfige Familie ca. 2.000 Euro zuzüglich Familienbeihilfe, zuzüglich Wohnbeihilfe und zuzüglich alle Rezeptgebührenbefreiungen. Welchen Menschen soll man erklären, er soll für 1.400 Euro netto arbeiten gehen, wenn er die ganzen Vorzüge dann nicht mehr erhält. Also ich denke, man muss die BMS neu gestalten, um auch hier wieder mehr Aspekte zu schaffen sich eine Arbeit zu suchen.

GR. Hufnagl: Bei diesem Antrag geht es um zwei Resolutionen, also eigentlich Briefe, die wir der Landesregierung bzw. der Bundesregierung schicken. Manchmal frage ich mich, was das Land oder der Bund mit unseren vielen Resolutionen tut – wahrscheinlich in irgendeine Ablage legen.

Nun zu den eigentlichen Themen: Ein Thema betrifft die Kürzung der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge. Das zweite Thema betrifft die Deckelung der Mindestsicherung. Bei der Kürzung ist zu sagen, eine Kürzung von derzeit 914 Euro auf 320 Euro ist einfach fachlich falsch. Da geht es nicht einmal um Ideologien oder Neiddebatten, es geht einfach um die Tatsache, dass man sich für 320 Euro in Österreich das Wohnen und Leben nicht leisten kann. Was passiert, wenn sich die Menschen das nicht leisten können? Sie werden in die Obdachlosigkeit getrieben und fördert damit, dass die Menschen irgendwie anders versuchen sich Geld zu besorgen, um ihr tägliches Leben zu bestreiten. Also es ist anzunehmen, dass die Eigentumsdelikte usw. steigen werden. Das können wir doch auch nicht wollen!

In Summe ist diese Differenz zwischen 914 und 320 Euro für alle anerkannten Flüchtlinge in Österreich ein so geringer Betrag, dass sozusagen das Kürzen viel mehr kosten würde. Das kann doch nicht der richtige Weg sein.

Außerdem sollten wir schauen, dass die anerkannten Flüchtlinge ehestmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden, denn wenn diese arbeiten dürfen, stellt sich die Frage nach der Mindestsicherung nicht mehr so sehr, dann leisten sie einen Beitrag zur Gesellschaft und einen Beitrag zur Abdeckung dieser Mindestsicherung. Für den Erhalt der Mindestsicherung gehört natürlich ein gewisses Mindestmaß an Integration – da bin ich völlig ihrer Meinung. Wenn sich

Personen nicht wirklich integrieren wollen, z.B. irgendwelche vorgeschriebenen Kurse nicht besuchen usw., dann könnte über eine Kürzung gesprochen werden.

Die geplanten Kürzungen für subsidiär Schutzberechtigte in Österreich können nicht durchgeführt werden – diese sind gesetzlich nicht möglich. Sie haben dieselben Kern- und Mindestleistungen wie österreichische Staatsangehörige zu erhalten. Das ist die Rechtslage.

Die Mindestsicherung bleibt auch nach der Deckelung eine Inaktivitätsfalle. Das Problem liegt darin, wenn jemand eine geringfügige Arbeit annimmt, wird ihm 1:1 die Mindestsicherung gekürzt. Das ist das Problem. Warum soll eine Person arbeiten gehen, wenn dann die Mindestsicherung gekürzt wird. Dieses 1:1-Verhältnis gehört geändert. Das große Problem der Mindestsicherung ist die Nichtmöglichkeit eines Zuverdienstes. Wesentlich ist natürlich, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist leicht zu sagen, die Menschen sollen arbeiten gehen, wenn es keine Arbeitsplätze gibt.

Deckelung der Mindestsicherung ist verfehlte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf dem Rücken von Jobsuchenden und Armen – das ist falsch! Deshalb werden wir den Antrag der GRÜNEN unterstützen.

GR. Wiesinger: Zu Beginn möchte ich zu den Ausführungen von Kollegen Hufnagl Stellung beziehen. Wenn ich dich richtig interpretiere sagtest du, die bedarfsorientierte Mindestsicherung darf nicht gestrichen werden, weil sonst die Menschen einbrechen gehen oder sich sonst irgendwie Geld beschaffen. Das kann kein Grund für eine Auszahlung der BMS sein. Wir leben in einem Rechtsstaat. Da soll nicht der Einbrecher belohnt werden, sondern derjenige, der arbeitet. Du sagtest richtig, die Differenz ist wenig. Den Ausführungen von Kollegin Raggl-Mühlberger gebe ich Recht, Arbeit muss sich lohnen. Der Unterschied ist sehr gering. Eine fünfköpfige Familie (zwei Erwachsene, drei Kinder) beziehen die BMS in Höhe von 2.350 Euro. Die Statistik Austria führt aus, dass eine fünfköpfige Familie, der Vater arbeitet Vollzeit und die Mutter Teilzeit, gemeinsam 2.460 Euro verdient. Wir reden von einer Differenz von 110 Euro. Bei der Diskussion um die Kürzung der BMS geht es um Nachhaltigkeit und vor allem um Gerechtigkeit. Können wir uns das noch leisten? Im Jahr 2011 bezogen rund 11.000 Personen die BMS, im Jahr 2014 waren es schon fast 18.000 Personen. Ob wir uns diese Steigerungen noch auf Dauer leisten können, muss hinterfragt werden. Ebenso muss hinterfragt werden, ob das derzeitige Sozialsystem noch den auf uns zukommenden Herausforderungen (Flüchtlingsdiskussion) entspricht. Wir werden diesen Antrag nicht unterstützen.

StR. Reindl-Schwaighofer: In dieser Diskussion lässt sich vortrefflich über Zahlen streiten, die bei näherer Betrachtung nicht standhalten. Bei diesen Vergleichszahlen ist immer ein wesentlicher Punkt, dass die BMS zwölfmal und die Gehälter vierzehnmal im Jahr ausbezahlt werden. Wenn wir uns die Jahreseinkommen ansehen und dieses durch ein Zwölftel rechnen, werden wir sehr schnell sehen, dass dieses „Abstandsgebot“ noch in vielen Fällen greift.

Die Republik Österreich und die Länder mit der § 15a-Vereinbarung haben sich vor einigen Jahren dazu bekannt Menschen aus der Armut zu führen und Menschen, die am Regelarbeitsmarkt keine Arbeit bekommen, die aus verschiedensten Gründen in den Arbeitsmarkt nicht integriert werden können, eine BMS zu geben, damit Armut heute nicht Hungern heißt, dass Armut heute nicht Obdachlosigkeit bedeutet, sondern dass Menschen menschenwürdig leben können und gesellschaftlich beteiligt sind. Das war die gemeinsame Vereinbarung der Republik Österreich.

Z.B. wird in Finnland das Grundeinkommen diskutiert, wir haben sozusagen unterschiedliche Systeme und Ansichten. Wenn wir heute die BMS auf 300, 350 oder 450 Euro kürzen, dann sagen wir gleichzeitig, dass in Österreich ein Mensch mit dieser Summe existieren kann. Das war auch der Hinweis vom Kollegen Hufnagl, dass Menschen in Bedrängnis oft auch Dinge tun, die sie vielleicht sonst nicht machen würden. Wenn wir wollen, dass in unserer Republik weiterhin der Abstand zwischen Menschen mit Einkommen, gutsituierten Menschen, und

denen, die soziale Unterstützung in Anspruch nehmen, sozusagen nicht größer werden soll, dann müssen wir eher darüber nachdenken, wie wir geordnete Ungerechtigkeiten, wenn es darum geht das Einkommen zu berechnen, vielleicht mit anderen Maßnahmen in den Griff bekommen können. Es gibt eine Diskussion, die beispielsweise besagt, dass man mehr mit Sachleistungen arbeiten soll. Über diese Dinge kann diskutiert werden. Aber einfach hergehen und Menschen die Existenzgrundlage wegnehmen, indem man auf 350 Euro kürzt, ist unmenschlich, ist unchristlich und unsolidarisch in einem Europa im 21. Jahrhundert.

Wir werden aus besagten Gründen diesen Antrag unterstützen, weil wir der Meinung sind, dass das ein Einfallstor für Sozialabbau in Richtung Auseinanderdividieren der Gesellschaft sein wird. Wenn sie aufmerksam am Wochenende die Zeitung lasen, in der die Gerechtigkeit angesprochen wurde: Wir reden jetzt von einem Prozent der Sozialausgaben in Österreich – die Mindestsicherung wird steigen, da sind wir uns einig – und gleichzeitig hat die Republik zur Zeit Außenstände an Steuern von fast sieben Milliarden Euro. Wenn wir von Gerechtigkeit reden, sollten wir auch darüber sprechen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte nun einige Dinge ins richtige Licht rücken. Im OÖ Landtag wurde ein Antrag eingebracht über die Höhe der Mindestsicherung zu diskutieren. Es gibt im Wesentlichen drei Parameter, die Grundlage für eine Diskussion in den einzelnen Ausschüssen, insbesondere im Unterausschuss, sein werden. Erstens die Geldleistungen zu reduzieren – im Antrag ist nicht enthalten, dass eine Reduzierung auf 350/320 Euro stattfinden soll. Weiters wird über mögliche zusätzliche Sachleistungen diskutiert, d.h. es muss eine Mindestsicherung nicht immer nur in Geldleistungen bestehen. Oder kann man sich an einer Unterstützung über die Wohnbeihilfe orientieren? Der dritte Bereich betrifft die Setzung von Maßnahmen für eine rasche Integration in Oberösterreich. Diese drei im Unterausschuss des OÖ Landtages diskutierten Punkte sind vernünftig und richtig. Überlegt werden soll die bestmögliche Umsetzung dieser Maßnahmen und die Grenze der Mindestsicherung. Soll diese bei 350, 320 oder 400 Euro sein? Das ist noch offen. Jede genannte Zahl meiner Vorredner ist noch nicht Grundlage dieser Diskussion.

Ein Vergleich zur jetzigen Situation. In Oberösterreich haben wir eine BMS von 914 Euro. Das zeigt, dass Oberösterreich ein soziales Bundesland ist, worauf wir stolz sein können. Wir müssen aber schauen, ist das noch im Vergleich zu anderen Bundesländern richtig? Oberösterreich ist ein Bundesland in der Republik Österreich. Daher ein Vergleich der BMS mit anderen Bundesländern: Burgenland 828 Euro, Kärnten 838 Euro, Niederösterreich, Salzburg und Steiermark 837 Euro, Tirol 628 Euro, Vorarlberg 630 Euro, Wien 827 Euro. In diesen Bundesländern wird ebenfalls über die Höhe der BMS diskutiert.

Die Höhe der Mindestpension beträgt in Österreich 882 Euro, die BMS 914 Euro. Diskutieren wir in Ruhe und Sachlichkeit darüber, lassen wir den Landtag arbeiten, es sind alle Fraktionen vertreten. Der OÖ Landtag bewies in der Vergangenheit eine sachliche, eine humanitäre und eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Diskussion. Das wird nun auch bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung der Fall sein. Wir werden diesen Antrag nicht unterstützen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

14 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)  
gegen 22 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Janina Scheinecker

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend einen jährlichen Förderbericht über die vergebenen Subventionen, welche über der Verfügungsgrenze der zuständigen Stadtsenatsmitglieder liegen, auf der Homepage zu veröffentlichen  
DI-Verf-2001-2016

GR. Scheinecker: Ohne den Gesprächen zum Budget vorzugreifen ist festzuhalten, dass in jedem Budget ein großer Ermessensspielraum für zu vergebende Subventionen besteht. Der Voranschlag der Stadt Wels für die Rechnungsjahre 2016 und 2017 sieht für Subventionen durch die Stadt jährlich über 7 Mio. Euro vor, wobei der Großteil für Pflichtsubventionen vertraglich gebunden ist. Mehr als 1,5 Mio. Euro sind in diesem Voranschlag als Ermessenssubventionen deklariert, d.h. dass diese Subventionen jährlich von den zuständigen Gremien und Organen zu genehmigen ist. Für zahlreiche Institutionen und Vereine in dieser Stadt bedeuten öffentliche Förderungen eine existenzsichernde Grundlage für ihre wertvolle Arbeit. Ohne Subventionen werden viele Subventionswerber, die oftmals einen Großteil ihrer Leistungen durch ehrenamtliche Tätigkeiten vieler Welser bestreiten, nicht in der Lage sein allgemein anfallende Kosten zu tragen sowie dringend benötigte Investitionen, z.B. für die Infrastruktur, zu tätigen. Die generelle Notwendigkeit von Subventionen und Förderungen steht bei den meisten Gemeindevertretern natürlich außer Frage.

Selbst wenn man von Einsparungen spricht ist es meist eine Frage dessen, wofür man bereit ist Geld der Stadt in die Hand zu nehmen. Um diese unterschiedlichen Gewichtungen zu verdeutlichen und um den Bürger einen transparenten Einblick in das Handeln der Stadt zu ermöglichen, bedarf es den öffentlichen Zugang zu Informationen. Diese sind durch die grob im Budget dargestellten Positionen nur verschleiert herauszulesen.

Um das Engagement der Stadt Wels in den verschiedensten Bereichen besser darzustellen, sollen jene Förderungen, welche über der Verfügungsgrenze des jeweiligen Stadtsenatsmitgliedes liegen, in Form eines Förderberichts online auf der Homepage der Stadt Wels dargestellt, veröffentlicht werden. Dass dabei sensible, personenbezogene Daten ausgespart werden, ist selbstverständlich. Um eine benutzerfreundliche Bedienung und Abfragemöglichkeit zu gewährleisten, soll der Förderbericht mittels Textabfrage die Suche nach einzelnen Förderempfänger ermöglichen und gemäß dem Stand der Technik eine interaktive Darstellung der öffentlichen Fördermittel bieten. Dass es sich dabei nicht um einen großen Mehraufwand für die Stadt Wels bzw. den Magistrat handelt, ist natürlich erfreulich. Bereits jetzt gibt es eine elektronisch verfügbare Broschüre, die den Stadtsenatsmitgliedern zur Verfügung steht. Ebenfalls erfreulich ist mit dieser neu geschaffenen Transparenz würden wir uns an die Ist-Situation im Land OÖ anschließen, wo es bereits online einen Förderbericht abzufragen gibt. Ich ersuche um Diskussion.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Berichterstattung. Es wurden Abänderungsanträge der ÖVP-Fraktion und der NEOS eingebracht. Diese lauten:

Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion:

Die Stadt Wels wird aufgefordert, im Sinne einer gestärkten Transparenz einen jährlichen Förderbericht über die vergebenen Subventionen, welche über € 500,00 liegen, auf der Homepage der Stadt Wels zu veröffentlichen und darzustellen, sensible personenbezogene Förderungen sollen davon ausgeschlossen sein.

Abänderungsantrag der NEOS:

Antragstext SPÖ-Fraktion:

Im Sinne einer gestärkten Transparenz soll ein jährlicher Förderbericht über die vergebenen Subventionen auf der Homepage der Stadt Wels veröffentlicht werden.

Ergänzung NEOS:

Im Sinne einer gestärkten Transparenz soll ein jährlicher Förderbericht über die vergebenen Subventionen auf der Homepage der Stadt Wels veröffentlicht werden. Die Daten sollen auch im Tabellenformat heruntergeladen werden können. Außerdem soll der Grund/Zweck der Förderung ausführlich beschrieben werden und es sollen auch Verlinkungen zu weiteren Dokumenten, wie Fördervereinbarungen, möglich sein und diese sollen eingesehen werden können.

Ich ersuche bei der Debatte diese beiden Abänderungsanträge miteinzubeziehen.

GR. Kroiß: Es ist noch nicht hinreichend definiert, was auf der Homepage der Stadt Wels genau zu ersehen sein soll. Auch aus den beiden Abänderungsanträgen sieht man, dass es noch großen Diskussionsbedarf gibt. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion dem Präsidialausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Kroiß auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 2) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den Präsidialausschuss wird mit

22 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
gegen 14 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

Verleihung von Verdienstmedaillen der Stadt Wels  
an ausgeschiedene Mitglieder des Gemeinderates  
BdB-10-2015

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.02.2016:

In Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Wels werden

Herrn GR. a. D. Raimund Buttinger, wh. Wels, Hydenstraße 22, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,

Frau GR. a. D. Brigitte Lindlbauer, wh. Wels, Traunaustraße 4, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,

Frau GR. a. D. Mag. Petra Lipp, wh. Wels, Millöckerstraße 25, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,

Herrn GR. a. D. KR. Willibald Baumgartner, wh. Wels, Fliederstraße 5, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,

Herrn GR. a. D. Mag. Günter Lehner, wh. Wels, Obermüllnerstraße 17, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,

Frau GR. a. D. Brigitte Wartinger, wh. Wels, Primelstraße 6, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD,  
Herrn GR. a. D. Heribert Helm, wh. Wels, Sallerstraße 37, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,  
Herrn GR. a. D. Dietmar Marehard, wh. Wels, Porzellangasse 41/14, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,  
Herrn GR. a. D. Herbert Pernkopf, wh. Wels, Hinterschweigerstraße 86, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,  
Frau GR. a. D. DI. Renate Leitinger, wh. Wels, Griesstraße 6, die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER,  
verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Siegfried Strasser, Wels, Schottstraße 17;  
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD  
BdB-12-2015

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Herrn Siegfried Strasser, wh. Wels, Schottstraße 17, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Bürgermeister a.D. Dr. Peter Koits, Wels,  
Eschenbachstraße 5; Ernennung zum  
Ehrenbürger der Stadt Wels  
BdB-13-2015

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Herr Bürgermeister a. D. Dr. Peter Koits, wh. Wels, Eschenbachstraße 5, wird in Würdigung seiner jahrelangen hervorragenden Verdienste um die Stadt Wels zum Ehrenbürger der Stadt Wels ernannt.

Einstimmig angenommen.

5.)

LHStv. a.D. Franz Hiesl, 4320 Perg,  
Karlingberg 35; Verleihung des  
Ehrenringes der Stadt Wels  
BdB-14-2015

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. Franz Hiesl, wh. 4320 Perg, Karlingberg 35, wird in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt Wels der Ehrenring der Stadt Wels verliehen.

Der Antrag wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

6.)

LHStv. a. D. DI. Erich Haider, 4040 Linz,  
Wischerstraße 2; Verleihung des  
Ehrenringes der Stadt Wels  
BdB-15-2015

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter a. D. DI. Erich Haider, wh. 4040 Linz, Wischerstraße 2, wird in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt Wels der Ehrenring der Stadt Wels verliehen.

Der Antrag wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

7.)

Vzbgm. a. D. Hermann Wimmer, Wels,  
Nico-Dostal-Straße 27; Verleihung des  
Ehrenringes der Stadt Wels  
BdB-16-2015

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Herrn Vizebürgermeister a.D. Hermann Wimmer, wh. Wels, Nico-Dostal-Straße 27, wird in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Stadt Wels der Ehrenring der Stadt Wels verliehen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Zum Tagesordnungspunkt 8.) gibt es einen Abänderungsantrag der NEOS mit folgendem Inhalt:

Antrag:

Der Hauptantrag bezüglich der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, betreffend die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe (Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Wels 2016) möge wie folgt abgeändert werden:

Es sollen generell jegliche Tanzveranstaltungen und Bälle (auch die Schülerbälle) von der Lustbarkeitsabgabe ausgenommen werden. Auch sollen jegliche Handels- und Fachmessen komplett von der Lustbarkeitsabgabe ausgenommen werden. Dazu soll der § 2 Abs.1 der Verordnung komplett gestrichen bzw. abhängige Absätze abgeändert werden.

Übrig bleibt nur die Besteuerung der Wettterminals im Sinne des § 2 Z. 8 des OÖ Wettgesetzes sowie die Besteuerung von Spielapparaten.

Begründung:

Schüler(abschluss)bälle können sowieso über Antrag befreit werden. Einen Antrag zu stellen und zu bearbeiten bedeutet unnötige Bürokratie. Generell soll die Kultur und das gesellschaftliche Leben in Wels nicht besteuert sondern gefördert werden. Gewisse Handels- und Fachmessen nicht auszunehmen und zu besteuern bedeutet eine Ungleichbehandlung.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe (Lustbarkeitsabgaben-  
verordnung der Stadt Wels 2016)  
FD-StV-6-2016

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.02.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Lustbarkeitsabgabeordnung 2016 beschließen.

GR. Hufnagl: Bgm. Dr. Rabl zählte bereits auf, was alles abgeschafft wurde. Das ist richtig so. Nur der letzte Schritt wurde nicht gemacht. Die Lustbarkeitsabgabe oder auch Vergnügungssteuer ist eigentlich eine Bagatellsteuer. So ähnlich wie die Schaumweinsteuer oder die Zuckerabgabe usw. Diese Steuern haben die Eigenheit, dass sie viel Verwaltungsaufwand verursachen, aber sehr wenig Geld in die Stadtkasse bringen. In den letzten Jahren wurden ca. 1.700 Euro mit der Lustbarkeitsabgabe auf Opern, Ballett und Musicals eingenommen. Die Verwaltung kostete viel mehr als die Einnahmen ausmachten. Das wird jetzt abgeschafft. Leider nicht komplett. Man hätte auch den letzten Schritt gehen und sagen können, jegliche Bälle sind ausgenommen. Warum? Zurzeit können Schülerbälle ausgenommen werden. Wird ein Antrag gestellt, ist der jeweilige Ball ausgenommen. Natürlich werden die Schüler einen solchen Antrag stellen, das ist völlig logisch. Die Frage ist noch, warum die anderen Bälle besteuert werden müssen? Die Einnahmen sind sehr gering. Man könnte sagen, es ist eine Förderung des kulturellen Lebens in Wels, eine Förderung des Zusammenlebens. weshalb alle Bälle komplett gestrichen werden könnten.

Die Lustbarkeitsabgabe für Handels- und Fachmessen wurde ausgenommen. Es steht in der Verordnung „Erotik-, Tattoo-, Piercing-, Freak- und Horrormessen oder sonstige derbe oder triviale Unterhaltungsmessen“ sind zu besteuern. Für mich stellt sich die Frage wer dies in Zukunft beurteilt? Will man hier irgendwie Sittenwächter spielen? Das ist eine Ungleichbehandlung. Wenn ein kaufmännischer Angestellter dieses Wochenende auf der Energiesparmesse war und eine Woche später geht er auf die Wildstyle- und Tattoo-Messe, wo ist da der Unterschied? Das finde ich nicht fair. Darum stellten wir den Antrag alle Handels- und Fachmessen auszunehmen.

Die einzig sinnvolle Anwendung der Lustbarkeitsabgabe ist die Besteuerung der Wettterminals und Spielapparate. In Wels herrscht eine spezielle Situation, es gibt schon so viele Wettlokale. Nun wird versucht über die Lustbarkeitsabgabe steuernd einzugreifen. Das ist sozusagen noch zu akzeptieren. Dort ist es relativ leicht zu kontrollieren, nach der Anzahl der Terminals richtet sich die Abgabe.

StR. Lehner: Die Lustbarkeitsabgabe zu vereinfachen ist eine gute Gelegenheit um der Wirtschaft etwas Bürokratie wegzunehmen. Es sind nicht die großen Summen, aber es ist der bürokratische Aufwand, der viele Unternehmer müde macht in unserem Land und damit viel Unternehmertum verhindert.

Das mit dieser Änderung ausgesandte Signal der Stadt Wels ist sehr positiv. Wir reduzieren keine Steuern, wir reduzieren Ärgernisse. Wir sind konsequent genug dieses Instrument zu nutzen, um Dinge, die wir in der Stadt Wels nicht wollen, auch weiterhin intensiv zu besteuern. Wenn wir mit der Besteuerung dieser Wettterminals und Spielapparate Mehreinnahmen von 243.000 Euro erwarten, ist das für die Stadt Wels eine sehr sinnvolle Maßnahme, die budgetär spürbar ist. Nämlich Dinge zu nutzen, die uns der Gesetzgeber ermöglicht, um steuernd einzugreifen.

Eine generelle Befreiung der Schülerbälle war nicht sinnvoll, da sich in der Praxis herausstellte, in vielen Schulen sind die Ballkomitees sehr klein im Vergleich zu den Maturaklassenjahrgängen. Es sind oft nur fünf bis zehn sehr engagierte Schüler, die einen Ball organisieren und nicht für die Klassenkasse Geld verdienen, sondern für die eigenen Brieftaschen. Das ist zwar unternehmerisch gesehen sehr positiv, aber wir wollten als Stadt Wels ein Signal setzen, uns ist das gemeinsame Agieren von Schülern sehr wichtig und wird von uns gefördert. Dort, wo die Gemeinschaft tätig wird, entfällt die Lustbarkeitsabgabe. Generell hat die Lustbarkeitsabgabe in der Stadt Wels eine steuernde Funktion. Speziell mit den Wettterminals und Spielapparaten setzen wir klare Signale.

Dass in der Messestadt Nummer eins in Österreich das Karussell steuerfrei ist, freut mich ganz besonders. Hier haben wir als Standort der Welser Messe für große Schausteller einen Vorteil. Sie können sich ganz besonders mit der Stadt Wels verbunden fühlen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Persönlich darf ich eines anmerken: Ich wäre dafür, dass für mit Ponys betriebene Karussells, die auf Weihnachtsmärkten betrieben werden, die Lustbarkeitsabgabe auf das Fünffache erhöht werden sollte – ich halte das für Tierquälerei.

Bedanken dürfen wir uns beim Land OÖ für diese Initiative. Wesentlich für die Stadt Wels ist die höchstmögliche Besteuerung der Wettterminals.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die positive Aufnahme dieser Steuererleichterung. Den Schritt betreffend Schülerbälle halte ich für richtig. Zur Frage von GR. Hufnagl darf ich anführen, dass sowohl die Messebetreiber, die Messebesucher und unsere Beamten sehr leicht in der Lage sind eine Erotikmesse von einer Energiesparmesse zu unterscheiden, das scheint mir nicht allzu schwierig zu sein. Auch ein erhöhter Verwaltungsaufwand ist nicht zu erwarten, insofern ist diese Entscheidung durchaus gerechtfertigt.

Richtig stellen möchte ich noch die Ausführungen von Kollegen Reindl-Schwaighofer im Zusammenhang mit den Ponys. Der Tierschutzverein stellte fest, dass diese Art der Schaustellung für die Tiere durchaus in Ordnung ist. Es gibt keinerlei Beanstandungen, weshalb ich glaube „wir sollen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“.

Der Abänderungsantrag (Anlage 10) der NEOS zu Tagesordnungspunkt 8.) wird mit

gegen 4 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
32 Nein-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Der Hauptantrag (Anlage 9) zu Tagesordnungspunkt 8. wird

einstimmig angenommen.

9.)

StS-Kreditoperationen vom 04.12.2015 gemäß  
§ 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2015

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 11.02.2016:

Die in der Anlage dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Voranschläge der Stadt Wels für die  
Rechnungsjahre 2016 und 2017 (Doppelbudget)  
FD-Fin-100-2015

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 11.02.2016:

1. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2016 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€	211,021.600,00
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€	211,021.600,00
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€	23,545.800,00
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€	23,545.800,00

2. Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2017 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€	215,336.100,00
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€	215,336.100,00
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€	14,835.800,00
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€	14,835.800,00

3. Aus dem Punkt 3. des Beschlusses des Gemeinderates vom 14. Mai 2012  
*„3. Die Darlehen sind entsprechend dem tatsächlichen zeitlichen Finanzierungserfordernis in Abstimmung mit der Kassenliquidität auf die Jahre verteilt aufzunehmen und durch den Zahlungseingang aus o.a. Grundstücksverkäufen zu reduzieren.“*

wird der Teilsatz *„und durch den Zahlungseingang aus o.a. Grundstücksverkäufen zu reduzieren.“*

aufgehoben und

4. die finanzielle Ausnahmesituation wird festgestellt und beschlossen, dass die zu erzielenden Einnahmen aus der Veräußerung des Grundstückes FC Wels (ASKÖ Stadion) und des Grundstückes Nr. 1486/7 (Wirt am Berg) der „Allgemeinen Ausgleichsrücklage“ zugeführt werden und im notwendigen Ausmaß zur Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes 2016 und 2017 und Folgejahre verwendet werden können.

Bgm. Dr. Rabl: Der Tagesordnungspunkt 10.) sollte meiner Ansicht nach gemeinsam behandelt werden mit den Tagesordnungspunkten 11.) und 12.). Einleitend wird der Herr Finanzdirektor Dr. Barth den Voranschlag für das Doppelbudget 2016/2017 präsentieren. Diese Präsentation ist am besten geeignet ein Gefühl für die Finanzsituation in der Stadt Wels zu bekommen.

Finanzdirektor Dr. Barth erläutert aufgrund der beiliegenden Power-Point-Präsentation (Anlage 13) den Voranschlag für die Rechnungsjahre 2016 und 2017.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Seit 112 Tagen bin ich als Finanzreferent im Amt. Eine der ersten von mir gesetzten Maßnahmen in dieser Funktion war der Kassensturz. Dieser war deshalb erforderlich, um einmal die Basis der Finanzen der Stadt Wels zu erheben. Dabei ergaben sich im Wesentlichen drei Punkte, die uns Sorgen bereiten. Erstens das massive Steigen der Personalausgaben. Allein im Jahr 2014 auf 2015 stiegen diese um drei Millionen Euro. Inzwischen machen die Personalausgaben rund 34 % des Gesamtbudgets aus und belaufen sich auf 70 Mio. Euro. Zweitens stiegen massiv die Ermessenssubventionen und die Pflichtsubventionen. Hier gab es eine Steigerung um 23 % in einem Jahr bei den Ermessenssubventionen und um 11 % bei den Pflichtsubventionen. Den dritten Bereich betreffen die Sachausgaben. Diese stiegen um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 50 Mio. Euro. Wir erkannten also, dass die Budgetlage der Stadt Wels in eine Schieflage kam und dass erhebliche Einsparungen erforderlich sind. Das ist der Grund, warum wir zu Beginn der Periode sagten, wir wollen drei Doppelbudgets machen. Ein Doppelbudget birgt bekanntermaßen über das Einzelbudget hinaus Einsparungspotentiale in sich, weil es eine längerfristige Planung zulässt und weil wir der Meinung waren, dass zusätzliche Begehrlichkeiten bei einem Doppelbudget hintangehalten werden können.

Der Verschuldensgrad der Stadt Wels liegt derzeit bereits bei über 30 % des Budgets. Das ist deswegen so schlimm, weil im Jahr 2008 (vor sieben Jahren) dieser noch bei 2,4 % lag. D.h. in den letzten sieben, acht Jahren haben wir massiv Schulden „dazugewonnen“. Die Pro-Kopf-Verschuldung stieg auf einen Rekordwert in Höhe von 1.160 Euro – Tendenz massiv steigend! Wir haben derzeit eine Gesamtverschuldung von 70 Mio. Euro resultierend überwiegend aus Darlehensverbindlichkeiten. Besonders problematisch dabei ist, dass diese Verschuldens-

situation sich keineswegs „einbremst“, sondern ganz im Gegenteil – immer stärker steigt. Das ist natürlich auch zurückzuführen auf die massiven, von uns in den letzten Jahren getätigten Investitionen. Gerade in der Periode von 2009 bis 2015 tätigten wir durchaus einvernehmlich erhebliche Investitionen im Bereich Sport, Schule und Infrastruktur. Allerdings waren andere Gemeinden aufgrund der unterschiedlichen Struktur in der Lage zumindest einen Teil dieser Investitionen aus dem ordentlichen Haushalt abzudecken. D.h. sie konnten sich etwas sparen und damit investieren. Das hat die Stadt Wels de facto nicht gekonnt. Wir haben den weit überwiegenden Anteil der Investitionen mit Darlehen finanziert. Die gute alte Regel, dass ein Drittel des Geldes einer Investition vorhanden sein sollte als Startkapital und zwei Drittel der Investitionen über Banken getätigt werden, wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls gebrochen.

Diese Ausgangslage war durchaus nicht die Beste für Jemanden, der das erste Mal ein derartiges Budget erstellen muss. Aber, man muss auch die Zeichen der Zeit erkennen und sagen, wenn eine schwierige Finanzlage besteht, wenn es eine schwierige Wirtschaftslage gibt, müssen wir einen Struktur- und Reformprozess einleiten. Das ist zwar nicht immer unumstritten. Gerade in solchen Situationen gibt es wirtschaftspolitische Diskurse darüber, ob es jetzt gerade richtig ist oder ob man nicht noch mehr Schulden machen sollte, um die Wirtschaft anzukurbeln. Alle sagen diesbezüglich bereits nein. Dieses investierte Geld ist in der Vergangenheit verpufft und zum Schluss blieben nur die Schulden über. Es gibt daher aus meiner Sicht sehr wohl die Möglichkeit massive Einsparungen vorzunehmen und die Bevölkerung darüber zu informieren, um ihr Vertrauen zu erwerben. Es bringt nichts wenn die Zahlen „geschönt“ werden oder wenn wir die Finanzsituation der Stadt Wels besser darstellen als sie ist. Die Wahrheit ist den Bürgern zumutbar. Erfolgreiche Politik basiert einfach darauf, dass man diese Wahrheit entsprechend kommuniziert.

Besonders schwer fällt der Politik gerade bei unangenehmen Maßnahmen dieser sogenannte erste Schritt. Dieser erste Schritt ist aber notwendig, um überhaupt Reformen einzuleiten. Dabei kommt es auch nicht auf die Länge des ersten Schrittes an, sondern nur, dass er in die richtige Richtung geht. Ich glaube, das ist mit diesem Budget gelungen. Allerdings unter der Maßgabe der klaren Definierung der Ziele. Jeder, der einmal eine Führungsposition übernahm, weiß, dass das Wichtigste daran ist, sich über die Ziele klar zu werden. In welche Richtung geht man, wie wird ein Budgetprozess angelegt, wohin will man eine Stadt führen. Die wesentlichsten Ziele in diesem Zusammenhang waren, dass wir solide haushalten, die Stadt Wels auf Wachstumskurs bringen und die soziale Verantwortung gegenüber dem Bürger trotzdem wahrnehmen.

Die Eckdaten des Budgets führte Dr. Barth bereits aus. Wir wissen im Jahr 2016 stehen uns an Ausgaben 211 Mio. Euro bevor, Einnahmen von 209 Mio. Euro stehen dem gegenüber. Wir machen allein nächstes Jahr 2 Mio. Euro „Verlust“. Diesen Betrag können wir nur durch eine Rücklagenentnahme abdecken. Das steigert sich sehr rasant. Allein im Jahr 2017 stehen schon 215 Mio. Euro Ausgaben 209 Mio. Euro Einnahmen gegenüber. 2016 beträgt der Verlust 2 Mio. Euro, 2017 beträgt dieser bereits 6 Mio. Euro. Da sieht man wie rasant sich diese Spirale dreht, das obwohl wir jetzt massive Einsparungs- und Strukturierungsmaßnahmen vornahmen. Hätten wir das nicht gemacht, wäre der Verlust noch höher. Deshalb kann hier noch keineswegs Schluss sein.

Der ordentliche Haushalt deckt im Wesentlichen die Investitionen ab, die die Stadt Wels machte. Sie sind deswegen 2016 noch so hoch, weil wir „nachhinkende“ Investitionen haben. Wir beschlossen in den Jahren 2014/2015 Investitionen, die erst jetzt verwirklicht werden können. Beispiel Autobahnabfahrt Wimpassing – dort wissen wir es braucht noch eine UVP-Prüfung. Erst dann kann mit der Errichtung der Autobahnabfahrt begonnen werden. Alleine das ist ein Millionenbetrag.

Aus den gezeigten Folien war eindrucksvoll zu ersehen, wir haben kein Einnahmenproblem sondern ein Ausgabenproblem. Wir geben einfach zu rasant zu viel aus. Die

Ausgabensteigerungen übersteigen unsere regelmäßigen Einnahmen. Deswegen ist es wichtig dieses Budget ausgabenseitig zu sanieren, um die Bürger nicht zusätzlich mit Steuern zu belasten. Das haben wir zum Teil mit diesen Budgets schon geschafft. Wir konnten den Anteil der Personalausgaben im ordentlichen Haushalt reduzieren von 34 % auf 33,2 %. Das klingt per sé nicht viel, man muss aber bedenken, dass Personalausgaben einfach durch Lohnabschlüsse bereits automatisch steigen, auch wenn kein zusätzliches Personal aufgenommen wird. Allein daraus resultiert ein gewisser Mehraufwand, der einmal an anderer Stelle eingespart werden muss. Das ist uns ganz gut gelungen. 2016 und 2017 bleibt der Personalausgabenstand auf dem Niveau von 2016. Hier schafften wir trotz der Lohnerhöhungen und Neueinstufungen auf einem Niveau zu bleiben. Das war wirklich eine große Anstrengung. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern des Hauses Magistrat, sie erbringen eine ganz tolle Leistung und machen das mit ihrer Arbeit und ihren Fleiß erst möglich.

Die Pflicht- und Ermessenssubventionen wurden um knapp 1 Mio. Euro reduziert. Im Jahr 2014 auf 2015 stiegen diese um 23 %. Wesentliche Leidtragende war hier die Stadtmarketing GmbH, diese erhält um 500.000 Euro weniger. Auch dort zeigten die Mitarbeiter eindrucksvoll, dass mit weniger Geld sehr viel getan werden kann. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter der Stadtmarketing GmbH.

Ebenso wurden die Sportsubventionen um 6,8 % reduziert, im Kulturbereich – das war uns auch wichtig – ist ein Minus von nur 0,7 % zu verzeichnen. Der Kulturbereich ist jener Bereich, der die wenigsten Kürzungen zu verzeichnen hat. Die Sachausgaben steigen um 6,8 % im Jahr 2015 auf 2016, von 50 Mio. auf 53. Mio Euro. In den Folgejahren steigen diese viel langsamer, also im Jahr 2017 nur mehr 1,5 %. Auch hier haben wir tatsächlich die Steigerung um 200 % reduzieren können. Das war eine große Anstrengung. Als Finanzreferent hat man die Pflicht mit den Steuergeldern der Bürger sorgfältig umzugehen und Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder wahrzunehmen, und zwar über den nächsten Wahltermin hinaus. Ich halte nichts davon Budgets zu machen, die jetzt einsparen und vor den Wahlen sind „die Schleusen wieder geöffnet“, damit Brot und Spiele bei der Bevölkerung ankommt und man sich hier einen Wahlsieg sichern kann, um in den nächsten Jahren das wieder einzusparen, was zu viel ausgegeben wurde. Das ist keine nachhaltige Budgetpolitik. Das Ziel einer verantwortungsvollen Budgetpolitik ist eine nachhaltige Sanierung des Budgethaushaltes. Hier geht es um die Zukunft unserer Kinder. Diese müssen die Schulden zurückzahlen - den Rucksack will ich der nächsten Generation nicht aufhalsen.

Wir brauchen eine solide Budgetpolitik. Eine Budgetpolitik, die auf Sparsamkeit beruht, die auch in der Lage ist die gemachten Schulden zurückzuzahlen und darüber hinaus so zu sparen, dass wir zukünftige Investitionen aus dem außerordentlichen Haushalt decken können. Das bedingt natürlich ebenfalls, dass wir nicht unbeschränkt investieren können. Investitionen in der Höhe von 20 bis 25 Mio. Euro pro Jahr sind für uns auf Dauer nicht leistbar. Das ist für mich völlig klar. In den letzten sechs Jahren wurde es so gemacht, um einen gewissen Investitionsrückstau wieder aufzuholen. Aber ich glaube, dass langfristig betrachtet die Investitionssumme der Stadt Wels ungefähr bei 5 bis 7 % des ordentlichen Haushaltsvolumens liegt. Das sind ungefähr zwischen 10 und 15 Mio. Euro. Diesen Betrag müssen wir aus dem ordentlichen Haushalt erwirtschaften. Daran können sie ersehen, wie groß die Herausforderungen sein werden, dies tatsächlich zu schaffen.

Was die Reformpolitik betrifft haben wir die ersten richtigen Schritte gemacht. Es wird jetzt ein großes Restrukturierungsprogramm eingeleitet. Dafür wurde ein eigener Budgetposten vorgesehen, weil wir der Meinung sind, dass dies nur gehen kann, wenn wir externe Begleitung haben, die uns unterstützt, uns mitnimmt und die vor allem auch die Mitarbeiter mitnimmt. Es ist nicht so einfach den Mitarbeitern die Notwendigkeit derartiger Schritte zu erklären und Maßnahmen zu treffen, die von allen mitgetragen werden. Das alles in einer schwierigen Ausgangslage, bei schwierigen Rahmenbedingungen. Wir wissen, die Wirtschaftskrise 2008 haben wir nach wie vor nicht wirklich überwunden. Wir haben nicht ansatzweise das Wachstum

von Deutschland erreicht. In Deutschland beträgt der Wachstum 1,6 %, in Österreich gerade einmal 0,4 %. Es gibt also eine völlige Entkoppelung des Wirtschaftswachstums. Früher hatten wir ungefähr so viel wie Deutschland, jetzt haben wir nicht einmal den EU-Schnitt. Die Wirtschaftskrise blieb in Österreich länger spürbar als ursprünglich angenommen. Wir kämpfen in der Folge mit einer hohen Arbeitslosigkeit – diese betrifft natürlich auch Wels. Die Bundesertragsanteile wachsen nicht in dem Ausmaß, wie wir uns das wünschen. Dazu gibt es unterschiedliche Prognosen. Auch die Steuerreform kostet uns 1,8 Mio. Euro jährlich, diese steigt sogar noch auf 2 Mio. Euro jährlich an. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen befürchten wir nochmals eine Reduktion von 2 Mio. Euro. Insgesamt fehlen uns daher schon ca. 4 Mio. Euro jährlich, die wir zusätzlich zu den 10 Mio. Euro sparen müssen. Das ist eine große Herausforderung für die Zukunft dieses Hauses, für die effiziente Gestaltung des Magistrates. Wir müssen noch große Anstrengungen unternehmen.

Es ist jedoch nicht alles schlecht – wenn das so klingt, so möchte ich nicht derjenige sein, der Pessimismus verbreitet. Es ist einfach eine Herausforderung, der wir uns stellen und diese auch annehmen müssen. Wir haben innovative Unternehmer, die große Wachstumspotentiale sehen und diese auch umsetzen. Ebenso sehr viele Mitarbeiter und Arbeitnehmer, die tagtäglich viele Stunden sich einsetzen und dafür natürlich entsprechenden Lohn verdienen. Wir haben kreative Köpfe, die in jede Richtung Innovation schaffen und Fortschritt bringen. In dieser Stadt können wir Außerordentliches leisten. Das ist der Grund, warum wir als Wirtschafts- und Industriestandort so beliebt sind. Darum konnten wir uns auch als Bildungsstandort positionieren. Wels hat viel bessere Ausgangsvoraussetzungen als andere Städte. Es gibt Gegenden, die nicht das Glück haben, so wie Wels, mitten in Europa zu liegen, mit kurzen Verkehrswegen, mit Logistikkvorteilen usw. Denke ich nur an die Obersteiermark, wie sehr dort der strukturelle Wandel zuschlug im Vergleich zu den Ballungsräumen Linz und Wels. Was die Industrialisierung betrifft sind wir führend - auch in der Produktivität. Wir können alles schaffen, wenn wir die richtigen Maßnahmen einleiten, wenn wir die richtigen Schritte setzen.

Dieser Aufschwung, der sich derzeit im Gefühl der Menschen breit macht, ist durchaus durch die tatsächlichen Umstände gedeckt. In Wels eröffneten in den letzten beiden Monaten drei Geschäfte. Es sind noch weitere Geschäftseröffnungen im Bereich der Welser Innenstadt geplant. Man merkt die in der Stadt herrschende Aufbruchstimmung. Das müssen wir unterstützen. Deswegen leiteten wir einen Positionierungsprozess ein, der in der Kernbotschaft lautet: „Wir müssen Dinge ermöglichen“. Das ist eine Botschaft, die man nicht nur an das eigene Haus stellen und nicht nur an die Mitarbeiter richten soll, sondern die man auch richten soll an die Bürger dieser Stadt, dass wir als Stadt Wels die Verantwortung übernehmen und Dinge möglich machen sollen. Ich halte für äußerst wichtig, dass man sich mehr damit auseinandersetzt, wie kann etwas funktionieren, wie geht das rechtlich, was muss ich erfüllen damit ich die Auskunft auch erhalte wie man Dinge zustande bringt und weniger sich damit beschäftigt warum etwas nicht funktioniert und nicht geht. Das ist genau die Negativspirale, in die ich nicht kommen will und die eine Stadt tatsächlich nicht weiterbringt.

In diesem Zusammenhang bereiten mir die Transferzahlungen an das Land OÖ noch Sorgen. Derzeit betragen diese über 30 Mio. Euro, der Rückfluss für all diese Dinge bewegt sich ungefähr bei 15 Mio. Euro. Gerade Steigerungsraten sind ein Thema. Der Krankenanstaltenbeitrag stieg alleine von 2016 auf 2017 um 15 %. Das liegt natürlich auch an der hochqualitativen Gesundheitsversorgung in diesem Land. Hier müssen wir überlegen, wie wir auch seitens des Landes Strukturreformen umsetzen können. Man merkte, die letzte Strukturreform im Zusammenhang mit den Krankenhäusern bewirkte tatsächlich, dass der Krankenanstaltenbeitrag über ein/zwei/drei Jahre relativ stabil blieb und es keine Steigerung gab. D.h. die damalige Reform wirkt nachhaltig. Man sieht, wenn man aufhört mit Reformen galoppieren die Kosten wieder davon. Das macht uns Sorgen. Beim Chancengleichheitsgesetz gibt es ebenfalls eine Steigerung zwischen 4 und 5 % in den letzten Jahren. Da geht es immer um Millionenbeträge.

Tatsache ist, all diese Dinge unterstreichen den Reformbedarf innerhalb des Hauses Magistrat. Auch die Überprüfung der einzelnen Leistungen. Wir können von unseren Mitarbeitern nicht immer verlangen, dass sie noch weniger werden oder noch mehr Aufgaben übernehmen sollen bei gleichbleibendem Personalstand. Irgendwann ist die Belastungsgrenze erreicht. Wir müssen uns schon darüber Gedanken machen, welche Leistungen diese Stadt zukünftig übernehmen soll. Sind alle derzeitigen Leistungen in dieser Form noch notwendig und erforderlich? Natürlich sagt jeder Leistungsempfänger, das benötigt er weiterhin. Nur das muss man politisch herausfinden, es analysieren lassen, wo liegen die großen Kostenfaktoren und welche Maßnahmen können wir ergreifen, dass wir sagen, gut auf diese oder jene einzelne Aufgabe werden wir zukünftig verzichten. In der Folge wird das auch zu einer Personaleinsparung führen. Dieses Personal kann dann woanders effizient eingesetzt werden.

Dieses Budget setzt natürlich neue Schwerpunkte. Diese Schwerpunkte haben wir im Wahlkampf kommuniziert und wurden in der Folge im Rahmen eines Arbeitsübereinkommens mit der SPÖ bzw. im Rahmen eines Koalitionspapiers mit der ÖVP besprochen. Diese Schwerpunkte werden nun sukzessive durchgesetzt. Eine der wichtigsten Bereiche in diesem Zusammenhang ist es entsprechende Möglichkeiten für die Kinderbetreuung zu schaffen. Wir haben in Wels nach wie vor viel zu wenige Krabbelstuben. Es gibt einen Aufholbedarf auch im Bereich der Kindergärten. Im Jahr 2016 werden mehrere Krabbelstuben eröffnet und neue Krabbelstubeplätze geschaffen. Das war unser abgegebenes Versprechen – wir legen eine besonders hohe Priorität in diesen Bereich, sowohl für die Noitzmühle als auch für den Bereich Wimpassing neue Kindergärten zu errichten bzw. neue Krabbelstubeplätze tatsächlich unterzubringen.

Auch die Bildung war uns wichtig. Das Schulsanierungskonzept schreitet voran. Es wurde so viel Geld wie nie zuvor budgetiert. Ein großes Projekt betrifft die Schulsanierung in der Rainerstraße. Diese beginnt im Juni d.J., nachdem aufgrund der römischen Funde eine gewisse Verzögerung eintrat. Diese fünf bis sechs Millionen-Investition ist für die Komplettanierung der Schule zielführend. Jeder weiß, eine weitere Stützleiter und ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Bildung ist das Gebäude selbst, welches mit einem pädagogischen Konzept errichtet wurde. Darin waren wir federführend. Es wurden Experten aus Deutschland beigezogen.

Ein großes Projekt wäre noch die Schule im Bereich der Noitzmühle gewesen. Dieses musste aufgrund der Budgetsituation nach hinten verschoben werden. Wir verständigten uns dieses Projekt noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Herausragend in diesem Zusammenhang ist die Turnhalle in Puchberg, die in der bestehenden Form nicht mehr beheizbar und benützbar war. Es wurde unverzüglich eingegriffen und versucht, diese auf den neuesten Stand zu bringen.

Ein wichtiges Anliegen ist uns die Jugend. In der Noitzmühle wird ein Jugendzentrum errichtet. Vzbgm. Kroiß wird dies in seiner Rede entsprechend ausführen. Auch der Welser Schlachthof soll einer Teilsanierung zugeführt werden.

Noch ein paar wichtige weitere Investitionen: Anschlussstelle Wimpassing ca. 5 Mio. Euro; Park & Ride-Anlage am Bahnhof Neustadt, die dringend notwendig ist, um die Parkplatzsituation zu entschärfen, 2 Mio. Euro; Messezuschüsse für die neue Halle 21 in zwei Jahren ca. 6 Mio. Euro; Sanierung des Hallen- und Freibades und der Kunsteisbahn ca. 1 Mio. Euro; Ausrüstung für die Freiwillige Feuerwehr 800.000 Euro; ... das setzt sich in vielerlei Hinsicht so fort.

Interessant war für mich auch noch zu wissen, wofür die Stadt Wels das Geld überhaupt ausgibt. Wir verwenden ungefähr 3 Mio. Euro nur für Ordnung und Sicherheit, davon für die FFW 1,7 Mio. Euro; für Unterricht und Sport geben wir derzeit 33 Mio. Euro aus, da ist natürlich die Kinderbetreuung und die Erziehung enthalten. Für Kunst und Kultur – ein für mich wesentlicher Bereich – geben wir 4,1 Mio. Euro aus. Der größte Posten in diesem Budget

betrifft die Sozialmaßnahmen – 50 Mio. Euro. D.h. man kann zu recht sagen, dass Wels natürlich eine soziale Stadt ist und bleibt, weshalb dieser Posten für uns wichtig ist. Allerdings steigen in diesem Bereich die Kosten am meisten. Allein für die unbegleiteten Minderjährigen bzw. für die Jugendhilfe geben wir jedes Jahr 10 – 12 Mio. Euro aus, das sind pro betreuten Jugendlichen ungefähr 70.000 bis 80.000 Euro. Das macht uns wirklich Sorgen – diese Steigerungsrate ist nicht erfreulich. Wir müssen uns daher neue Wege überlegen, wie wir mit diesen Problemen tatsächlich umgehen.

Für den Bereich der Gesundheit geben wir 18 Mio. Euro aus, für Straßen und Verkehr 10 Mio. Euro, für die Wirtschaftsförderungen 2 Mio. Euro – all das sind für uns wichtige Dinge. Sonstige Dienstleistungen, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, Bäder, Tierpark – alles zusammen 42 Mio. Euro. Diese Ausgaben decken wir natürlich für die Bevölkerung.

Weiterhin aufgefordert ist jede Gebietskörperschaft sich laufend selbst zu hinterfragen. Aufgaben zu hinterfragen, Reformprozesse anzustoßen. Jeder Tag ohne Reform ist in Wirklichkeit ein verlorener Tag, bei dem wir Geld verlieren. Dieser Reformprozess in der Stadt muss konsequent weitergeführt werden. Immerhin handelt es sich um Geld von ihnen allen.

Diese Reformen sind kein Selbstzweck. Mit diesen Reformen sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um möglichst vielen Menschen weiterhin einen so hohen Lebensstandard zu ermöglichen, wie wir ihn jetzt haben. Wenn ich von einem hohen Lebensstandard spreche, meine ich damit, dass wir die Möglichkeit haben am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, dass wir soziale Absicherung genießen, dass wir sicher und in Frieden miteinander leben können, eine Ausbildung abschließen können, einen bezahlten Arbeitsplatz finden. Wohlstand bedeutet natürlich auch im Alter abgesichert zu sein und sich für die Zukunft keine Sorgen zu machen. Ganz im Gegenteil – zukunftsfröh und hoffnungsfröh für die eigenen Kinder zu sein. Fest steht daher, all das können wir in einem Team schaffen. Wir sind als Team auch gut gestartet. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Lob aussprechen an die Mitglieder der Welser Stadtregierung. Ich bedanke mich ausdrücklich für die bisherige konstruktive Zusammenarbeit, auch wenn es da und dort Meinungsunterschiede gibt. So gab es doch immer wieder die Möglichkeit zueinander zu finden und Kompromisse auszuarbeiten. Ich glaube, dass die Politik tatsächlich die Kunst des Kompromisses beherrscht und es auch möglich ist etwas umzusetzen. Natürlich gibt es noch viel zu tun. Wir müssen die Kräfte bündeln. Ich werde jedenfalls in den nächsten Jahren nicht lockerlassen diesen eingeschlagenen Restrukturierungs- und Sparkurs umzusetzen, um Geld für die Zukunft und Geld für Investitionen zu haben. Darauf können sie sich jedenfalls verlassen.

Vzbgm. Kroiß: Vielen Dank Herr Bürgermeister. Ich darf sie ersuchen die Tagesordnungspunkte 10.), 11.) und 12.) gemeinsam zu behandeln. Wir beginnen mit den Fraktionserklärungen.

#### Erklärung der NEOS:

GR. Hufnagl: An dieser Stelle möchte ich mich bei der Finanzdirektion, bei Herrn Dr. Barth und bei seinen Mitarbeitern für die tolle Aufbereitung und Präsentation des Voranschlages heute und im Zuge der letzten Ausschusssitzung bedanken. Es wurde das Budget und dessen Hintergrund sehr übersichtlich dargestellt und sehr gut erklärt.

Einen kleinen Kritikpunkt habe ich jedoch. Dieser betrifft die Übermittlung des Budgets an die Gemeinderäte. Wenn sie zu meinem Tisch schauen – auf diesem liegt ein großer Stapel Papier. Wie läuft so eine Übermittlung des Budgets ab? Es kommt ein Amtsbote ca. eine Woche vor der Gemeinderatsitzung, ruft an, fragt wo man denn gerade sei. In meinem Fall war das in meinem Büro, der Amtsbote bringt dann diesen Stapel Papier. Das sind über 2000 Seiten, auf farbigem Papier in Schriftgröße 8 gedruckt, gelocht, teilweise geklammert. Insgesamt sind das ungefähr 88000 Seiten Papier für alle Gemeinderäte zusammen. In Zukunft sollten wir auf das

Papier verzichten und den Gemeinderäten eine Excel-Datei übermitteln. Das wäre viel einfacher, man könnte dann auch Summen bilden, sortieren usw. Wurde das Budget beschlossen, stehen diese Daten unter offener Haushalt zur Verfügung – auch als CSV-Datei. Meine Bitte diesen Voranschlag in Zukunft als Excel-Datei zu übermitteln.

Wir NEOS werden dem Voranschlag für die Jahre 2016 und 2017 zustimmen. Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Natürlich fielen mir beim Studium des Budgets etliche Punkte auf, bei denen ich anderer Meinung bin. Punkte, bei denen ich vielleicht mehr sparen würde aber auch Punkte, bei denen ich etwas mehr ausgeben würde. Es gefällt mir nicht, wenn Bauvorhaben zurückgestellt werden müssen, wenn wir keine zusätzlichen Fahrradabstellplätze bekommen, wenn in der Jugendherberge nicht alles saniert wird oder für den Messe-Master-Plan keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt werden usw. Es ist nie schön, wenn man Querbeet mit dem Rasenmäher sozusagen die laufenden Ausgaben kürzen muss. Fakt ist, es ist kein Geld da – wir müssen sparen.

Warum müssen wir sparen? Der Finanzreferent der letzten Jahre aber auch die im Gemeinderat vertretenen Parteien haben durch ihre Ausgabenpolitik eine schwierige Situation hinterlassen. Diese kann nicht innerhalb kürzester Zeit bereinigt werden. Es wäre nicht fair vom neuen Finanzreferenten Bgm. Dr. Rabl zu verlangen, ein Budget vorzulegen und die über die Jahre aufgehäuften Schulden in kürzester Zeit zu bereinigen.

Am aktuellen Voranschlag gefällt mir überhaupt nicht der Begriff des ausgeglichenen ordentlichen Haushaltes. Festhalten möchte ich, dass dies eigentlich nur mit einem Budgettrick erreicht wird. Wir haben nun Einnahmen aus Grundstücksverkäufen (Sportplätze Wirt am Berg und FC Wels). Diese Einnahmen waren zur Tilgung der Darlehen gedacht. Darlehen, die für den Bau des neuen Sportzentrums in Wimpassing geplant waren. Man wollte mit den Einnahmen dieses Darlehen abdecken. Vor mir liegt ein Zeitungsausschnitt – aus dem zitiere ich Vzbgm. Wimmer im Jahr 2014: „Wir finanzieren mit dem Verkauf der beiden Sportanlagen FC Wels und Wirt am Berg das gesamte Stadionprojekt.“ Das passiert jetzt nicht. Man nimmt diese Einnahmen, gibt sie kurzfristig in eine Rücklage und verwendet dann das Geld aus der Rücklage zum Abdecken des Minus im ordentlichen Haushalt. Das halte ich für bedenklich und ist ein auf sehr wackeligen Beinen stehender Budgettrick.

Bgm. Dr. Rabl sagte dies bereits – würden wir das nicht tun, würde das Minus im ordentlichen Haushalt 2016 1,6 Mio. Euro, im Jahr 2017 sogar 5,8 Mio. Euro betragen. Bereits vorhin auf den Folien sahen wir, unser Maastricht-Ergebnis ist katastrophal. Wir liegen bei einem Minus von 9,5 Mio. Euro. Wenn das nur heuer wäre, würde ich sagen, o.k. Aber wir schafften es in den letzten Jahren nie die Maastricht-Ziele zu erreichen.

Es müssen Schulden aufgenommen werden. Wenn man vom ausgeglichenen ordentlichen Haushalt hört, denkt man immer wir machen keine Schulden. Das stimmt ja nicht. Wir haben noch den außerordentlichen Haushalt. Für das laufende Jahr nehmen wir 8,2 Mio. Euro Schulden auf. Für 2017 weitere 4,4 Mio. Euro. Der Schuldendienst und die Pro-Kopf-Verschuldung steigen weiter an. Diese belasten wieder den ordentlichen Haushalt. Das Geld fehlt uns dann sozusagen im ordentlichen Haushalt. Wir werden 8,2 Mio. Euro für den Schuldendienst ausgeben – incl. Immo KG ohne Leasing. Also für Rückzahlungen und Zinsen 8,2 Mio. Euro. Lassen wir die Immo KG weg, sind es immer noch 6,7 Mio. Euro Schuldendienst bei knapp 82 Mio. Euro Schulden. Diese Schulden kommen aus den Investitionen der letzten Jahre. Von Investitionen, die wir uns einfach nicht leisten konnten. So direkt muss das gesagt werden.

Im Haushalt sind jetzt z.B. zwei Raten für die Messehalle 21 angeführt. Allein die Messehalle 21 kostet uns jedes Jahr 2,96 Mio. Euro, also im Doppelbudget 6 Mio. Euro. Wo liegen die weiteren Probleme? Diese liegen im ordentlichen Haushalt und dort in der Verwaltung. Sie liegen in der verschleppten Aufgaben- und Strukturreform. Die größten Ausgabenposten sind nun einmal das Personal. Wels gibt dieses Jahr für das Personal 84,3 Mio. Euro aus. Das ist

ein anderer Betrag als vorhin Bgm. Dr. Rabl erwähnte. Ich zähle dazu die gewählten Organe (Gemeinderat, Stadtsenat, die Bürgermeister) und ich zähle auch dazu die Pensionen. D.h. wir sind hier nicht bei über 30 %, sondern wir sind bei knappen 40 %. Tatsache ist, wir müssen sparen auch in diesem Bereich. Wir haben zu viele Dienststellen, wir geben zu viel Geld für unsere Politik aus und die Bediensteten gehen auch zu bald in Pension.

Aus unserer Sicht hat die FPÖ/ÖVP-Regierung jetzt eineinhalb Jahre Zeit eine Aufgabenevaluierung durchzuführen und festzulegen, welche Kernaufgaben die Stadt eigentlich erfüllen soll und welche Kernaufgaben sie sich leisten kann. Darauf aufbauend muss zügig eine Strukturreform in der Verwaltung durchgeführt werden. Ziel muss es sein durch eine Verschlinkung sowie Konzentration auf das Wesentliche die ausufernden Kosten wieder einzufangen und auf diesem Weg die Finanzen zu sanieren. Wir NEOS werden darauf schauen, aber auch seriöse und konstruktive Vorschläge beisteuern. Wir sagen 1,5 Jahre sind ein mehr als realistischer Zeitraum um Reformen auf den Weg zu bringen. Im nächsten Doppelbudget, welches hoffentlich elektronisch als Excel-Datei zur Verfügung stehen wird, müssen sich diese Ergebnisse in Zahlen widerspiegeln. Daran werden wir die Stadtregierung messen. Momentan stimmen wir dem Voranschlag für 2016 und 2017 zu.

#### Erklärung der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion:

GR. Prof. Mag. Teubl: Im letzten Amtsblatt konnte man Erstaunliches lesen. Es stand „Kassasturz bringt Millionendefizit der Stadt Wels zum Vorschein“. Da wird also so getan, als hätte die neue Rathausmehrheit erst bei der Übernahme der Amtsgeschäfte erfahren, dass Wels eine ganze Menge Schulden hat. Schulden in einer riesigen Höhe, obwohl die Stadt im Jahr 2008 noch schuldenfrei war. Ja meine Damen und Herren, da frage ich mich jetzt schon, wo waren sie denn in all den Jahren? Haben sie denn hier im Gemeinderat geschlafen, wenn Jahr für Jahr noch mehr Schulden beschlossen wurden? So ganz kann das wohl nicht sein, denn zumindest bei der Beschlussfassung des Budgets waren sie so wach, dass sie dafür stimmen konnten. Ja, meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit! Ganz im Gegensatz zu den GRÜNEN haben sie dafür gestimmt, dass diese Schulden immer weiter anwachsen und haben sie immer die Budgets brav mitgetragen.

Doch nun haben wir neue Mehrheitsverhältnisse, nun ist Bürgermeister Dr. Rabl für die Finanzen der Stadt zuständig und wir können also bei der Analyse des Budgets gespannt sein, ob sich damit etwas grundlegend verändert. Wenn wir uns dieses Doppelbudget 2016/2017 näher anschauen, dann ist schon eines erstaunlich. Es wird immer davon gesprochen, es handelt sich um ein Sparbudget. Bei näherer Betrachtung muss man aber feststellen, dass es diese Bezeichnung keineswegs verdient. Warum nicht? Die laufenden Ausgaben werden auch in den kommenden Jahren um mehr als 8 Mio. Euro anwachsen, d.h. bei den Personal- und Verwaltungskosten wird wiederum viel zu viel ausgegeben. Von Sparen kann hier keine Rede sein. Auch sonst steht die Budgetpolitik ganz in der umstrittenen Tradition des Vorgängers Hermann Wimmer.

Im ordentlichen Haushalt wird kein Überschuss erzielt – auch heuer nicht - mit dem Investitionen finanziert werden könnten. Ganz im Gegenteil! Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, schon für den Ausgleich des ordentlichen Haushaltes werden neuerlich Rücklagen von 7,5 Mio. Euro verbraucht. 7,5 Mio. Euro, die wir eigentlich gar nicht mehr haben. Denn diese Rücklagen, die die Ersparnisse der Stadt sind, betragen 2011 zwar noch 26 Mio. Euro, aber schon Anfang 2017 wird nichts mehr davon übrig sein. Im Gegenteil: Es wird in den beiden kommenden Jahren durch dieses Doppelbudget eine Neuverschuldung von 13 Mio. Euro geplant. Damit wird der Schuldenstand der Stadt Wels die 100 Mio.-Marke durchstoßen. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird einen neuen Rekordwert von 1.771 Euro erreichen.

Da nun offensichtlich auch die Blau/Schwarze-Stadtregierung diesen enormen Schuldenberg nur nicht in den Griff bekommt sondern weiter vermehrt, ist also demnächst der Verkauf der

Sparkassenanteile angesagt. Zur Rettung der Stadtfinanzen ist wieder einmal der Verkauf von Familiensilber geplant. Auch das hat eine lange Tradition, aber es vermindert natürlich weiter die finanzielle Substanz der Stadt Wels.

Da die Verschuldung in den kommenden zwei Jahren weiter zunehmen wird, werden diese 72 Mio. Euro (Erlös durch den Verkauf der Sparkassenanteile) nicht einmal ausreichen, um die Schulden vollständig abzubauen, denn inzwischen sind wir bei über 100 Mio. Euro Schulden. Das ist eigentlich ein Trauerspiel. Jetzt ist die Frage, wenn von einem Sparbudget die Rede ist, wo wird denn eigentlich gespart? In der Verwaltung offensichtlich nicht. Dafür wird aber gespart in Bereichen, wo sparen kurzfristig oder schlichtweg dumm ist, weil es negative Auswirkungen haben wird. So wurde in den letzten Monaten – wie allseits bekannt ist – eine Reihe von Förderungen eingestellt. Darunter z.B. die Subvention für den Anschluss an die Fernwärme, für die Installation alternativer Energiegewinnungsanlagen und für die Wärmedämmung in Althäusern.

Ja, meine Damen und Herren, so wird die selbsternannte Energiestadt Wels ihre Ziele nicht erreichen. Es ist doch wirklich absurd, einerseits verkaufen wir uns zuletzt in einer Kurierbeilage als die Energiehauptstadt Europas (aus Anlass der Energiesparmesse), auf der anderen Seite streichen wir die Anreize zum Energiesparen. Jetzt verweisen sie mich bitte aber nicht darauf, dass ja auch das Land OÖ Energiesparmaßnahmen fördert, denn auch dort sind ÖVP und FPÖ gerade dabei, die vom Landesrat Anschöber auf den Weg gebrachte Energiewende zu verhindern, wie der nun geplante Förderungsstopp für Wärmepumpen und Solaranlagen deutlich beweist.

Dieser Gleichklang zwischen der Schwarz-Blauen-Koalition im Land und der Blau-Schwarzen-Koalition hier in der Stadt beweist eindeutig, dass es sich nicht um einen Zufall handelt. Das ist ihnen nicht passiert, sondern es sind hier Überzeugungstäter am Werk. Schließlich findet man die letzten Leugner der Klimaerwärmung auch im Lager der FPÖ.

Wo wird noch gespart? Auch Förderungsmaßnahmen, die zur Belebung und Attraktivierung der Innenstadt dringend nötig sind, wurden abgeschafft. Das neue Pflaster in der Fußgängerzone wird aber wohl nicht ausreichen, wenn es gilt, die vielen leerstehenden Geschäfte zu füllen und die Frequenz in der Innenstadt zu erhöhen. Wir brauchen kein zweites Win-Win, sondern wir brauchen dringend einen besseren Branchenmix, wir brauchen die Ansiedelung von kleinen, feinen Läden, die es wieder sinnvoll erscheinen lassen in die Innenstadt zu kommen und dort einzukaufen. Aber ohne Förderung wird das nicht gehen.

Gespart wird auch bei Subventionen. Das ist aus unserer Sicht nicht grundsätzlich abzulehnen, aber die Vorgangsweise zeigt, man überlegt sich nicht wirklich viel dabei. Generelle 10 %-Kürzungen in vielen Bereichen folgt eher der Methode Rasenmäher und viel weniger einem durchdachten Sparkonzept. Neue und visionäre Ansätze sind nicht erkennbar.

Einige Bereiche werden in diesem Doppelbudget dürftig oder gar nicht mehr mit Geldmitteln ausgestattet. Das betrifft beispielsweise die Grünräume der Stadt. Weder der Volksgarten noch der Pollheimerpark wurden entsprechend dotiert, obwohl für beide Pläne für eine Neugestaltung vorliegen und nun der Umsetzung harren.

Die Umsetzung des für die Stadtentwicklung enorm wichtigen Masterplans Messegelände wird auf den „St.-Nimmerleins-Tag“ vertagt und es gibt auch kein Geld für die vielen fehlenden Alleebäume, die den Schlägerungsmaßnahmen der letzten Monate zum Opfer fielen, oder für das gerade erst initiierte Projekt „Essbare Stadt“. Wofür gibt es dann eigentlich Geld? Auch der Erhalt von Kulturdenkmälern ist nicht gerade ein Schwerpunkt. Der Wasserturm muss ein weiteres Jahr auf seine Sanierung warten, für den Sisi-Pavillon, der gerade erst ansatzweise Renovierungsmaßnahmen erfuhr, und für die Marien-Warte, die das auch dringend nötig hätte, sind gar keine Geldmittel geplant. Für den altersschwachen Bücherbus ist kein Ersatz vorgesehen. Jugendkulturmittel werden gekürzt. Aber dafür dürfen sich die Welser nun über die

von der Stadt geführten Volkstanzkurse freuen. Eine wirklich großartige Schwerpunktsetzung der freiheitlichen Kulturpolitik. Man kann schon gespannt sein auf den nächsten Welser Kulturtag, vielleicht mit Andreas Gabalier.

Weiters gibt es Kürzungen bei den Mitteln für Betriebsansiedelung und Arbeitsmarktpolitik. Welches Signal die selbsternannte Wirtschaftspartei ÖVP und FPÖ damit aussenden will, ist mir schleierhaft. Den Arbeitslosen im Raum Wels wird dies jedenfalls nicht hilfreich sein. Beeinträchtigte Menschen werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass nun auch keine weiteren Maßnahmen zur Verwirklichung der Barrierefreiheit geplant sind. Besonders überrascht mich aber, dass der angeblich ja so wichtige Bereich Integration von Sparmaßnahmen betroffen ist. Oder überrascht es vielleicht auch wieder nicht, wenn man – so wie die FPÖ das tut – Integration ausschließlich als die Bringschuld von Migranten ansieht und nicht glaubt, dass die Stadt auch etwas dafür tun muss.

Dass Bürgerbeteiligung nicht gefördert wird, erstaunt da schon viel weniger. Wer braucht schon aktive und initiative Bürger. Daher gibt es kein Geld mehr für Aktivitäten im Stile der Agenda 21 und der äußerst erfolgreich angelaufene und gut genutzte „Freiraum“ in der Altstadt, wo seit September über 80 Treffen von kreativen und engagierten Menschen und Initiativen stattfanden, soll noch heuer abgedreht werden.

Auf der anderen Seite aber werden viele Millionen Euro für die Autobahnauffahrt Wimpassing oder für die Verkehrserschließung der Puchberger Sonnenparksiedlung ausgegeben. Damit also Schwerpunkte geschaffen, die unseres Erachtens in die falsche Richtung gehen.

Meine Damen und Herren, diese Prioritätensetzung werden wir nicht mittragen. Wir werden damit als einzige Fraktion offensichtlich dem vorliegenden Doppelbudget für 2016 und 2017 die Zustimmung verweigern.

#### Erklärung der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

GR. Wiesinger: Zu Beginn möchte ich mich bei der KPÖ bedanken. Wie alle Jahre gibt es Erinnerungen für die Voranschläge 2016/2017. Sehr geehrter Herr Mikesch, es ist wenig verwunderlich, dass ich nicht alle Punkte teilen kann. Ich fand zwei Punkte, über die wir vielleicht später einmal reden könnten.

Die ÖVP wird diesem Doppelbudget zustimmen. Es bietet viel Licht, jedoch viel mehr Schatten. Der von Bürgermeister Dr. Rabl berichtete Kassasturz wurde von der ÖVP gefordert und durchgeführt. Dieser zeigt eine sehr angespannte finanzielle Situation. Unter dieser Prämisse ist das Budget ein Kompromiss, der leider wenig Zukunftsvisionen bietet. Was beschließen wir heute? Nüchtern betrachtet ein Doppelbudget für zwei Jahre mit einer Summe von rund 430 Mio. Euro im ordentlichen Haushalt, rund 38,3 Mio. Euro im außerordentlichen Haushalt. Diese Summe hört sich im ersten Moment für sehr viel an. Ein Budget ist viel mehr, als ein von Kollegen Hufnagl zitiertes und auf seinen Tisch liegendes Buch. Es ist eine Willenserklärung einer Mehrheit des Gemeinderates in welche Richtung es gehen soll, welche Prioritäten gesetzt werden sollen und welche nicht. Bei der Setzung von Prioritäten ist es immer eine Frage, was ich mir leisten will und kann. Leider muss ich klar sagen, dass sich diese Frage bei diesem Doppelbudget nicht stellte. Viel zu angespannt sind die finanziellen Räume der Stadt Wels. Wenn man sich die Ausgaben im Sozialbereich, im Personalbereich oder im Bereich Kinderbetreuung ansieht erkennt man, dass die Kosten extrem hoch stiegen. Aber auch die Kosten für die Steuerreform, die in den nächsten Jahren immerhin 4 Mio. Euro sein werden, müssen erst hereingebracht werden. Inwiefern sich die Flüchtlingssituation auf die Stadt Wels auswirken wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Eines ist auf jeden Fall festzustellen: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die damit verbundenen Sozialleistungen sind in den letzten Monaten stark gestiegen.

Auf der Einnahmenseite gibt es den großen Posten der Bundesertragsanteile. Dieses anteilmäßige Steueraufkommen von allen Welsern beläuft sich auf 74 Mio. Euro im Jahr 2016 und steigt um fast 2 Mio. Euro im Jahr 2017. Ein ganz besonderer Dank für diese Einnahmen gilt allen Unternehmern. Die Kommunalsteuer ist ein Garant für steigende Einnahmen. Jedes Jahr steigen diese um fast 3 %. Das spricht eindeutig für die gute Wirtschaftspolitik der Stadt Wels. Nur dadurch ist die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen und sind Betriebsansiedelungen möglich.

Nun zu den großen Herausforderungen in den nächsten zwei Jahren: Mit Sicherheit ist im Sozial- und im Kinderbetreuungsbereich mit steigenden Kosten zu rechnen. Allein im Kinderbetreuungsbereich gab es in den letzten acht Jahren eine Verdoppelung der Kosten. Im Sozialbereich wird der Pflegebereich einer der zentralen Herausforderungen für die Stadt Wels sein. Durch die höhere Lebenserwartung der Welser wird der Druck in den nächsten Jahren extrem steigen. Es ist nicht allen Menschen möglich im privaten Familienumfeld gepflegt zu werden, so muss die Stadt Wels zukünftig Pflegeplätze bereitstellen. Aber auch die Versorgung von an Demenz erkrankten Personen wird immer schwieriger. Hier muss die Stadt Wels Prioritäten setzen.

Die Stadt Wels hat ein besonderes Problem im Bildungsbereich. Im Gegensatz zu vielen Randgemeinden steigen die Schülerzahlen. Gerade im Pflichtschulbereich müssen neue Plätze geschaffen werden. Das bedeutet auf der anderen Seite einen großen Erhaltungsaufwand für die bestehenden Schulen. Der budgetierte Betrag von 500.000 Euro für das Schulsanierungskonzept wird nicht mehr reichen. Daher wünsche ich mir eine entsprechende Aufstockung und eine klare Zielsetzung für die nächsten Jahre. Gerade die im Bildungsbereich eingesetzten Mittel sind richtig und wichtig. Der Ökonom und Nobelpreisträger James Heckman belegt, dass frühe Investitionen in Bildung nachhaltig sind, weil die Folgekosten damit gesenkt werden.

Nun komme ich zu einem sehr persönlichen Anliegen: Leider ist in diesem Budget der Bücherbus nicht vorgesehen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass gerade ein Bücherbus eine Investition ist, von dem der Nobelpreisträger Heckman sprach. Selbst habe ich drei Söhne und weiß daher, wie wichtig Bücher sind. Für mich sind E-Reader kein Ersatz für ein Buch. Ich möchte meinen Kindern nicht erklären, wie man ein Buch umblättert, weil sie nur die Wischbewegung über das Display kennen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen sie uns gemeinsam an einer adäquaten Nachfolge für den Bücherbus arbeiten. Ich hoffe auf eine Realisierung.

Neben der Bildung ist der Verkehr ein wichtiger Bereich, der aus meiner Sicht ungenügend gelöst ist. Jeder von uns kennt das Problem, wenn er mit Auswärtigen spricht, dass diese nicht in die Innenstadt finden - noch schlimmer - meistens nicht aus Wels hinausfinden. Hier besteht großer Handlungsbedarf. Wir sollten uns überlegen, ob das bereits jahrelang bestehende Innenstadtverkehrskonzept evaluiert werden muss. Auch die fehlende durchgängige Verbindung der Fahrradwege ist ein wichtiger Punkt für die Zukunft. Ebenso gehört die Busdreh Scheibe am Kaiser-Josef-Platz verlegt.

Nächstes naheliegendes Thema betrifft die Sicherheit. Ich bin froh, dass die ÖVP-Initiative Förderung der Alarmanlagen nach wie vor vorgesehen ist. Es ist eine wichtige Maßnahme, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Welser zu heben. Zum Thema Sicherheit gibt es noch andere Bereiche, die entsprechend entwickelt werden müssen. Ein Punkt davon betrifft die Ordnungswache. Diese braucht eine klare Ausweitung der Kompetenzen. Vorstellen könnte ich mir, dass diverse Verordnungen der Stadt Wels durch die Ordnungswache überprüft und exekutiert aber auch Verkehrsüberwachungen an Schulen durch die Ordnungswache durchgeführt werden könnten.

Die Videoüberwachung sollte evaluiert und gegebenenfalls ausgeweitet werden. Oberstes Ziel muss sein, dass sich die Welser wieder sicher fühlen können.

Nach den durchaus kritischen Anmerkungen noch ein paar positive Aspekte zum Budget: Zweifelsohne ist für mich der Welser Wochenmarkt ein positiver Punkt. So sieht das Budget den Ausbau der Markthalle vor. Jeder Besucher des Welser Wochenmarktes weiß – ein Markt gehört zu einer zentralen Einrichtung der Stadt.

Die Sanierung des von Kollegen Mag. Teubl erwähnten Wasserturms ist erst für 2017 geplant. Das ist eine wichtige Investition.

Die Belegung des Traunufers und der dadurch im Masterplan festgeschriebene Abriss der Hallen muss unbedingt in den nächsten beiden Jahren vorangetrieben werden. Auch die Tatsache, dass die Wirtschaftsförderung auf neue Beine gestellt wurde und somit die Basis für zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurde zeigt, dass das Doppelbudget kein schlechtes Budget ist. „Die Erstellung eines Budgets ist die Kunst Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.“ - Ein Kunstwerk ist dieses Budget vielleicht nicht, aber man kann durchaus zustimmen.

#### Erklärung der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

GR. Ganzert: Herzlichen Dank an Leo Mikesch und die KPÖ für die Erinnerungen zum Voranschlag. Vor allem herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Finanzdirektion, unter der Leitung von Dr. Barth, Herrn Drumm und Herrn Ettl, die in den vergangenen Monaten innerhalb kürzester Zeit ein Budget in dieser Deutlichkeit und Fülle gemeinsam mit den Mitarbeitern im Haus erstellten.

Bürgermeister Dr. Rabl spricht immer von einem Sparbudget. Ich darf ihnen sagen, es handelt sich um kein Sparbudget. Es handelt sich um ein steigendes Budget, um einen steigenden ordentlichen Haushalt und damit auch die Erhöhung des Verschuldensgrades der Stadt Wels, um eine Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung sowie gestiegene Kosten im Verwaltungs- und Sachaufwand. Wer hier nun von einem Sparbudget redet, der redet von einem klaren Etikettenschwindel. Vielmehr ist es eine ideologisch getriebene Umschichtung des Budgets durch den Finanzreferenten. Das sieht man sehr deutlich. Während z.B. im Subventionsbereich, im Förderbereich, in den Bereichen Soziales, Kultur, Prävention Kürzungen von über 10 % (0,9 Mio. Euro) und im Umweltbereich sogar um 80 % vorliegen (bisher waren 250.000 Euro für Umweltförderungen der Stadt Wels vorgesehen, mit 2017 wird der Betrag auf ein Zehntel reduziert, auf 25.000 Euro), wurden stattdessen neue Voranschlagstellen eingerichtet. Es gibt nun eine Voranschlagstelle mit der Bezeichnung „Großveranstaltungen der Stadt Wels“, bisher wurden 27.000 Euro im Jahr präliminiert, nun sind dafür 200.000 Euro vorgesehen.

Ich denke aber auch an die Kosten für die Strukturreform, Positionierungsprozess der Stadt Wels, für zahlreiche Beratungs- und Honorardienste, die geleistet werden – hier reden wir von rund 1 Mio. Euro (Positionierungsprozess 100.000 Euro, Strukturierungsprozess in den Jahren 2016/2017 300.000 Euro). Da muss ich mir nun schon die Frage stellen, ist das der Preis dafür, dass eine Partei – namentlich die FPÖ – in den letzten Jahrzehnten die Stadt dermaßen schlecht redete und ihr Image dermaßen demolierte, den man scheinbar bezahlen muss, um ein neues Image, nämlich von „Wels hat's in sich“ auf „Wels – ermöglicht“ aufs Papier zu bringen?

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass dieses Budget klar jugend- und ausbildungsfeindlich ist, wenn man sich ansieht, dass gerade der Punkt Ausbildungsplätze und Lehrlinge am Magistrat auf null gesetzt wird. Daran erinnern darf ich an den im Vorjahr getroffenen Gemeinderatsbeschluss, der vor allem lernschwachen Auszubildenden eine Chance geben sollte. Aus unserer Sicht kommt nun die Stadt Wels ihrer Verantwortung nicht mehr nach. Außerdem sieht man es selbst durch die Anzahl der am Magistrat Wels beschäftigten Ferialpraktikanten. Mit 150 Praktikanten gab die Stadt Wels vielen Jugendlichen eine Chance.

Eine Chance, die sie aufgrund ihrer Ausbildung, ihres Berufes brauchten, da viele Schulen Pflichtpraktiken voraussetzen. Diese Zahl wurde reduziert auf nur mehr 50 Praktikumsplätze im Jahr.

Außerdem ist es sehr bedauerlich, dass zahlreiche wichtige Projekte, wie beispielsweise der neue Bildungscampus, die neue Volksschule in Wels-West „geschoben“ wurden und dass auch wichtige Investitionen in Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen, z.B. die dringende Sanierung des Kindergartens Pernau, nicht ersichtlich sind oder nicht so rasch wie gewünscht durchgeführt werden können.

Herr Bürgermeister kündigte zuerst den Jugendtreff Noitzmühle an, das freut mich. Der Jugendtreff Noitzmühle ist bereits seit vielen Jahren Thema. Er wurde von der damaligen Jugendstadträtin Silvia Huber auch immer wieder ins Budget gebracht. Erst im letzten Jahr wurden die Grundstücke angekauft. Damals sagte die FPÖ noch, sie ist sich nicht sicher, ob auf diesem Grund auch wirklich ein Jugendtreff entstehen soll. Ich bin aber froh, wenn es aus der heutigen Sicht dazu ein Bekenntnis gibt im Stadtteil Noitzmühle endlich etwas für die Jugendlichen zu tun, wenn schon auf die Schule so lange gewartet werden muss.

Bekritteln möchte ich noch, das Budget ist grundsätzlich intransparenter geworden. Sieht man sich das Budget aus dem Vorjahr an, dann kann man vor allem was die Subventionen, die Ausgaben betrifft taxativ nachlesen für welchen Bereich und für welchen Verein, für welchen Zweck die Mittel zum Teil vorgesehen sind. Das wurde nun auf einzelne Voranschlagstellen beschränkt und mit großen Klammern versehen.

Sehr befremdlich finde ich - wenn man sich den heutigen TOP 2.) ansieht - das Thema Transparenz bei den zu vergebenen Förderungen. Dazu gibt es einen Vorschlag der SPÖ, ab 1.000 Euro soll alles auf der Homepage ersichtlich sein. Die ÖVP macht den Vorschlag ab 500 Euro. Die SPÖ sagt, wir können gut damit leben. Dann kommt die FPÖ und meint, machen wir heute keinen Beschluss, diskutieren wir nochmals, was ist eine Subvention, was ist keine Subvention. Jeder der sich das Budget ansieht, sieht ganz genau was eine Ermessens- oder Pflichtsubvention ist.

Zu den einzelnen Bereichen des Budgets werden später meine Kollegen aus dem Stadtsenat und aus dem Gemeinderat noch Stellung beziehen.

Zum Kassasturz, der vom Herrn Bürgermeister vorhin angesprochen wurde: Er sprach durchaus von einer Steigung der Personalkosten, von Erhöhungen bei den Ermessens- und Pflichtsubventionen und von Steigerungen bei den Sachausgaben. Lauschte man den Ausführungen von Dr. Barth genau, dann kennt man die Ursachen für diese Steigerungen. Wenn ich daran denke, dass in den letzten Jahren zwei Alten- und Pflegeheime in der Stadt Wels eröffnet wurden, eine zweite Demenz-WG sich derzeit in Bau befindet und die Eröffnung bevorsteht, im Kindergartenbereich die Abgangsdeckung ständig höher als geplant ausfällt, im Bereich der Sachausgaben neue Modelle, wie der Bau der Heime in Form einer Miete, vollzogen werden, so sind das steigende Ausgaben. Eines muss man dazu sagen, die beschlossenen Budgets in der letzten Periode sind mit einer einzigen Ausnahme immer mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und ÖVP beschlossen worden. Man soll sich doch zurückerinnern wofür man stand.

Ausgelassen wurde beim Kassasturz die Finanzkraft der Stadt Wels. Darüber spricht man scheinbar nicht ganz gerne, aber es gibt hier einige Nationale Benchmarks, z.B. den Gemeindebonitätsstatusbericht aber auch den letzten Rechnungshofbericht. Vergleicht man die Zahlen der Verschuldung oder die Pro-Kopf-Verschuldung mit anderen Gemeinden, so hat Wels eine sehr starke Finanzkraft. Das sieht man leider immer wieder bei den Vorauszahlungsbescheiden, die für Sozialdienstleistungen geleistet werden müssen. Es wird die Stadt Wels sozusagen abgestraft, weil sie so gut haushaltet und für andere Gemeinden viele der Kosten mittragen muss.

Die SPÖ-Fraktion versuchte einen gesamtheitlichen Blick auf das Budget zu bekommen, sah sich vieles im Detail an. Wir sind uns durchaus der Verantwortung bewusst. Wir wissen was geschehen wird, sollte das Budget heute nicht beschlossen werden. Es käme zu einer Haushaltsführung ohne Voranschlag und damit zu keiner Ausbezahlung von Subventionen usw. Das bedeutet vor allem für die auf die Subventionen angewiesenen Vereine eine Entlassung von Personal, eine Einstellung ihrer Dienstleistungen. Es würde auch dazu führen, dass es kein außerordentliches Budget, keinen außerordentlichen Haushalt gibt. Es würde zu einem kompletten Investitions-Stop der Stadt Wels führen – ich möchte mir gar nicht ausmalen, was das für den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Situation unserer Stadt bedeuten würde.

Die SPÖ-Fraktion stimmt daher dem Antrag zum vorliegenden Doppelbudget 2016/2017, der Mittelfristigen Finanzplanung aber auch der dazugehörigen Darlehensaufnahme zu, hält aber durchaus fest, dass man hier nicht das Budget auf Punkt und Beistrich unterschreibt. Wir werden Einzelmaßnahmen, die in einem entsprechenden Gremium einem Beschluss zugeführt werden müssen, ganz genau hinterfragen. Projekt für Projekt wird evaluiert inwiefern ist es umzusetzen bzw. inwiefern ist es die beste Entscheidung für die Welser Bevölkerung.

#### Erklärung der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

GR. Mag. Parzmayr: Das vorliegende Budget ist ein Sparbudget. Dass Sparen in der Stadt Wels mehr als notwendig ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Die Schulden der Stadt Wels incl. Immo KG belaufen sich mittlerweile auf rund 90 Mio. Euro. Allein an Bankdarlehen hat Wels Verbindlichkeiten in Höhe von 60 Mio. Euro. Die Zahlen mögen für manche vielleicht noch nicht beunruhigend sein. Vergleicht man die heutige Situation mit der vor ein paar Jahren, wächst die Beunruhigung – zumindest bei uns Welser Freiheitlichen. Die Bankdarlehen beliefen sich im Jahr 2008 noch auf 0,2 Mio. Euro. Mittlerweile sind es 60 Mio. Euro – also eine „Verdreihundertfachung“ in nur sieben Jahren. Wenn dem nicht entgegengesteuert wird, kann sich jeder ausrechnen wohin die Reise geht. Es werden nach ein paar Jahren, nach einem endgültigen Finanzkollaps, noch viel schmerzhaftere Einsparungen nötig als das jetzt der Fall ist.

Um mehr Geld zur Verfügung zu haben, kann man entweder seine Ausgaben reduzieren oder seine Einnahmen erhöhen. Die Einnahmen der Stadt Wels setzen sich im Wesentlichen aus den Ertragsanteilen und den Steuern, vor allem aus der Kommunalsteuer, zusammen. Mehr als die Hälfte der Einnahmen kommt aus diesen beiden Quellen. Auf die Höhe der Bundesertragsanteile hat die Stadt überhaupt keinen Einfluss. Bei der Kommunalsteuer sehr bedingt. Wir können nur dafür sorgen, dass Wels ein guter Wirtschaftsstandort ist und die ansässigen Betriebe in Wels bleiben, in der Stadt expandieren und auch neue Unternehmer sich in Wels ansiedeln. Dies erhöht nicht nur die Steuereinnahmen sondern schafft auch neue Arbeitsplätze für die Bevölkerung.

Der Rechnungshof hat die finanzielle Lage der Stadt Wels mit vier gleichartigen Gemeinden (Dornbirn, St. Pölten, Villach, Wr. Neustadt) und auch mit den Durchschnittswerten aller Städte über 50.000 Einwohner – ausgenommen Wien – verglichen. Dabei zeigt sich, dass die größte Einnahmequelle der Stadt, die Ertragsanteile, 3 % über dem Durchschnitt der Vergleichsgemeinden liegt, bei den eigenen Steuern waren es sogar 5 %. Diese Einnahmen sind also bereits überdurchschnittlich hoch. Die logische Konsequenz ist daher in der Ausgabenseite aktiv zu werden, sprich die Ausgaben zu senken. Auch der Rechnungshof sieht das so – ich zitiere aus den Empfehlungen des Rechnungshofes: „Der Haushalt wäre nachhaltig ausgeglichen zu führen und dabei das Hauptaugenmerk auf ausgabenseitige Maßnahmen zu legen. Im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt Wels wären Konsolidierungsmaßnahmen zu setzen. Da bei den Einnahmen nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten für eine Stadt bestehen, sollte das Hauptaugenmerk auf ausgabenseitige Maßnahmen bzw. einer sparsamen Haushaltsführung gelegt werden.“ Bei

diesen Empfehlungen kommen immer wieder die Wörter „Haushaltskonsolidierung“ und „ausgabenseitige Sparmaßnahmen“ vor.

Ausgabenseitiges Sparen bedeutet Einschränkungen. Einschränkungen in verschiedenen Bereichen. Einschränkungen sind für die Betroffenen nie angenehm. Natürlich muss man sich auf der Ausgabenseite anschauen wo sich Möglichkeiten zur Reduzierung ergeben und wie groß der Einsparungseffekt ist. An welchen Schrauben können wir hier als Stadt drehen, welches Ergebnis erzielen wir.

Ein sehr großer Posten betrifft die Personalkosten der Stadt Wels. Im Jahr 2015 betrug diese 60 Mio. Euro, das sind immerhin 34 % des Budgets, also mehr als ein Drittel des ordentlichen Haushalts. Nur durch die bereits von Herrn Bürgermeister vollzogenen Einsparungsmaßnahmen konnte der weitere Anstieg der Personalkosten eingebremst werden. Eines muss schon festgehalten werden, eine wesentliche Ursache für das starke Ansteigen der Personalausgaben war, dass noch im Jahr 2015 80 Mitarbeiter im Magistrat außerplanmäßig aufgenommen wurden. Hier ist es jedenfalls notwendig weitere Einspareffekte zu erzielen. Das geht nur mit einer umfangreichen Strukturreform des Magistrates. Dieser Prozess wurde vom Bürgermeister bereits begonnen und ja, dafür wird auch Geld ausgegeben. Wir brauchen hier unbedingt die Begleitung von außen – also einem Unternehmensberater –, denn dieser kann eine neue Sicht der Dinge einbringen und Abläufe aufzeigen, wie der Magistrat als moderner Dienstleister effektiver und sparsamer agieren kann. Die Sicht eines Externen ist hier besonders wichtig, da sich womöglich intern eine Art Betriebsblindheit ausbreitete. Die dafür vorgesehenen Kosten von 90.000 Euro sind in Anbetracht des erwarteten Sparpotentials durchaus gerechtfertigt. Naturgemäß sind mit einer Restrukturierung weitere Kosten verbunden und wurden diese entsprechend budgetiert. Diese werden aber durch die erzielten Einsparungseffekte bei weitem schon im ersten Jahr übertroffen. Wenn sich jemand in seinem Haus eine neue Heizung und eine Wärmedämmung zulegt, kostet das auch Geld. Aber dafür spart er in weiterer Folge massiv bei den Betriebskosten und die getätigten Investitionen haben sich binnen kürzester Zeit amortisiert.

Die schon erwähnten vor der Wahl außerplanmäßig aufgenommenen 80 Mitarbeiter kosten in einem Jahr 3 Mio. Euro, also bei weitem mehr als die für den gesamten Restrukturierungsprozess budgetierten Kosten. Wer dieses überaus teure Wahlzuckerl zu verantworten hat, brauche ich wohl nicht extra zu erwähnen.

Ein weiterer Posten, wo Einsparungen möglich sind, sind die Subventionen. Hier vor allem bei den Ermessenssubventionen. Natürlich ist klar, dass für den jeweiligen Subventionsempfänger es nicht sehr erfreulich und angenehm ist. Natürlich wäre es auf der anderen Seite für die Politik viel angenehmer, wenn weiter hohe Subventionen an diverse Einrichtungen und Vereine verteilt werden könnten. Aber das geht so einfach nicht mehr. Ein Verweis auf den Schuldenstand sollte ausreichen.

Eines sei meinen Vorrednern, besonders von der SPÖ und von den GRÜNEN, schon gesagt: Sie erklären uns immer wo von der FPÖ und ÖVP zu Unrecht gespart wird. Aber bitte sagen sie uns doch, wo wir sinnvoll sparen sollen. Das kommt bis jetzt noch nicht vor. Vielleicht hören wir heute noch im Gemeinderat etwas davon.

Die zu tätigen Investitionen müssen natürlich kritisch hinterfragt werden. Es muss weitere Investitionen geben. Hervorzuheben sind die Kindergärten, das Schulsanierungskonzept und auch die Park & Ride Anlage am Bahnhof. Natürlich ist es in diesem Zusammenhang bedauerlich, dass der Neubau der Volksschule Wels-West auf das Jahr 2019 verschoben werden musste. Der Hintergrund ist aber auch hier, dass die Verschuldung der Stadt Wels aufgrund der Finanzpolitik in der Vergangenheit massiv anstieg. Aus diesem Grund stehen keine dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Der Finanzreferent und Bürgermeister legte jedenfalls ein verantwortungsvolles Doppelbudget vor, das auch Interessen der Zukunft berücksichtigt. Die Verschuldenspolitik der letzten Jahre muss endlich ein Ende haben, die Verwaltung ist sparsam und zweckmäßig zu führen. Nur so können wir den Haushalt mittelfristig so weit konsolidieren, dass wir in der Zukunft wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum für die Stadt Wels haben.

Vzbgm. Kroiß: Danke den Kollegen für die Ausführungen. Die Fraktionserklärungen sind somit beendet. Ich ersuche nun die Referenten für ihre Wortmeldungen.

Vzbgm. Huber: Vorweg möchte ich mit zwei Feststellungen beginnen. Wie der Fraktionsvorsitzende GR. Stefan Ganzert ausführte und nicht wie GR. Mag. Parzmayr meinte, dieses Budget ist kein Sparbudget. Der Verwaltungs- und Sachaufwand steigt zu 2015 neuerlich um 6,4 %. Es ist vielmehr ein Budget der Verschiebungen. Die zweite Feststellung nochmals: Die Bonität der Stadt Wels ist viel besser als es gerne kundgetan wird. Wir fallen weder durch die Genehmigung der Aufsichtsbehörde - die behördliche Genehmigung durch das Land - noch gibt es Grund zur Panik. Vielmehr bescheinigt uns der aktuelle Gemeindebonitätsstatusbericht, durch die Landesregierung in Auftrag gegeben, einen Top-Platz und eine sehr hohe Finanzkraft.

Hat Bürgermeister Dr. Rabl bei seiner Budgetrede am 15.12.2014 Marcus Tullius Cicero und seine vier Ziele für eine erfolgreiche Budgetpolitik zitiert, möchte ich mit einem Zitat von Bürgermeister Dr. Andreas Rabl beginnen. Er meinte vor gut einem Jahr: „Wird der Schluss von Cicero weitergeführt, wissen wir über kurz oder lang wir sind bankrott. Wer trägt dafür die Verantwortung? Schuld sind - das muss ich selbstkritisch zugeben - wir alle. Wir alle sitzen hier, erheben Forderungen weil wir eine Klientelpolitik betreiben oder ein Projekt für uns ganz wichtig ist.“ Soweit was die ständige Diskussion über das Wahlzuckerl und das böse Erwachen beim Kassasturz oder rund um die Schulden dieser Stadt betrifft.

An dieser Stelle darf ich wie der Herr Bürgermeister daran erinnern, dass wir uns in Zeiten der Wirtschaftskrise gemeinsam zu Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft und Absicherung der Arbeitsplätze bekannten. Ich darf nochmal erinnern, dass wir gemeinsam die Darlehensaufnahmen beschlossen, denn dafür war im Gemeinderat schon immer eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Es dürften viele vergessen haben, wir hatten zwischen 2009 und 2015 eine Blau-Schwarze-Mehrheit. Aber seien wir doch ehrlich, das Spiel der freien Kräfte hat dem Steuerzahler eben am meisten gekostet. Allein 2014 hatten wir 70 Initiativ- und Dringlichkeitsanträge. Diese Anträge waren natürlich mit Ausgaben verbunden. Auch im Wahljahr gab es eine Reihe von Anträgen und Wünschen. Bis Juli 2015 waren es 43 an der Zahl.

Lassen sie mich jetzt zum vorliegenden Doppelbudget kommen. „Wels will und wollte Veränderung“, betonte Bürgermeister Dr. Rabl stets im Wahlkampf und auch danach. Ob das Budget jene Veränderung aufzeigt, die auch die Bevölkerung meinte, stelle ich in Frage. War uns noch im Vorjahr die Sprachförderung in den Kindergärten doch ganz wichtig, die FPÖ verweist immer auf den hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, scheint es so, dass nur die Schlagzeile in diesem Bereich Vorrang hat. Ich verweise auf die tollen Projekte, wie z.B. die Sprachbrücke. Dafür wurde mehr Personal eingestellt, das stimmt. Die Sprachförderung soll jetzt mit dem ursprünglichen Mitarbeiterstand in der Abteilung durchgeführt werden. An einem Konzept für Sprachgruppen wird zwar gearbeitet, ein Konzept, welches aber mit dem Damoklesschwert - es müssen nämlich auf Sicht weitere 5 % an Personal- und Sachkosten eingespart werden – umgesetzt werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, dass wir auf Sicht mit weniger Personal die bestehende hohe Qualität halten oder sogar ausbauen könnten. Waren der FPÖ die Mittel für die Integration immer zu wenig – Budgetrede Dr. Rabl im Jahr 2013 – wurden

2015 dafür 157.740 Euro (Budget plus Kreditoperationen) dafür verwendet, findet man jetzt 110.000 Euro. Das sind 30 % weniger. Ist uns Sprachförderung, Integration wichtig? Die Fakten im Budget sprechen eine andere Sprache.

Lt. neuem Dienstpostenplan soll eine Personaleinheit im Integrationsbüro eingespart werden. Diese Personaleinheit weniger wird sich auf die Lernbegleitung und Fortführung der Sprachwerkstätten (70 Kinder hängen ab Sommer in der Luft) auswirken.

Lassen sie mich auf ein Projekt zu sprechen kommen, welches ich dank der Unterstützung von Landesrätin Gertraud Jahn nach Wels holen konnte. Gemeinsam mit der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe des Landes Oberösterreich und der Abteilung des Magistrates kümmerten wir uns um ein Projekt, welches zu 100 % vom Land Oberösterreich gefördert wird mit dem Namen KISA. Ein Pilotprojekt für ein bis zwei Jahre von Sozialarbeit für Eltern und Kleinkindpädagoginnen. Dieses sollte in einigen Kindergärten durchgeführt werden.

Ausgangspunkt für dieses Projekt war, die Erfahrung der Schulsozialarbeit in Gebieten mit erheblichem Betreuungsbedarf noch eine Altersstufe früher anzusetzen, weil Belastungen von Familien sich nicht erst in der Schule manifestieren sondern schon früher entgegengewirkt werden könnte. Dieses Projekt ist jetzt massiv in Gefahr. Jene Mitarbeiterin, die im Dezember mit KISA beginnen sollte, extra ihren Job in Wien dafür kündigte, wurde am dritten Tag wieder nach Hause geschickt. Laut Bürgermeister Dr. Rabl soll jemand aus dem Hause Magistrat dafür bereitgestellt werden. Man hat noch niemanden gefunden. Das Projekt KISA ist noch nicht wirklich gestartet und ich weiß nicht, wie lange das Land Oberösterreich die dafür vorgesehenen Mittel (nochmals 100 % Förderung) noch bereithält. Diese Vorgangsweise ist mir unerklärlich.

Rund 15 % bzw. 17 % Kürzungen im Bereich Subvention Soziales treffen vor allem die vielen Vereine und engagierten Menschen. Hier wird wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Arbeit verrichtet und das durchwegs von ehrenamtlichen Funktionären der Empfängervereine. Ich kann mich nicht dem Eindruck verwehren: Wels, die soziale Musterstadt, wie sie alle Parteien gerne nennen, wird scheinbar zurückgefahren.

War der FPÖ noch vor nicht allzu langer Zeit ein Masterplan für Menschen mit Beeinträchtigung ganz wichtig, vermisse ich jetzt die Maßnahmen, vor allem im Bereich des Schaffens der Barrierefreiheit – die Positionen sind durchwegs auf Null gestellt.

Und was die Transparenz angeht, ist dieses Budget im Bereich wirklich sehr zusammengerafft worden. Früher konnte man im Subventionsbereich die Positionen größtenteils zuordnen, jetzt gibt es hier fast nur zusammengefasste Voranschlagsstellen.

Unter arbeitspolitische Maßnahmen findet man noch die Jugendwerkstatt mit 38.400 Euro statt 41.500 Euro. Doch was ist mit RenoTop, der Frauenwerkstatt und dem Technoteam? Wichtige Maßnahmen, gerade in Zeiten der hohen Arbeitslosigkeit. Wenn Bürgermeister Dr. Rabl kürzlich meinte, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen seien nicht die Kernaufgabe einer Gemeinde, dann sehe ich dies nicht so und gebe außerdem noch zu bedenken, es war gerade bei diesen „Alibisubventionen“ immer so, dass bei den Förderungen in städtischen Einrichtungen wichtige Arbeiten als Gegenleistung erbracht wurden – beginnend beim Ausmalen, Gartenpflege bis hin zu Bauarbeiten.

Ich vermisse auch die präventiven Ansätze in diesem Budget. So steigen die Kosten in der Kinder- und Jugendhilfe weiter an. Gleichzeitig werden wichtige Subventionen für Arbeit im Vorfeld zurückgefahren. Für das Kinderschutzzentrum Tandem haben wir noch im Juli des Vorjahres gemeinsam - also einstimmig - beschlossen die Subvention von 52.000 Euro auf 65.000 Euro zu erhöhen. Jetzt sind im Budget für heuer 45.000 Euro und für 2017 40.000 Euro vorgesehen. Die Anforderungen an das Kinderschutzzentrum, die Wartelisten werden immer

mehr. Mit der im Budget vorgesehenen Summe wird das Kinderschutzzentrum Mitarbeiter entlassen müssen und etliche Familien und Kinder werden auf der Strecke bleiben.

Auch auf die Nachbesetzung eines Streetworkerposten - zu 50 % vom Land finanziert – wird verzichtet.

Alle lobten immer die hohe soziale Qualität in unserer Stadt, doch jetzt gibt es erste Einschnitte und ich befürchte einen weiteren Abbau unter einer Blau-Schwarzen-Stadtregerung. Ist das die Veränderung, die sich Wels wünschte?

Wenn ich zu Teilen in meinem neuen Zuständigkeitsbereich komme, dann muss ich leider von einer Kindesweglegung reden. Hat meine Vorgängerin Vzbgm. Raggl-Mühlberger noch in ihren Budgetreden davon gesprochen, dass sie im Bereich der Umweltförderungen statt 150.000 Euro eigentlich 220.000 bis 250.000 Euro benötigen würde, so hat man jetzt das Gefühl der FPÖ war dieses Ressort nur wichtig solange sie verantwortlich waren. So sieht das Budget für 2016 zwar noch 170.000 Euro vor, aber nur weil die aktuellen Ansuchen bis Ende 2015 bedeckt werden. Für 2017 gibt es überhaupt nur noch 25.000 Euro – mit meiner Bitte um mehr Geld in diesem Bereich stieß ich beim Finanzreferenten leider auf taube Ohren.

Nochmals zu bedenken geben möchte ich, dass neben diesem Beitrag zum Klimaschutz die Förderungen auch ein wichtiger Impuls für Investitionen in der regionalen Wirtschaft waren. So kann man davon ausgehen, dass 5 Mio. Euro Subventionen - das ist die Summe der Anträge, die von 1985 bis jetzt gestellt wurden - rund 50 Mio. Euro Investitionen auslösen. Unsere Stadt bezeichnet sich gerne als Energiestadt und hat in der Tat ein herausragendes Konzept, doch im Budget spiegelt sich das Bekenntnis dazu gar nicht wider. Hier fehlt mir einfach der Weitblick und das Verständnis für Nachhaltigkeit und Zukunftsthemen.

Wenn zum Beispiel für Alarmanlagen zweimal 30.000 Euro, für einen Positionierungsprozess 100.000 Euro, für Strukturreformen zweimal 300.000 Euro, für Großveranstaltungen plötzlich zweimal 200.000 Euro statt 27.000 Euro budgetiert sind - ich habe nichts gegen Großveranstaltungen, aber nicht unter der Prämisse, dass anderswo das Geld dafür gekürzt wird – für die Umwelt aber nur 25.000 Euro, für präventive Maßnahmen im Gesundheitsbereich statt 20.000 Euro nur noch 17.000 bzw. 15.000 Euro im Jahr 2017 und für den gesamten Frauenbereich im ordentlichen Haushalt nur mehr 25.000 Euro statt 47.000 Euro vorgesehen sind, dann spricht das Bände.

Auch für die Abwicklung des Masterplans Tiergarten – dem Filetstückchen in meinem Bereich, wie Bürgermeister Dr. Rabl den Tiergarten gerne nennt, stehen nur bescheidene Mittel für 2016 und 2017 zur Verfügung. Ich gebe hier aber zu, dass in den vergangenen Jahren sehr viel gemacht wurde, doch es gäbe noch einiges zu tun – ich denke an das alte Krallenaffenhaus.

In der mittelfristigen Investitionsplanung haben meine Vorgänger alleine für heuer 4,7 Mio. Euro angemeldet – ich weiß schon, dass Budgetanmeldungen ein Wunschkonzert sind, aber die mir jetzt 363.000 Euro im Vergleich zu 4,7 Mio Euro zur Verfügung stehenden Mittel lassen keine großen Sprünge zu.

Alleine die Neuanlage Park Laahen würde 850.000 Euro kosten, jetzt gibt es eine große Klammer mit 200.000 Euro, die für den Masterplan Parkanlagen, den Park Laahen, Instandhaltung Parkanlage Reinberg, Schaffung von Hundefreilaufzonen sowie diverse Sanierungsarbeiten am Park Kalvarienberg, Marienwarte etc. vorgesehen sind.

Dass man hier nicht sehr viel verwirklichen kann, versteht sich wohl von selbst. Ich kann nur eines für mich und die Mitarbeiter in diesem Bereich sagen: Wir werden uns bemühen für die Welsler das Bestmögliche zu tun. Ich möchte mich auch an dieser Stelle bei allen bedanken, die mich in meinem neuen Bereich trotz weniger Mittel so engagiert zur Seite stehen.

Wenn wir heute dem Budget zustimmen, weil wir uns der Verantwortung für diese Stadt sehr wohl bewusst sind und ohne unsere Zustimmung viele Projekte und Vereine in der Luft hängen würden, dann heißt das noch lange nicht, dass wir jeder Einzelmaßnahme zustimmen werden.

Mit Cicero höre ich nicht auf, denn trotz der Regeln von Cicero ist ja Rom untergegangen. Ich schließe mit einem Zitat von Bürgermeister Dr. Rabl im gestrigen Kurier: „Was immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende.“ Ich hoffe, das gilt auch für die Budgetpolitik. Bei Einsparungen im Umweltschutz oder im Sozialbereich sollte man das Ende bedenken.

Bgm. Dr. Rabl: In Anbetracht der bisherigen Ausführungen von Frau Vzbgm. Huber sehe ich mich zu einer Wortmeldung veranlasst. Lt. Vzbgm. Huber soll es sich um kein Sparbudget handeln, wir also zu wenig sparen. Auf der anderen Seite kritisiert sie jede von uns getätigte Einsparung im Detail. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Nun zu den einzelnen Punkten: Das Integrationsbudget wird reduziert – richtig, warum? Alle Integrationsmaßnahmen der SPÖ in den letzten 50 bis 70 Jahren führten zu keinerlei Erfolg. Das Integrationsproblem ist so groß wie nie zuvor. Dass es dafür vielleicht eine Änderung in der Politik braucht, versteht ein jeder – bis auf die SPÖ. Diese verstand bis heute nicht, dass die bisher von ihr bestrittenen Wege nicht geeignet sind die Integration tatsächlich voranzutreiben. Das war der Grund für den Reformprozess. Nachdem wir nun seit knapp vier Monaten eine neue Regierung haben, hat diese kurze Zeit nicht ausgereicht dafür entsprechende Neupositionierungen zu machen. Eines ist klar: Das Konzept für neue Sprachförderklassen in den Kindergärten soll im September d.J. bereits umgesetzt werden. Das ist der vor der Wahl entsprechend propagierte Weg der FPÖ, von dem wir glauben, dieser ist tatsächlich zielführend. Dorthin wird das Personal „verschoben“, dort wird auch das Geld hin „verschoben“, denn der Spracherwerb und der Erwerb eines Europäischen Wertekanus sind wesentliche Voraussetzungen für jede Art der Integration. Der SPÖ-Fraktion ist das offensichtlich noch nicht so klar, sonst hätte sie in den letzten 15 Jahren entsprechende Maßnahmen ergreifen können – hat sie aber nicht, leider!

Wenn weiters davon gesprochen wird, dass es im Subventionsbereich Kürzungen gab, so ist das richtig. Wir glauben es ist eine Schwerpunktsetzung falsch erfolgt. Ein entsprechendes Wahlergebnis rechtfertigt durchaus andere Schwerpunkte. Würde alles gleich bleiben, würden sich die Bürger fragen, warum sie jemand anderen gewählt haben, wenn ohnehin alles gleich bleibt. Dass die Bürger diese Art der Subventionierungen aller möglichen Vereine nicht mehr wollen (dazu muss ich sagen, es sind überwiegend SPÖ-nahe Vereine subventioniert worden), dann ist für mich völlig klar, dass es einen Kurswechsel gab, der der SPÖ-Fraktion sehr weh tut. Dieser Kurswechsel war notwendig, deshalb wurde er vollzogen. Das ist sinnvoll.

In den letzten zehn Jahren haben wir so gut wie nie in die Prävention investiert, ganz im Gegenteil! Mehr Geld kann in diesem Bereich nicht investiert werden. Tatsache ist, wir haben so viele Problemfälle gerade im Jugendbereich wie nie zuvor. Vielleicht sollte man sich auch hier andere Konzepte überlegen. Die bisherigen griffen jedenfalls nicht. Politik setzt Gestaltungskraft voraus. Wir sind bereit diese Herausforderungen anzunehmen.

Das Kinderschutzzentrum bzw. die Kürzung der Subvention um 7.000 Euro wurde erwähnt. Deswegen muss nun ein Mitarbeiter seine Tätigkeit beenden? Dazu darf ich ausführen, dass das Kinderschutzzentrum insgesamt 350.000 Euro Subvention erhielt. Die Kürzung beträgt 7.000 Euro und jetzt muss schon ein Mitarbeiter entlassen werden? Oder sie müssen sich einen anderen Standort suchen? Da kann ich nur lachen, wenn jemand 350.000 Euro Subvention von Bund, Land und Gemeinde erhält und wegen 7.000 Euro plötzlich zusperrt, dann hat vorher bereits etwas nicht gestimmt.

Nun zur Umweltförderung: Die SPÖ-Fraktion stimmte der Abschaffung zu. Liebe Silvia, deine Fraktion sagte ja, es ist sinnvoll. Weil wir in diesem Zusammenhang eine neue Politik machen wollen. Zukünftig möchten wir 25.000 Euro als Ermessenssubvention leisten. Das ist etwas

ganz anderes. Ich kann nicht einsehen, dass Objektförderungen gewährt werden. Jeder, der sich ein Haus baut, das nach dem Stand der Technik zu errichten ist und sowieso eine Wärmedämmung vorgesehen ist, soll trotzdem noch 4.000 Euro von der Stadt Wels erhalten, wo wir uns das vor allem auch gar nicht mehr leisten können. Es war dringend eine Korrektur erforderlich. Es war völlig gerechtfertigt diese Art der Subvention mit Zustimmung der SPÖ auszuarbeiten. Hier wird der Eindruck erweckt, als wäre die FPÖ so unsozial oder umweltverachtend, als würde das für uns keinen Wert darstellen. Ganz im Gegenteil! Die Umwelt ist uns sehr wichtig. Die Parks in Wels werden saniert – in den letzten Jahren war in diesem Bereich noch niemals so viel Geld vorgesehen. Ganz im Gegenteil! Wir gingen sogar noch einen Schritt weiter. Die Ausstellung der Stadt Wels im Rahmen der Messe Blühendes Österreich, die in der Vergangenheit stattfand und uns 40.000 bis 60.000 Euro kostete, machen wir jetzt nicht mehr. Das Geld wird in einen Park investiert. Das ist Zukunftspolitik, auf die wir uns einigten. Aus meiner Sicht ist das durchaus sinnvoll.

Zum angesprochenen Positionierungsprozess: Auch diesen Antrag unterstützte die SPÖ. Wir wollten alle einen derartigen Positionierungsprozess und einigten uns darauf. Jetzt klingt es so, als hätte nur die FPÖ und ÖVP dies beschlossen. Alle anderen wollten das nicht. Diese Kindeswegelung halte ich daher für wenig sinnvoll.

Was die Großveranstaltungen betrifft, auch da hat die SPÖ zugestimmt. Es wurde nur das budgetiert, was auch die SPÖ forderte. Es ist vernünftig eine derartige Großveranstaltung, sei es ein Stadtfest oder etwas anderes, entsprechend umzusetzen. Das wird mir jetzt vorgeworfen? Da sieht man schon die Art und Weise wie hier Politik gemacht wird. Es ist eine Art, die mir in Wirklichkeit nicht gefällt. Ich bin jemand, der sich dazu bekennt, wenn wir sagen wir müssen gemeinsam sparen, wir müssen gemeinsam das Sparpaket in Angriff nehmen. In Wirklichkeit sind wir für eine derartige Verschuldenssituation verantwortlich. Ich bin aber nicht derjenige, der zuerst ein Fest veranstaltet und ein Konzept ausarbeiten lässt, in der Folge wird es durchgeführt und dann beschwere ich mich über die Kosten. Das ist eine unehrliche Politik der SPÖ, die ich so zurückweise und die ich mir auch nicht erwartete, weil sie einfach unfair ist.

Es ist notwendig respektvoll miteinander umzugehen und ein Teil des Respekts liegt darin, sich dazu zu bekennen, wenn gemeinsam Dinge beschlossen werden, die daraus resultierenden Kosten höher ausfallen. Man sollte zumindest von Beginn an so ehrlich sein und sagen, wir können uns das nicht leisten, daher sind wir gegen verschiedene Dinge. Diese Politik schlug die SPÖ bis jetzt nicht ein.

Wir machten sehr wohl ein Sparbudget und ich halte es hier wie GR. Markus Wiesinger: Natürlich ist das Budget, wenn es ein Sparbudget ist, ein Budget der Enttäuschungen. Irgendwo müssen wir einsparen. Ich hätte nur ein einziges Mal gerne einen Einsparungsvorschlag von der SPÖ gehört, wo sie nicht vorher schon zustimmte, dass wir diese Maßnahmen machen sollen. Ich hätte seitens der SPÖ gerne gehört, wo man tatsächlich die uns fehlenden 10 Mio. Euro, das sind umgerechnet 200 Mitarbeiter, einsparen möchte. Eines ist klar, in der Vergangenheit haben wir die Stadt Wels dadurch entschuldigt, dass wir immer Beteiligungen verkauften. Von der Wels Strom angefangen, über Heimstättenwohnungen, über Sparkassenanteilen, die jetzt verkauft werden, den Kanal, das Wasser usw. Aber irgendwann geht uns das Familiensilber aus und wir können nichts mehr verkaufen. Ich würde gerne einmal von der SPÖ wissen, nachdem wir im Jahr 2001 keine Schulden hatten und jetzt wieder 100 Mio. Euro Schulden anhäufen, wo zukünftig diese 10 Mio. Euro eingespart werden sollen? Wenn ihr mir das verraten könntet, wäre ich sehr dankbar, dann könnten wir vielleicht einmal diesen Kurs verfolgen. Tatsache ist, in den letzten 10 Jahren gab es dazu keine wirklich konstruktiven Vorschläge. Vielleicht ändert sich das jetzt mit dem eingeleiteten Restrukturierungsprozess, dieser ist tatsächlich sinnvoll und zielführend. Es würde mich persönlich sehr freuen, hier einige Schritte in diese Richtung zu gehen. Deswegen werde ich vielleicht bereits nächste Woche einen Arbeitskreis gründen. In diesen kann die SPÖ ihre Einsparungsvorschläge einbringen, die wir sicher sehr interessiert diskutieren werden - alle

gemeinsam, so wie ich es mir erwarte mit Offenheit, Ehrlichkeit, und dass man dann auch zu dem steht, was man vorher sagte.

StR. Josseck-Herdt: Zuerst bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Mitarbeitern in den Abteilungen, die mir in meinem Bereich Generationen zugeteilt sind, für die Unterstützung, für die Hilfsbereitschaft, die mir den Einstieg in mein neues Arbeitsfeld, in meine neue Aufgabe sehr erleichtert haben.

Das Kinderbetreuungs- und –entwicklungskonzept, welches letzten Sommer im Gemeinderat beschlossen wurde, zeigte auf, dass wir dringend Krabbelstubenplätze schaffen müssen. Immer mehr Mütter müssen viel früher in den Arbeitsprozess zurückkehren und schauen, dass ihre Kinder gut aufgehoben und betreut werden. Für den Bau von Krabbelstuben der Kinderfreunde und des Vereins Abenteuer Familie haben wir im Budget 1,9 Mio. Euro eingebucht. Dann ist aber mein Investitionsbudget schon aufgebraucht und erschöpft. Leider wurden in der Vergangenheit notwendige Generalsanierungen gerade in den Kindergärten, insbesondere im Kindergarten Pernau, nie angegangen. Das zeigte schwerwiegende Auswirkungen auf die Bausubstanz und die technische Ausstattung, sodass ein Neubau unausweichlich scheint. Wenn aber bei einer großen Lösung auch der Hort verlegt werden müsste, braucht es unbedingt ein pädagogisches Konzept und richtig viel Geld, das zurzeit einfach nicht zur Verfügung steht.

Ein ganz heißes Thema in den Kindergärten ist aber auch die Sprachförderung. In den städtischen Kindergärten werden 1.269 Kinder betreut und 42 Sprachen gesprochen. Eine Erhebung der Kindergartenverwaltung in Zusammenarbeit mit den Kindergartenpädagoginnen vor Ort ergab, dass von den 1.269 Kindern nur 401 Kinder Deutsch als Erstsprache haben. 68 % der Kinder haben eine andere Erstsprache. 59 % aller Kinder benötigen Sprachförderung, das sind immerhin 748 Kinder. Die größten Gruppen werden von den türkischen und albanischen Kindern gestellt. Interessant dabei ist, dass von den türkischen Kindern 93 % und von den albanischen Kindern 86 % Sprachförderung brauchen. Zum Unterschied zu den kroatischen Kindern. Bei diesen brauchen nur 50 % Sprachförderung. Woran kann das liegen? Das muss eruiert werden, denn es stellt sich schon die Frage, ob es vielleicht an der Einstellung der Eltern liegt? Ob es etwas über den Grad der Integrationswilligkeit aussagt? Das wird zurzeit hinterfragt. Denn es muss uns schon klar sein, diese wichtige Aufgabe, alle Kinder auf das Niveau der deutschen Unterrichtssprache zu bringen, ist ohne die Mitarbeit der Eltern nicht möglich.

Es wird geprüft, ob die derzeit geleistete Sprachförderung, die in den Kindergärten wirklich sehr ambitioniert durchgeführt wird, durch die Schaffung von Sprachgruppen mehr Erfolg erzielen könnte. Diesen Erfolg verdienen sich die Kindergartenpädagoginnen, die sich Tag für Tag einsetzen. Diesen Erfolg verdienen sich aber auch in erster Linie die Kinder, für deren zukünftiges Berufsleben gerade in den Kindergärten die Weichen gestellt werden. Weil es so wichtig ist, wird gerade zur Unterstützung der Pädagoginnen ein Wertekatalog erstellt, der bindend für die Eltern sein soll. Es werden die Themen Bildung und Gesellschaft, Sprache, Kultur und Brauchtum sowie die Pflichten der Eltern genau definiert. Die Zuschauer fragen sich vielleicht, was das alles mit einem Budget zu tun hat. Sehr viel, denn die Kosten für die Kindergärten sind nach Einführung des Gratiskindergartens explodiert. Wir sahen das heute bereits bei der Präsentation des Finanzdirektors. Er zeigte uns, dass im Bereich der städtischen Kindergärten seit dem Jahr 2008, wo der Abgang noch 5,1 Mio. Euro betrug, im Jahr 2017 10,4 Mio. Euro an Abgang erwartet werden. Darin enthalten ist die Abgangsdeckung für die privaten Kindergärten, die sich in diesem Zeitraum verfünffacht hat. Von 800.000 auf 4 Mio. Euro. Waren früher die privaten Kindergärten eine relativ günstige Angelegenheit für die Stadt, so hat sich das durch die gesetzlich verordnete Abgangsdeckung total geändert. In den privaten Kindergärten wird aber tolle Arbeit geleistet und sie sind eine wichtige Ergänzung für das städtische Angebot. Was aber nicht heißen soll, dass wir uns diese Kosten nicht auch genau anschauen werden.

Der zweite Budgetbrocken in meinem Bereich betrifft die Seniorenbetreuung. Unser Grundsatz muss sein, in Wels muss ein Altern in Würde möglich sein. Die Fachhochschule startet kommende Woche eine Befragung der 55ig- bis 65ig-jährigen Welsler, wie sie sich den Lebensabend in der Stadt Wels vorstellen. Wir wissen aber jetzt schon, den Senioren ist ganz wichtig selbstbestimmt so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bleiben zu können. Diesen Wunsch müssen wir als Kommune Rechnung tragen, indem wir das Angebot der mobilen Pflegedienste weiter fördern und damit auch den Angehörigen Unterstützung bei der Pflege bieten. Für die Senioren werden wir allen Unkenrufen zum Trotz (es wurden Gerüchte gestreut) auch weiterhin die Tagesheimstätten finanzieren. Wir müssen uns aber anstrengen, damit viele Senioren die Tagesheimstätten besuchen.

Im November letzten Jahres wurde das neue Alten- und Pflegeheim in der Noitzmühle eröffnet. In diesem sind betreubare Wohnungen angeschlossen. Wer Bedarf dafür hat, kann sich bei der Welsler Heimstätte oder im städtischen Wohnungsamt melden, es sind noch welche frei.

Der Neubau des Alten- und Pflegeheimes in der Hans-Sachs-Straße wurde in Angriff genommen. Nach deren Fertigstellung verfügen wir in Wels über sechs moderne Alten- und Pflegeheime (inclusive der zwei privaten Heime), die allen Anforderungen entsprechen. Die stationäre Betreuung in den Heimen ist allerdings mit Abstand die teuerste Variante. Dazu kommt noch, dass im Jänner 2016 der Zugang zu den Pflegestufen wesentlich erschwert wurde. Die Einstufungen decken nicht mehr den tatsächlichen Pflegebedarf der Heimbewohner ab. Das hat fatale Auswirkungen, nicht nur weil den Heimen Geld vorenthalten wird, sondern auch weil der Pflegeschlüssel davon betroffen ist. Diese wertvolle Arbeit, die unsere Pflegerinnen in den Altenheimen verrichten, wird dadurch nicht gerade leichter.

Im Bereich der Senioren gibt es aber noch sehr viele Pläne, von denen ich ihnen zu gegebener Zeit im Laufe des Jahres weiter berichten werde. Ich bedanke mich beim Finanzreferenten, der wirklich mit großem Interesse, viel Verständnis und neuen Ideen für meine Bereiche die Budgetverhandlungen mit mir führte.

StR. Reindl-Schwaighofer: Auch wenn es Bürgermeister Dr. Rabl nicht hören möchte, das Budget ist kein Sparbudget. 6,4 % Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung, die Frage Zurückfahren einer Investitionsquote in diesem Zusammenhang heißt eigentlich Spielraum am Arbeitsmarkt verspielen. In dieser Diskussion immer zu erwähnen es hätte etwas mit der Vergangenheit zu tun, ist nicht richtig – 90 Mio. Euro Schulden betreffen dieses Budget und nicht die vorhergehenden. Die Anträge, die eine Personalaufstockung forderten, den Ausbau der Dienstleistungen bedeuteten, kamen nicht nur von der SPÖ-Fraktion. Diese kamen vor allem von der FPÖ-Fraktion.

Es gibt eine Außerstreitstellung der Parteien im Stadtsenat und im Gemeinderat. Diese sollte aber nicht nur dort angewendet werden, wo es dem Finanzreferenten genehm ist. Wir vereinbarten den Bau der Schule in Wels-West, um die Probleme in der Schulinfrastruktur, die wir mit Kellerklassen in der Vogelweide, die wir mit der VS 10 Lichtenegg haben, lösen zu können. Wenn wir jetzt den Pädagogen mitteilen, dass wir die Schule Wels-West erst 2019 bauen, dann teilen wir jetzt einer ganzen Generation Volksschüler mit, dass sie weiterhin in einem Schulgebäude in den Unterricht gehen, zu dem wir bereits vor 5/6 Jahren sagten es ist unzumutbar. Ich sah mir die Protokolle der GR-Sitzungen an. Alle gemeinsam postulierten es in diese Richtung.

In den Medien lasen wir über den Verkauf der Sparkassenanteile und gleichzeitig wissen wir es gibt ein Sparbudget - welches keines ist sondern eine Umschichtung der Mittel in Bereiche der FPÖ und ÖVP. Meiner Ansicht nach gehört die Diskussion über wichtige Zukunftsinvestitionen schnell geführt. Z.B. über die VS Wels-West, über den Bildungscampus mit einer verschränkten Ganztagesform, um ausreichendes Angebot für unsere Kinder und die Eltern in der Stadt Wels zu haben.

Die Schulinfrastruktur – ich besuche zurzeit sämtliche Schulen in Wels und versuche mir wirklich darüber ein Bild zu machen – ist in manchen Bereichen hervorragend. Hier denke ich an die neue Schule im Stadtteil Mauth, die wir gemeinsam beschlossen, an die toll sanierte VS in der Neustadt. Aber wenn sie als Eltern das Pech haben ihre Kinder in der Vogelweide in die Schule geben zu müssen, kann es passieren, dass ihre Kinder in einer Kellerklasse sitzen, wo der von Herrn Bürgermeister auch so ganz wichtig apostrophierte Deutschunterricht im Gang durchgeführt wird, wo die Lehrer diese wichtige Arbeit aufgrund der Kälte mit warmen Kleidungsstücken verrichten. Die Kinder werden für 20 bis 25 Minuten aus dem Regelunterricht geholt und werden in einer Einzellernsequenz unterstützt beim Deutschlernen. Das machen wir in allen Schulen. Es ist ein hervorragendes System, um den Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre aus familiären oder sozialen Gründen bestehenden Sprachdefizite aufzuarbeiten.

Im Gemeinderat wurde sehr deutlich davon geredet, dass die Schulabschlüsse in der Stadt Wels lt. Statistik Austria am Schlechtesten sind. D.h. wir haben die meisten Schulabgänger ohne Schulabschlüsse. Um den Lehrern die bestmögliche Chance zu geben dieses Manko aufzuarbeiten, brauchen sie bestmögliche Infrastruktur. Darum ist es für mich ein Übel jetzt diese Schule nicht zu bauen und damit den Eltern indirekt mitzuteilen, dass uns ihre Kinder gar nicht so wichtig sind.

Es ist lustig mitanzusehen, wie der Herr Bürgermeister und Finanzreferent meiner Ansicht nach auf berechnete Kritik reagiert mit einer Zwischenmeldung und wie für ihn dann die Dinge sozusagen „ertragbar“ werden. Z.B. wenn wir darüber reden, dass die Umweltförderungen auch seitens der SPÖ mitbeschlossen wurden. Sinngemäß vereinbarten wir in der Außerstreitstellung, dass wir alle Förderungen aufheben und in den wichtigen Bereichen – Umwelt ist uns ein wichtiger Bereich – neue Förderungsrichtlinien ausarbeiten und in Kraft setzen. Meiner Ansicht nach ist das der Umgang mit Vereinbarungen. Ich (der Bürgermeister, die FPÖ oder ÖVP) nehme mir nur das heraus, was mir genehm ist, das andere „schiebe ich vor mir her“. Die Förderungsrichtlinien für Alarmanlagen wurden sofort geändert, die neuen Umweltschutzförderungsrichtlinien werden „geschoben“. Wer weiß, dass jeder Euro, den wir im Umweltschutzbereich als Förderung auszahlen, den Faktor 10:1 an Investitionen auslöst, weiß, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Förderpolitik der Stadt und den Arbeitsplätzen gibt. Das sind Zahlen, die ich nicht erfunden habe – die Bundesagentur für Energie rechnet genau mit diesen Zahlen.

Wir stehen zum Thema Großveranstaltungen. Auch die SPÖ ist der Ansicht mit einer Großveranstaltung etwas für das Image der Stadt Wels zu tun. Es wird notwendig sein Initiativen zu ergreifen.

Nun zum Thema Bücherbus: Die Mitglieder des Kulturausschusses beschlossen eine Arbeitsgruppe zu installieren, die sich vornahm bis zum Sommer 2016 die Lesekompetenz zu fördern und die Stadtteile mit Lesematerial zu versorgen. Das kann mittels eines Bücherbusses sein, aber auch andere Maßnahmen beinhalten.

Im Budget ist die Förderung der Fachhochschule enthalten. Das ist ein wichtiges Projekt. In der Welser Fachhochschule sind mittlerweile 1900 Studierende. Wir wissen, die FHS wird ein zentrales Verwaltungsgebäude für Oberösterreich und ein zusätzliches Studiengebäude in Wels errichten. Die Fachhochschule ist für den Bildungsstandort Wels sehr wichtig. Wir sollten uns gemeinsam ansehen, wie wir diesen Bereich noch stärker ausbauen können. Wenn wir wollen, dass Wels eine Studentenstadt wird, müssen wir uns um geisteswissenschaftliche Studienrichtungen bemühen.

Kultur in Wels ist wichtig. Wels ist eine Festivalstadt – diese Woche fand die Eröffnung des Figurentheater-Festivals statt. Weiters gibt es Festivals wie das YOUKI, Festivals im Bereich der Jugendkultur. Die Welser Kultur ist weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Getragen wird das von hunderten Initiativen, die kleine Förderungsbeträge erhalten. Nun sind wir mit einer 10 %igen-Kürzung konfrontiert, weil die Budgetmittel nicht in dem Umfang bereitgestellt

sind, wie wir sie für diesen wesentlichen Bereich brauchen würden. Diese 10%ige-Kürzung schaut auf den ersten Blick nicht so tragisch aus. Wir reden von Ermessenssubventionen in Höhe von 160.000 Euro, gekürzt auf 145.000 Euro. In der Vergangenheit gab es Sonderbudgetposten – jetzt nicht mehr. Diese wurden auf null gestellt.

Wenn nun eine Kulturinitiative unter dem Jahr (bei einem Doppelbudget sogar bereits zwei Jahre) etwas veranstalten will, dann gibt es dafür keine Förderungsmöglichkeiten. Kultur ist für unser Zusammenleben wesentlich. Wenn es um das Sparen geht, zitiere ich immer den Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer. Dieser sagte: „Kultur kostet – Unkultur kostet viel mehr.“ Sie wissen, was ich damit meine. Kultur ist das Spannende am Zusammenleben der Menschen, eine Möglichkeit für Menschen sich daran zu beteiligen in Chören, in Blaskapellen, in einem Theater usw. Nach meiner Ansicht nach ist es wichtig in diesem Bereich gemeinsam zu schauen, dass die kulturelle Entwicklung nicht am Sparstift hängen bleibt und wir in der Zukunft keinerlei Innovationen mehr haben werden.

Das Thema Welios ist ständig in den Medien mit dem Inhalt „was wird damit passieren“ präsent. Das Welios ist eine Bildungseinrichtung, ist das oberösterreichische Science-Center für Schüler aber auch für Erwachsene. Wir sollten uns gemeinsam dazu bekennen, dass das Welios für Wels eine gute Einrichtung sein kann. Das sahen wir in der Ferienwoche, in der 5000 Personen das Welios besuchten. Wenn diese „Negativschlagzeilen“ in den Artikeln nicht mehr vorkämen, würden wir diese Besucherzahl öfters erreichen und dadurch die Abgangsdeckung verbessern.

Angesprochen wurde die Wasserturmsanierung und die Sanierung des Sisi-Pavillons. Der Wasserturm soll im Jahr 2017 saniert werden. Beim Sisi-Pavillon sieht es ein wenig anders aus. Der FPÖ-Fraktion war der Sisi-Pavillon in den letzten Jahren sehr wichtig, doch beim jetzigen Budget ist das nicht mehr der Fall.

Thema 500. Todestag von Kaiser Maximilian: Hier halte ich den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters dazu eine kleine Landesausstellung zu machen für sehr gut. Mit solchen Schwerpunkten hat Wels die Chance sich „verknüpft darzustellen“. Sie wissen in Wr. Neustadt, Innsbruck, Nürnberg, Augsburg wirkte Kaiser Maximilian. Eine Verbindung dazu lässt sich sicherlich darstellen.

Der Finanzreferent bestätigte, wir sind noch immer in der Zeit nach der großen Krise von 1929. Der größte Investor in Österreich sind die Gemeinden und Kommunen. Wenn wir jetzt Sparbudgets machen und weniger investieren, hat es eine direkte Auswirkung auf den Arbeitsmarkt, auf die regionalen Zulieferbetriebe usw.

Es wurde uns mitgeteilt, die Stadt Wels bildet in den Jahren 2016/2017 keine Lehrlinge mehr aus. Was ist das für ein Signal für Jugendliche in unserer Stadt? Was sagt der Landes-Personalvertreter dazu, der selbst seit 1997 1250 Lehrlinge begleiten durfte, die vom Land Oberösterreich in 20 Berufen ausgebildet wurden? Voriges Jahr wurden beim Land Oberösterreich 57 Lehrlinge aufgenommen. Wenn die Lehrlingsausbildung für das Land Oberösterreich eine Kernaufgabe ist, dann gilt dies auch für Wels. Die Praktikumsplätze wurden von 150 auf 50 reduziert. Viele Jugendliche brauchen ein Pflichtpraktikum, um ihre Schulabschlüsse absolvieren zu können. Wenn wir als Stadt nicht bereit sind diese anzubieten, wie sollen wir Unternehmen und Betriebe dazu bringen Jugendliche auszubilden? 2013 schlossen wir eine Vereinbarung für Beschäftigung mit 16 Lehrbetrieben aus Wels und Wels-Umgebung. Ich halte den Ausstieg aus der Lehrlingsausbildung für einen großen Fehler. Das ist ein ganz klares und falsches Signal an die Jugendlichen in unserer Stadt und in den umliegenden Gemeinden.

Die SPÖ-Fraktion wird dem Budget zustimmen. Einzelne Projekte werden wir uns genau ansehen. Wir glauben die Blau-Schwarze-Koalition in der Stadt Wels schlägt einen falschen Kurs ein.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Natürlich ist das heurige Budget ein Sparbudget. Es trifft jeden Referenten und jede Referentin in den einzelnen Bereichen. Sparen ist selbstverständlich und unbedingt notwendig. Alle am Budget mitarbeitenden Personen haben erkannt, wir müssen Prioritäten setzen, wir müssen herausfiltern welche Projekte uns wirklich wichtig sind.

In meinem Ressort können wir durch das heute zu beschließende Budget doch einiges umsetzen. Ganz wichtig ist die Sanierung der Kunsteisbahn und des Welldorados. Hier wurde in den letzten Jahren nur „kosmetisch saniert“. Diese beiden Anlagen sind Aushängeschilder im Sport- und Freizeitbereich der Stadt Wels. Ursprünglich war bei der Kunsteisbahn eine Like-Auslauffläche im Freigelände vorgesehen. Diese benötigen wir meiner Meinung nach nicht. Die dafür vorgesehenen Budgetmittel können wir wesentlich besser einsetzen. Im nächsten Ausschuss erfolgen die notwendigen Informationen. Durch die Eislauffläche in der Innenstadt hatten wir keinen Nachteil für die Kunsteisbahn.

Ein weiteres großes Projekt befindet sich in der Endphase – es ist das Fußballnachwuchs- und Integrationszentrum Wimpassing, wo fünf Fußballplätze und ein Baseballplatz errichtet wurden. Diese Arbeiten liegen im Zeitplan und das dazugehörige Budget wird eingehalten. Der FC Wels fand eine neue Heimat, mittlerweile fühlt sich dieser Verein in Wimpassing sehr wohl. Vielleicht gelingt dem FC Wels nun leichter Sponsoren aus der Wirtschaft zu finden. Ohne diese Sponsoren wird es für Vereine in dieser Größenordnung immer schwieriger zu überleben, geschweige denn in die nächsthöhere Liga aufzusteigen. Alle Nachwuchsmannschaften, von U 6 bis U 17, und die Damenmannschaften können in dieser neuen Anlage trainieren.

Die Anlage ist für mich ein wesentlicher Beitrag zum Thema Integration. Wo werden mehr Regeln vermittelt als im Sport? Insbesondere beim Fußball als Mannschaftssport wird Integration gelebt und gefördert.

Gerade bei Sportförderungen ermöglichen wir zahlreichen Vereinen die Welser Bevölkerung sportlich zu begeistern. Kinder und Jugendliche lernen durch Sport im Team zu spielen, Regeln einzuhalten und durch Leistung Stärke gewinnen zu können. In diesem Bereich sind die Budgetmittel sinnvoll eingesetzt.

Zur Erinnerung: Wels hat weit über 100 Sportvereine, wobei mehr als 10.000 Jugendliche in der Nachwuchsarbeit betreut werden. Ich möchte stärker Schule und Sport verknüpfen und versuchen viel mehr Schul-Sport-Wettkämpfe durchzuführen, wie einen Fußballcup, einen Tischtenniscup usw. Mit Bestürzung musste ich lesen, nur mehr 30 % der Kinder betreiben tatsächlich Sport. Wenn die Kinder schon nicht zum Sport kommen, dann muss an und für sich der Sport zu den Kindern kommen. Die Gelegenheit darf ich nutzen, um mich bei den Sportvereinen, bei allen ehrenamtlichen Mitarbeitern zu bedanken, die ihr Bestes geben. Wir benötigen jedoch unbedingt die Mittel, um den verschiedenen Vereinen bei der Erhaltung ihrer Tätigkeit und bei der Sanierung ihrer Anlagen zu unterstützen. Gerade der Erhalt der Anlagen ist wichtig, um in den Stadtteilen sportliche Aktivitäten anbieten zu können.

Vom Thema Sport darf ich nun überleiten zum Thema Jugend. Durch den geplanten Abriss des FC-Wels Gebäudes waren wir gezwungen uns nach Räumlichkeiten für die Jugendbetreuung umzusehen. Ab dieser Woche steht uns Am Rosenhag eine neue Jugendservicestelle zur Verfügung, in der Jugendliche betreut und beaufsichtigt werden. Bezüglich Jugendtreff Noitzmühle wurden Budgetmittel angemeldet. Im Jahr 2016 können wir auf alle Fälle in die Planungsphase eintreten und in den Folgejahren in der Noitzmühle ein Jugendzentrum errichten. Wir werden den Jugendrat fortführen. Ebenso wird bei der Jugend ein großes Thema Prävention und Jugendarbeitslosigkeit sein.

Lieber Johnny, soweit mir bekannt ist, wurden 25 Lehrlinge am Magistrat aufgenommen, davon viele mit Beeinträchtigung. Zum Thema Pflichtpraktikum ist mein Wissensstand, dass die

Pflichtpraktika weiterhin möglich sind. Die Einsparung betrifft nur die Ferialjobs. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass die Jugendlichen schneller eine Arbeit finden und sie nicht beim Übergang zwischen Schule und Arbeit irgendwo verloren gehen.

Nun zum Thema Sicherheit: Das wichtigste Anliegen ist mehr Polizeipräsenz in unserer Stadt gerade im Außendienstbereich. Bürger sehen oft sehr wenig Polizisten auf der Straße. Gemeinsam mit der Polizei, mit der Ordnungswache, mit Mitarbeitern des Magistrates werde ich mit Sicherheitssprechstunden in den Stadtteilen beginnen, um vor Ort mit den Bürgern zu sprechen und zu erfahren, welche Probleme es gibt. Gemeinsam sollten dann rasch Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden. Die vom Kollegen Wiesinger erwähnte Erweiterung der Kompetenz der Ordnungswache, begrüße ich. Die Ordnungswache gibt es bereits seit sechs Jahren, 2015 waren rund 1900 Einsätze zu verzeichnen. Ich bin davon überzeugt, dass die Ordnungswache für mehr Sicherheit, Ruhe, Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt sorgt.

Das Thema der Videoüberwachung liegt uns am Herzen. Wir möchten diese auf alle Fälle evaluieren und, wenn es notwendig ist, weitere Kameras anschaffen. Wir wollen mit einem Bündel an Maßnahmen die Sicherheit in Wels erhöhen. Wels ist nicht nur eine sichere Stadt, Wels ist auch eine Wohlfühlstadt.

Ein großes Thema der nächsten Jahre wird die Integration sein. Wels ist eine Stadt mit einem sehr hohen Ausländeranteil, mit sehr vielen Bewohnern mit Migrationshintergrund. Kollegin Josseck-Herdt sagte es bereits, warum haben türkische und albanische Kinder einen höheren Sprachförderbedarf als kroatische Kinder? Das müssen wir unbedingt herausfinden. Oder was hat sich seit der letzten Integrationsstudie geändert? Zu diesem Zweck werden wir mit externen Beratern Projekte starten, mit denen wir wirklich herausfinden wollen was daran schuld ist und was daran geändert werden kann.

In den Medien kommen immer wieder die Themen Asylwerber und Transitflüchtlinge vor. Auch hier warten auf uns noch große Herausforderungen. Wir wissen immer noch nicht wann und wo das geplante Großquartier im Umfeld der Kaserne entstehen soll. Dazu sind viele Gespräche zu führen. Gespräche auch mit dem Land Oberösterreich, denn es darf nicht sein, dass Wels eine Bundesbetreuungsstelle bekommt und dann noch eine Stelle, welche vom Land betreut wird. D.h. wir wollen kein Großquartier, aber auch nicht vielleicht noch nebenan eine Landesbetreuungsstelle, womit wir bzw. die Bevölkerung dann wirklich überfordert sind.

Abschließend bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern des Hauses Magistrat für die gute Zusammenarbeit und für die Erstellung des Budgets. Sie haben mich mit Rat und Tat unterstützt und im Sinne des Spargedankens eine hervorragende Arbeit geleistet. Ich freue mich auf eine Zustimmung zum Budget und danke für die Aufmerksamkeit.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Ein Budget stellt immer eine große Herausforderung an alle Beteiligten dar und daher ein herzliches Dankeschön an all jene, die unsere Vorstellungen in ein doch so umfangreiches Zahlenwerk fassten und daraus ein Doppelbudget erstellten.

Wie bereits erwähnt und von unserem Finanzreferenten genauestens erklärt, hat die Stadt Wels im Jahr 2016 mit ca. 210 Mio. Euro Einnahmen zu rechnen. Diese Einnahmen setzen sich aus vielen verschiedenen Positionen zusammen. Nichtsdestotrotz dürfen wir in all den Jahren nicht vergessen, sind es Steuern, die die Stadt Wels bzw. der Bund von österreichischen Bürgern bezieht. Die Welser haben uns hier allen Anwesenden letztes Jahr bei der Wahl ihr Vertrauen geschenkt, dass wir ihr Geld gewissenhaft verwalten und ausgeben. Das ist an uns allen ein großer Vertrauensvorschuss, aber auch eine große Verantwortung, mit der wir sehr sorgsam umgehen müssen.

Sparen ist eine gute Einnahme – um einen sehr weisen Mann zu zitieren – und genau diesen Kurs müssen wir in den nächsten Jahren verfolgen. Natürlich fällt Sparen nicht immer leicht und natürlich ist es immer leichter zu allem Ja zu sagen und somit alle Wünsche und

Begehrlichkeiten zu erfüllen. Nur in politisch, wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist es für uns eine Pflicht die Zukunft für unsere Kinder zu gestalten. Wels nimmt mit ihren Leistungen, die sie bietet, im Vergleich zu anderen Städten eine große Vorreiterrolle ein. Diese bei dem derzeitigen Sparkurs beizubehalten ist schwierig und umso sensibler müssen diese getroffen werden. Trotz all dem Sparen sollten wir nicht vergessen, dass unser Leistungsumfang ein sehr großer ist und wir auch die Verantwortung der Kontinuität haben.

Das Sozialbudget mit knapp 25 % der Ausgaben des gesamten Budgets ist ein Zeichen für das soziale Engagement in unserer Stadt. Nichtsdestotrotz spiegeln sich in den ständig steigenden Kosten der Kinder- und Jugendhilfe die gesellschaftlichen Probleme wider. Der ständige Kostenanstieg verpflichtet uns die präventiven Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe genau anzusehen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.

In den letzten Jahren übertrugen das Land und der Bund den Städten immer neue Aufgaben, die uns in unseren Spielräumen einschränken und das Budget stark belasten. Die Flüchtlingsdebatte wird uns wohl noch etwas länger beschäftigen und trifft die Stadt Wels mit ihren Auswirkungen in finanzieller wie auch in integrativer Hinsicht. Das sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen und die uns sicher noch einiges abverlangen werden.

Wenn sie mir nun bitte kurz einen Rückblick auf mein ehemaliges Ressort erlauben, welches hier schon so oft zitiert wurde. Ich finde es doch sehr amüsant wie wichtig der SPÖ-Fraktion auf einmal unser Umweltschutzressort ist. Unter der Führung der SPÖ wurde das Umweltbudget von über 300.000 Euro auf 150.000 Euro gekürzt. Ich hätte auch nicht bemerkt, dass mich jemand in den letzten Jahren für eine Erhöhung unterstützt hätte.

Liebe Silvia, über so ein großzügiges Budget für Parks hätte ich mich doch sehr gefreut. Mit dem gelungenen Umbau der Fußgängerzone ist im Bereich der Attraktivierung der Innenstadt doch einiges geschehen. 2016 wird der Bereich vor der Stadthalle ansprechend und neu konzipiert, am Stadtplatz sind Bäume geplant und die Kreisverkehre vor dem Welios und an der Traun werden neu gestaltet. Auf die Traunuferverschönerung legen wir 2016 unser Augenmerk. Es werden weitere Möglichkeiten geschaffen, um die Traun leichter zu erreichen. Die Belebung der Traun ist ein wichtiges Vorhaben, um die Lebensqualität in Wels zu heben.

Die Umsetzung des Masterplans Friedhof wird fortgesetzt. In diesem Jahr werden die Abfallstellen fertiggestellt, alle Stufen werden saniert und neue Möglichkeiten der Urnenbestattung geschaffen. Die Sanierung der Thujenhecke sowie teilweise Neubepflanzung im neuen Teil des Friedhofes werden uns vor eine große Aufgabe stellen, da die Verwurzelungen bis tief unter die bestehenden Gräber reichen. Das sind nur einige Aufgaben, die uns bevorstehen.

Die Liste der Aufgaben der nächsten zwei Jahre ist lang. Auch unsere Vorredner zeigten uns das bereits. Wenn wir alle vor uns liegende Projekte erledigen, haben wir Wels wieder einen Schritt lebenswerter gemacht.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

StR. Hoflehner: Ich habe jetzt die Gelegenheit und Chance keine Vergleiche mit getauschten oder anderen Referaten anzustellen, sondern ich bin von der Reihe der Gemeinderäte in die Reihe der Stadtsenatsmitglieder gewechselt. Den zuständigen Beamten und Mitarbeitern meines neuen Referates ist es nicht einfach gefallen, reduzierte Budgetvorschläge abzuliefern und mit einem neuen Referenten zu arbeiten. Für diese Bemühungen bedanke ich mich sehr herzlich und darf stellvertretend Herrn Baudirektor DI Pany, Herrn Dr. Kröpl und Herrn Dr. Spitzer nennen. Selbstverständlich gilt das auch für alle Dienststellenleiter und Mitarbeiter.

Inhaltlich und personell hat mir mein Vorgänger und jetzige Vizebürgermeister Kroiß keine Steine in den Weg gelegt. Ganz im Gegenteil – er hinterließ interne Strukturen, bei denen ich kaum oder keine Veränderungen vornehmen wollte oder müsste.

Die Aufgabenstellung ist aus Sicht des Verkehrsreferenten eine festgelegte. Es wurde sehr viel über die Mittel, die fehlenden Mittel, die umverteilten, die reduzierten und die veränderten Mittel gesprochen. Großzügige Mittel für das „Park & Ride-Parkdeck“ bis hin zum Autobahnanschluss in Wimpassing. Ebenso hoch dotiert ist das Straßenbauprogramm. Gerade im Straßenbauprogramm benötigen wir mehr Geld.

Im Verkehrsressort ist mein Ziel, dass die Welser ihre Alltags- und Freizeitwege bestens erledigen können und ihnen dafür unterschiedliche Mobilitätsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Diese Möglichkeiten müssen neben den vorhandenen, vielfältig nachvollziehbaren Interessen auch im Kontext der Energieeffizienz, Umwelt und unter Rücksicht der hier lebenden, arbeitenden und wohnenden Menschen gesehen werden. Sie müssen durchführbar und leistbar sein.

Welche Voraussetzungen haben wir hier? Ich möchte sie auf etwas hinweisen, das uns allen klar, aber nicht immer bewusst ist: Die Stadt Wels wächst! Das kann durchwegs positiv gesehen werden. Wenn es um die Infrastruktur geht, ist es eine Frage der vorhandenen und aufzuwendenden Mittel. Wo Menschen leben, entstehen Bedürfnisse beispielsweise infrastruktureller Art den Verkehr betreffend. Im Osten der Stadt befindet sich eine wachsende Siedlung, genauso in der Roithen. Wenn wir daran gehen im Westen der Stadt die Siedlung Am Berg zu entwickeln, wird Wels auch flächenmäßig größer. Die an sich kurzen Wege in die Stadt werden länger und vor allem müssen wir uns überlegen, wie diese zusätzlichen Flächen versorgt werden. Viele Verkehrsteilnehmer brauchen dringend eine Verbesserung. Dazu gehören u.a. die Autofahrer. Ich bin hier nicht auf Radfahrer, Fußgänger, alternative Fortbewegungsarten oder den öffentlichen Verkehr fixiert, sondern es bedarf auch für autofahrende Bürger und Besucher dieser Stadt dringend Verbesserungen, die nicht zu Lasten der jeweils anderen Gruppe gehen sollen.

Bei Übernahme dieses Ressorts machte ich mir einen Überblick über die laufenden Projekte und deren Entwicklung. Welche Prozesse sind beendet bzw. wie wird die Zukunft aussehen und was ist geplant? Vor ca. 1½ Jahren fand ein Innovationsschub bei den einzelnen Referaten statt. Eine durchwegs positive Angelegenheit, bei der die Radfahrberatung ins Leben gerufen wurde und auch bereits ein Umsetzungsbericht vorliegt. Das Parkhaus in der Neustadt wurde heute schon öfters angesprochen. Nach Umsetzung der Planung wird die Errichtung und der Betrieb realisiert werden.

Ein zweites Projekt betrifft die Implementierung einer Steuerungsgruppe für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Es geht um den Kaiser-Josef-Platz. Dazu gibt es sehr viele Ideen, Interessen und Konzepte. Es wäre gut, uns einem neuen Verkehrskonzept anzunähern.

Kollege Schönberger erwähnte in seiner Budgetrede 2014, dass er sich über einen Kreisverkehr an der Ecke Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße freue. Möglicherweise kann sich das jetzt ganz anders gestalten. Hier gibt es oft relativ rasche Veränderungen. Oder auch auf der B 137 bei der Waldschänke mit der Linksabbiegeproblematik. Dort ist es sehr, sehr schwierig eine Verkehrslösung zu finden, die wirtschaftlich leistbar, verkehrsmäßig machbar und von der menschlichen Seite vernünftig ist.

In der Gärtnerstraße wurde bei der Einfahrt in die Unterführung eine Kastanie umgeschnitten. Deswegen wurde ich heftig attackiert. Andere Bürger waren froh über die Beseitigung dieser Sichtbehinderung. Ein Beispiel dafür, in welchem Spannungsfeld sich die Arbeit des Verkehrsreferenten und der Mitarbeiter bewegt.

Dass manchmal Entwicklungen, die bisher ein absolutes „No-GO“ in dieser Stadt waren durch einen „Eisbahn-Achter“ vorangetrieben werden, sehe ich grundsätzlich positiv. Es scheint jetzt eine Möglichkeit zu geben, diesen Westteil des Stadtplatzes anders zu „denken“.

Da ich aus dem Sozialbereich komme, konnte ich mir gar nicht vorstellen, dass sich auch im Verkehrsbereich annähernd so viele Menschen direkt an mein Büro wenden, um tatsächlich ihre „Alltagssorgen“ in Form von Berichten, Wünschen oder Forderungen mitzuteilen. An diesem vor allem für die Mitarbeiter sehr aufwendigen System möchte ich nichts ändern. Diese „Alltagssorgen“ mit den Experten vor Ort, mit zum Teil sehr divergierenden Ansichten zur gleichen Problematik sind sehr wichtig für das Selbstbewusstsein und das Leben in einer Stadt.

Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger sagte erst: Auch im Verkehrsbereich wird es notwendig sein ja und nein zu sagen. Es wird nicht um das Schönreden, nicht um das Vertrösten gehen, sondern es wird auch mit den Bürgern dieser Stadt Klartext gesprochen werden müssen. Ich denke, sie werden es genauso gut vertragen, wie in anderen Bereichen und mit einem ja oder nein besser leben, als mit einem „jein“ oder „vielleicht“ oder in „zehn Jahren.“

Im November 2013 wurde in diesem Gemeinderat ein sehr umfangreicher Energiebericht zur Kenntnis genommen, wo wir uns auch im Bereich des Verkehrs bestimmte Dinge überlegen sollten, damit wir bis zum Jahre 2020 annähernd in die Lage versetzt werden, diese Ziele zu erreichen. Die Bürger der Stadt Wels werden den Gemeinderat – und mich – daran messen, ob wir das erreichen oder nicht.

Auch die Transparenz ist im Verkehrsbereich ganz wichtig. Ich möchte schon, dass die Bürger in meinem Referat bei Problemen oder Veränderungen, die sie unmittelbar oder indirekt betreffen, in Form von geeigneten Bürgerbeteiligungsprozessen mitreden, auch wenn die finanzielle Dotierung auf den ersten Blick nicht gegeben ist. Ich denke, beim Positionierungsprozess „Wels ermöglicht“ Besprochenem meinen wir auch die Bürgerbeteiligung. Auf der politischen Ebene möchte ich verstärkt Verkehrs- und Stadtplanung koppeln. Diese Planungsebene muss einfach stärker vernetzt werden.

Die Stadt Wels bestimmt nicht alleine was im Verkehrswesen in Oberösterreich geschieht. Der öffentliche Regionalverkehr führt in der Stadt Wels ein Eigenleben. Aus der Sicht des Regionalverkehrs ist es genau umgekehrt, denn da führt der städtische öffentliche Verkehr ein Eigenleben. Da würde ich mir eine stärkere Kooperation zwischen den gleichen Ansätzen wünschen.

Das Doppelbudget gibt uns die Möglichkeit - bei allen Interessen, die zu wahren sind - etwas länger darüber nachzudenken, wie wir unsere künftige Verkehrspolitik gemeinsam mit anderen ausrichten. Zum Abschluss möchte ich bei den Kollegen der Finanzabteilung für die gute Aufbereitung, Vorbereitung und Präsentation des Budgets bedanken.

StR. Lehner: Als letztes zur Budgetdebatte vortragendes Stadtsenatsmitglied versuche ich wieder etwas Dynamik und Schwung hereinzubringen und nehme sofort das Zusammenarbeitsangebot von StR. Hoflehner an. Ich glaube, es ist notwendig über alle Fraktionen hinweg im Stadtsenat gut zusammenzuarbeiten. Die Themen, die uns bewegen, sind vielfältig, egal ob es ein zusammenfassendes Projekt in der Verkehrs- und Stadtentwicklung ist oder andere. Ein klassisches Beispiel für die nächsten Jahre ist die Entwicklung am Kaiser-Josef-Platz. Wie gehen wir mit diesem Platz um, wie mit dem dortigen öffentlichen Verkehr und wie schaffen wir es besser nutzbare Räume für die Bevölkerung zu schaffen? Eine große Herausforderung.

Es gibt in vielen Bereichen Themen, wo sich alle meine Vorredner mehr Budget gewünscht hätten. Auch mir ist es so ergangen. Ich denke hier beispielsweise an die Markthalle, die durchaus gut dotiert ist, aber budgetär hätte da noch einiges Platz. Für mich ist dieses heute zu verabschiedende Budget – das wurde heute schon einige Male bestritten – ein klares

Sparbudget. Ich als Wirtschaftsreferent kann mich klar dazu bekennen, denn eine Anforderung der Wirtschaft war immer wieder, dass die Stadt endlich einmal zu sparen beginnen muss. Es kann nicht so weiter gehen wie bisher. Wir brauchen neue Strukturen, neue Signale den Personalstand im Hause betreffend. Wenn es hier Veränderungen gibt, ist das einerseits für die politischen Proponenten in ihren eigenen Bereichen und für die Mitarbeiter da und dort schmerzhaft. Aber es ist notwendig ein Signal auszusenden, dass die Stadt Wels sich modernisiert, sich verändert und Dinge hinterfragt, die in den letzten Jahrzehnten einfach so fortgeschrieben werden. Mir gefällt an diesem Budget, dass wir klar auf die Bremse steigen, sparen, uns die Dinge konkret ansehen. Wir gehen Strukturreformen an und lassen uns dabei extern begleiten. Das kostet Geld, bringt aber die Chance schlanker, moderner, bürgernäher und effizienter in der Zukunft zu sein. Das ist der Anspruch, den ich an das Budget in zwei Jahren stelle, ob es uns gelungen ist, diese Effizienz auf den richtigen Weg zu bringen.

Für meine eigenen Bereiche als Stadtentwicklungsreferent kann ich nur sagen, dass wir heute mit dem örtlichen Entwicklungskonzept einen wesentlichen Tagesordnungspunkt haben. Im Bereich der Straßenbeleuchtungen ist es möglich, alle Straßenneubauten ordentlich mit einer Beleuchtung zu versehen. Wichtige Projekte, wie die Traunuferbeleuchtung östlich der Osttangente, sind auf Grund des Budgets nicht möglich. Das wurde vorgemerkt und ist weiterhin ein Thema, dem wir uns in der Zukunft annehmen wollen. Im Budget wurden alle Renovierungsarbeiten in den Welser Kirchen unterstützt. Auch ist noch Geld für die Altstadtanierung vorhanden.

Es gibt schmerzhaft Einschnitte in Bereichen des Wels-Marketing & Tourismusverbandes. Hier gingen wir als Vorbild voran. Bereiche, die mir sehr am Herzen liegen. Aber wenn man nicht in seinem eigenen Bereich spart, kann man nicht glaubwürdig sagen: Wir haben ein Sparbudget, wir bekennen uns zu diesem Sparbudget und wir sind auch bereit etwas dafür zu tun. Diese Einsparungen betreffen nicht nur mich als ÖVP-Vertreter, sondern auch in den FPÖ-Referaten gibt es durchaus große Einsparungen.

Wichtig ist mir ein Signal an die Betriebe auszusenden ihre Mitarbeiter in der Zukunft beschäftigen zu können. Für 2016 budgetierten wir 37 Mio. Euro Kommunalsteuer und für 2017 38 Mio. Euro. Wir unterstützten schon in der Vergangenheit die Betriebe bei den Betriebsanlagengenehmigungen und Baubewilligungen und wollen das in einer Kooperation von Business Upper Austria, Wels Marketing, Wirtschaftskammer Wels und dem Wirtschaftsservice der Stadt Wels in Kombination mit der Gewerbeabteilung noch verstärken. Die letzten Wochen zeigten bereits - die Unternehmeranfragen bezüglich Betriebsansiedelungen in Wels steigen. Das ist ein gutes Signal und stimmt mich optimistisch.

Wir wollen effizient für unsere Bürger arbeiten. Dafür möchte ich mich bei allen Mitarbeitern und Stadtsenatsmitgliedern bedanken, die hier hervorragende Arbeit leisten.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

GR. Mag. Mayerhofer: Ich möchte meinen Redebeitrag mit einem Zitat aus den „Tips“ beginnen, worin der damalige Stadtrat Dr. Rabl erklärte, warum er es für nötig hält, ein Doppelbudget abzulehnen. Er sagte damals: Ein Einjahresbudget hilft uns auf unvorhergesehene Fälle besser reagieren zu können. Die Rezession kann jederzeit wieder einsetzen. Jetzt ein Doppelbudget zu planen ist für mich nicht mutig, sondern eher schon tollkühn. Ist der neue Bürgermeister jetzt tollkühn geworden?

Mir fehlt in diesem Budget – sei es nun ein Sparbudget oder keines – wesentlich die Zukunftsperspektive. Was sind die maßgeblichen Leitprojekte, die in dieser Stadt umgesetzt werden sollen? Bgm. Dr. Rabl nannte einige Projekte. Diese wurden jedoch bereits in den vergangenen Jahren beschlossen. Deshalb stellt sich die Frage nach den Leitprojekten der

nächsten Jahre, die die Stadt Wels prägen werden. Wie sieht beispielsweise die weitere Entwicklung der Stadt auf Basis eines funktionierenden Gesamtverkehrskonzeptes aus?

Frau Vzbgm. Huber sprach das Kinderschutzzentrum Tandem an. Die dafür im Gemeinderat vor einem halben Jahr beschlossene Subvention wird nun doch nicht in voller Höhe ausbezahlt. Der springende Punkt ist nicht an wen die Subvention geht, sondern dass wir den Vereinen nach einem gefassten Gemeinderatsbeschluss Rechts- und Planungssicherheit geben müssen und nicht Beschlüsse revidieren, die wir einige Monate vorher fassten.

Im Budgetentwurf wurde die Absicht des Verkaufes der Sparkassenanteile zu wenig berücksichtigt, denn dann sind sämtliche getroffenen Annahmen des Budget teilweise schon wieder ad absurdum geführt. Auch hier braucht es eine transparente Entscheidung, was mit diesen verkauften Sparkassenanteilen dann wirklich geschehen soll, wie sie in das Budget einfließen und wie sie die Investitionen in Zukunft beeinflussen werden.

GR. Schatzmann: Es wird hier immer vom Sparen geredet. Es gibt auch Positionen, wo nicht gespart wird. Die Heimhilfekosten stiegen von 2012 in Höhe von 233.000 Euro auf 420.000 Euro, die volle Erziehung von 1,2 Mio. Euro auf 1,850 Mio. Euro, die Unterstützung der Erziehung von 130.000 Euro auf 265.000 Euro, Heimunterbringung für Erziehungshilfen von 4 Mio. Euro auf 4,8 Mio. Euro usw. In Summe bringen wir für diese Angelegenheiten um 2 Mio. Euro mehr auf. Einiges, für das die Stadt Wels aufkommt macht mich stutzig: Alltagshilfen, Aufräumcoach, Tiertherapie, Kunsttherapie, Hundetherapie, Gebührenrückstand, Judokleidung, Zahnspange, Mopedführerschein, Reisepassverlängerung, Diätferien. Ich weiß nicht, ob für alle diese Dinge die Stadt Wels zuständig ist. Die Kosten für die bedarfsorientierte Mindestsicherung belaufen sich für die Stadt Wels bereits auf 3,2 Mio. Euro – Tendenz steigend.

Sehr zu begrüßen ist die Arbeit unserer Streetworker, die Drogenberatung, die Arbeit für Alkoholiker und die Einrichtung Nikado. Dabei handelt es sich um eine ganz wichtige Einrichtung zum Tausch von Spritzen und deren fachgerechte Entsorgung. Der Verbrauch von Spritzen stieg von 2014 von 33.000 auf 61.000 Stück im Jahr 2015. Wer hier behauptet die Stadt Wels hat kein Drogenproblem ist weltfremd.

Die Einsparung des Kinderschutzzentrums Tandem von 7.000 Euro kann bei 350.000 Euro kein Grund für eine Schließung sein. Die Räumlichkeiten in der Pfarrgasse waren nicht behindertengerecht, weswegen eine neue Unterkunft gefunden werden musste. Die Mietkosten stiegen von 26.000 Euro auf 39.000 Euro, das sind im Jahr 13.000 Euro mehr. Es gibt sicher günstigere behindertengerechtere Räumlichkeiten.

GR. Prähofer: Ich arbeite hauptberuflich im Bereich Marktforschung und Marketing und sage, dass der Positionierungsprozess das Wichtigste ist, was die Stadt Wels momentan braucht. Die hier arbeitenden Menschen in den vielen tollen Betrieben sollen sich wohl fühlen, sich identifizieren können mit der Stadt, sollen hier gerne leben und ihre Freizeit verbringen wollen.

Zu den Subventionen möchte ich anführen, die Zeit des Gießkannenprinzips ist schon lange vorbei. Bei uns wurde in der Vergangenheit nicht nur mit der Gießkanne verteilt, sondern auch mit Kübeln ausgeschüttet. Die Entwicklungen und Anforderungen der Stadt müssen wir uns in Zukunft ganz genau ansehen. Wir haben im Budget Subventionen, die seit sehr vielen Jahren gleich oder ähnlich geblieben sind, aber die Notwendigkeit hat sich verschoben. Es gibt Vereine, die massiv von den Subventionen der Stadt abhängig sind, andere Vereine können sich durch Einnahmen selbst finanzieren. Keine Neuverschuldung mehr in der Stadt muss im Vordergrund stehen. Kürzungen sind bitter, aber in unserer Situation absolut notwendig.

Vzbgm. Huber dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

GR. Schönberger: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Kameralistik eines der schlechtesten Instrumente ist, um Erfolg oder Misserfolg wirtschaftlich aufzeigen zu können. Wir haben überhaupt keine Darstellung des Vermögens der Stadt Wels. Es wird immer von der Pro-Kopf-Verschuldung gesprochen, aber nicht vom Pro-Kopf-Vermögen der Welser. Eines dieser Dinge, die sie in den nächsten Monaten sehr zu ihren Gunsten ausnutzen können, sind 72 Mio. Euro aus dem Verkauf der Sparkassenanteile.

Wenn ich die Kameralistik nicht für ein gutes Instrument halte um Erfolge darzustellen, so ist es doch ein gutes Instrument, um den Wirtschaftstreibenden und der Bevölkerung zu zeigen wohin die Richtung geht. Das von diesem Budget ausgehende Signal ist für die Wirtschaftstreibenden kein sehr positives. Wenn trotz schwieriger Wirtschaftslage die Kommune sagt, sie wolle keine Investitionen tätigen weil sie sparen muß, dann ist das kein großer Anlass für klein- und mittelständische Betriebe Geld in die Hand zu nehmen. Es ist auch kein großer Anlass für die Betriebe Lehrlinge aufzunehmen, wenn die Stadt Wels sagt, sie bildet keine Lehrlinge mehr aus.

Es sind die ausgehenden Signale des Budgets, die mir wirklich Sorgen bereiten. Die FPÖ meinte in den letzten Jahren der Zugang zu den Förderungen sei zu kompliziert, zu schwierig und Vereinfachungen müssen gemacht werden. Jetzt ist der Zugang einfacher, aber es ist kein Geld mehr da – das ist eine sehr eigenwillige Deutung der Dinge. Wir haben sehr viele ansässige Betriebe, die tagtäglich mit dem Überleben kämpfen oder zusperrern müssen. Ich vermisse die Bilder mit den Stadtsenatsmitgliedern vor den schließenden Geschäften. Bei Eröffnungen gibt es ein ständiges Stelldichein.

Über das Sparen in der Stadt nachzudenken, ist grundsätzlich nicht schlecht. Es ist auch nicht schlecht über Reformen nachzudenken. Wenn wir Personal bei der Stadt Wels einsparen, kann irgendetwas weniger schnell erledigt werden und gewisse vorhandene Leistungen werden nicht mehr getätigt werden können. Die FPÖ ist eine Partei der sehr klaren Worte. Deshalb gehört genau gesagt, wo eingespart wird und welche Dienstleistung es künftig nicht mehr gibt. Auch das ist Verantwortung, die man zu tragen hat. Sie haben übersehen, dass sie nicht mehr in der Verantwortung der Marketingabteilung sind, sondern sie haben gerade in die Geschäftsführung gewechselt. Sie sind für den Gesamtbetrieb verantwortlich. Sie können nicht in derselben marktschreierischen Methode, wie etwa vor zwei Jahren, Dinge hinauströmmeln. Die Lösungen sind in der Realität wesentlich komplexer als von außen betrachtet und nur kritisiert.

Wenn wir über Förderungen für die Wirtschaft reden, sollte zumindest für vernünftige Wirtschaftsförderungen eine Bedeckung gefunden werden. Die mittelständischen und kleinen Betriebe haben große Ängste, Sorgen und Nöte. Sich dieser Verantwortung bewusst zu werden, würde ich mir von einer neuen Stadtregierung wünschen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Für mich ist dieses Doppelbudget 2016/17 sehr wohl ein Sparbudget, daher sind da und dort Einschnitte nicht zu vermeiden. Leider! Wir tragen das voll und ganz mit. Wir möchten den Blick in die Zukunft richten. Nach dem durchgeführten Kassasturz und nach der Evaluierung der verschiedenen Bereiche können wir wieder in die Zukunft blicken. Dabei sind uns verschiedene Projekte ganz wichtig. Beim sehr wichtigen Verkehrsbereich ist zwar Geld vorgesehen, aber viel zu wenig. Wir brauchen hier eine entsprechende Ausgestaltung der Verkehrsführung. Insbesondere die Gestaltung des Kaiser-Josef-Platzes ist uns ein großes Anliegen. Zur Neugestaltung gehören der öffentliche Verkehr, die Busdrehscheibe, die Ein-Taktung der Busse. Sind kleinere Busse nicht sinnvoller oder notwendiger? Die großen Busse fahren teilweise mit wenigen Insassen. Wollen wir den Wochenendverkehr? Die Welser Bevölkerung möchte baldige Antworten. Dazu gehört ebenso die Kaiser-Josef-Platz-Tiefgarage.

Ein wichtiger Punkt stellt für uns die Traunufergestaltung dar. Die Neugestaltung des Traunufers stand in allen Wahlprogrammen, daher soll dieses Naherholungsgebiet der Welser Bevölkerung wieder zurückgegeben werden. Dazu gehören der Abriss der zwei Messehallen

unmittelbar hinter dem Welios und die Errichtung einer entsprechenden Freizeitfläche. Für die Umsetzung des Master-Planes Messe benötigen wir Mittel. Zukunftsprojekte gibt es viele, wie das Stadttheater, die Stadthalle etc.

Die Förderung von Wirtschaftsbetrieben ist nach wie vor möglich. Diese wurde nie in Frage gestellt. Wir bekennen uns zu den Arbeitsplätzen - diese können nicht mit einem Fingerschnipp hergezaubert werden. Es bedarf vieler Interessen von Wirtschaftstreibern, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Ganz ein wichtiger Bereich ist die Magistratsreform. Diese kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter tatsächlich ins Boot geholt werden. Die wahren Experten sind die Mitarbeiter. Vorschläge müssen präsentiert werden, dann kann eine Magistratsreform entsprechend gelingen, auch unter externer Begleitung. Im Land Oberösterreich wurde bereits einiges erfolgreich umgesetzt. Wichtig ist die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern im Hause Magistrat.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese durchaus lebhaftige Debatte. Ein paar Dinge möchte ich ergänzen bzw. richtigstellen. Als erstes möchte ich mich Silvia Huber und Cicero anschließen und mich bei der Finanzabteilung bedanken. Lieber Herr Dr. Barth, lieber Herr Drumm, lieber Herr Ettl, sie haben hervorragende Arbeit geleistet und ein Budget ausgearbeitet, das durchaus die breite Mehrheit erhalten wird. In Anbetracht der kurzen Vorbereitungszeit kann ein derartiges Zweijahresbudget durchaus als Herausforderung an die Arbeitsabläufe bezeichnet werden. Einerseits war die Datenlage für die nächsten zwei Jahre schwierig zu erarbeiten, um hier mit seriösen Zahlen zu operieren, und andererseits sind die Referenten doch teilweise neu in ihren Referaten und brachten nicht jene Erfahrung mit, die sie in zwei Jahren sicherlich haben werden. Dieses Zweijahresbudget und die Einsparungen waren uns sehr wichtig.

Liebe Frau Mag. Mayerhofer, ich bin nicht tollkühn geworden. Ganz im Gegenteil! 2016 liegt die Finanzkrise acht Jahre hinter uns. Es ist ein Unterschied, ob ich ein Budget in einer Finanzkrise erstelle, wo ich nicht weiß wie es weitergeht, oder jetzt. StR. Reindl-Schwaighofer sagte bereits, es handelte sich dabei um die größte Finanzkrise seit 1929. Ich bin nicht tollkühn, sondern habe nur Einsparungspotenziale genützt.

Danke auch Herrn Mikesch für die Erinnerungen der KPÖ, die ich mit großer Aufmerksamkeit las. Ich fand aber noch keinen Anlass, sie auch tatsächlich in das Budget aufzunehmen, sofern sie nicht schon ohnehin enthalten waren. Lieber Markus Wiesinger, mir ist natürlich klar, dass für die ÖVP-Fraktion der Bücherbus ein wichtiger Punkt ist. Wir verständigten uns darauf ein Konzept zu erarbeiten und prüfen zu lassen, welche Arten der mobilen Versorgung mit Büchern es geben kann, um in der Folge eine Entscheidung zu treffen. Beim Messe-Master-Plan liegt ohnehin ein vom Gemeinderat beschlossener Zeitplan vor. Die Hallen sind zwischen 2025 und 2030 in Angriff zu nehmen, davor sind das Traunufer und die Traun selbst entsprechend zu attraktiveren. Ich denke, wir werden hier gemeinsam zu einer raschen und guten Lösung kommen, wobei der erste Schritt durch einen leichteren Zugang zur Traun bereits dieses Jahr gesetzt werden soll. Der zweite Schritt war die Rodung des Traunufers, um einen freien Blick zu ermöglichen. Ein dritter Schritt wird die weitere Attraktivierung der Traunzone im Zusammenhang mit der Schneeschütte und dem sich dort befindlichen Lokal bzw. unter eventueller Einbeziehung des Feuerwehrhauses sein.

Zu GR. Ganzert kann ich noch einmal betonen, dass die Subventionen im Umweltbereich mit Zustimmung der SPÖ-Fraktion gekürzt wurden. Das ist bekannt, lieber Stefan, das hast du gewusst, geflissentlich übersehen oder unerwähnt lassen. Ich kann mir nur vorstellen, dass es auf Vergesslichkeit beruht und nicht auf Absicht. Alles andere würde bedeuten, dass du die Hälfte verschweigst und das würde ich dir auf keinen Fall unterstellen. Auch bei den Großveranstaltungen gab es eine Einigung mit der SPÖ, weshalb deine Kritik in diesem Zusammenhang weniger verständlich ist. Was die Strukturreform betrifft und woher du die Million Euro nehmen willst, die uns das kosten soll, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Es

sind lediglich 300.000 Euro im ersten Jahr und im zweiten nochmals 300.000 Euro, also 600.000 Euro. Würde ich der SPÖ 400.000 Euro wegnehmen, würdest du dich darüber mokieren. Auch da gehe ich davon aus, dass du dich geirrt und unabsichtlich einen falschen Betrag verwendet hast.

Eine kleine Korrektur zu dir, lieber Johnny: Der Magistrat Wels beschäftigte in der Vergangenheit im Durchschnitt 75 Lehrlinge. Wir fassten im Vorjahr einen Beschluss zur Einstellung von zusätzlichen 25 Lehrlingen mit Beeinträchtigungen. Dadurch wurde mit einem Schlag die Lehrlingskapazität der Stadt Wels verdoppelt. Dies in Anbetracht der im Herbst 2015 stattfindenden Wahlen – ein verfrühtes Wahlzuckerl. Weshalb es uns in Folge dauerhaft nicht möglich sein wird, so weiterzumachen. Die Aufnahme von beeinträchtigten Lehrlingen bindet entsprechende Personalkapazitäten, weil es einen Unterschied darstellt, ob ich einen voll körperlichen bzw. geistig leistungsfähigen Lehrling aufnehme oder einen beeinträchtigten Lehrling. Wenn ich schon die Lehrlingszahl verdopple, so kann ich das nicht jedes Jahr machen, sondern muss ein oder zwei Jahre pausieren. Das war euch auch bewusst und wurde in der Debatte entsprechend argumentiert. In diesem Zusammenhang erhoffte man sich noch gewisse Wählerstimmen, deshalb wurde es vorgezogen. Dass das nicht eintraf, ist nicht meine Schuld. Aber jetzt zu meinen, die Stadt Wels kommt ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nach, ist schlichtweg falsch. Wir kommen ihr mehr nach als je zuvor. Mehr Lehrlinge können von der Stadt Wels einfach nicht ordentlich ausgebildet werden. Es hat für mich keinen Sinn noch 200 Lehrlinge aufzunehmen, wenn für diese keine Ausbildungsmöglichkeit besteht.

Es ist völliger Unsinn, dass keine Praktikanten mehr aufgenommen werden, die ein Pflichtpraktikum machen müssen. Hier gibt es keine Deckelung - nur bei den Ferialpraktikanten. Aber ein Berufspraktikum gibt es für jeden, der teilnehmen will. Es gibt die Möglichkeit einen Praktikumsplatz zu erhalten. Auch bei dieser Falschinformation gehe ich davon aus, dass sie auf einen Irrtum beruht.

Betonen möchte ich, dass die Ermessens- und die Pflichtsubventionen im Kulturbereich genau um 3.200 Euro gesunken sind, d.h. von 1,776 Mio. Euro (2015) auf 1,773 Mio. Euro. Lieber Johnny, du hast von 1,776 Mio. Euro 3.200 Euro gespart. Das ist ein dermaßen geringer Betrag, von dem nicht einmal ansatzweise geredet werden kann. Dein richtig angeführter Sonderbudgetposten in Höhe von 60.000 Euro war einmalig und dem Wahljahr geschuldet, weil durch die Verteilung von großzügigen Jubiläumsgeldern an diverse Vereinen gehofft wurde, vielleicht doch die SPÖ-Fraktion zu wählen. Aus meiner Sicht war das eine einmalige Sache, deshalb war es von Dr. Barth völlig richtig diesen außerordentlichen Budgetposten wieder dorthin zurückzuführen wo er hingehört, weil wir uns die Verteilung von Wahlzuckerl auf die Dauer nicht leisten können.

Für den Sisi-Pavillon gab es bereits im Vorjahr Geld, waren aber nicht in der Lage dieses Geld zu verbrauchen und abzarbeiten. Nach Abarbeitung des Geldes kommt der nächste Schritt. In der Zwischenzeit sanieren wir den Wasserturm, weil dieser extrem in der Öffentlichkeit steht und Bestandteil des Stadtbildes ist. Es macht sicher einen ordentlichen Eindruck, wenn wir dieses Welser Wahrzeichen entsprechend sanieren. Ich bin sehr froh darüber die Sanierung schon im nächsten Jahr in Angriff nehmen zu können.

Die Aussagen von Kollegen Hoflehner sind völlig richtig. Vor allem, dass der Straßenbau mehr Geld benötigt. Seit vielen Jahren höre ich das auch schon von Vzbgm. Kroiß und es hat sich nicht wesentlich verändert. Frau GR. Mag. Mayerhofer fragte nach unserer Schwerpunktsetzung, die im Investitionsprogramm ersichtlich ist. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, wenn hier von einem Sparbudget die Rede ist, so ist nicht gemeint, dass wir bei den Investitionen sparen. Ganz im Gegenteil, die Investitionen liegen bei 16 bis 17 Mio. Euro. Wir sparen bei der Struktur und in der Verwaltung. Bei den Investitionen liegen wir nach wie vor bei einem der investitionsintensivsten Jahre der letzten Zeit. Das flacht sich erst im Jahr 2018 ab, wenn nicht andere Investitionen dazu kommen. Wir sparen bei der Verwaltung und den Strukturen, das ist etwas ganz anderes, weil die Stadt Impulsgeber für die Wirtschaft ist. Wenn

wir einen gewissen Optimismus einerseits ausstrahlen und andererseits Investitionen als Stadt tätigen, können wir wirtschaftliche Impulse schaffen und diese bringen Betriebsansiedelungen und Arbeitsplätze.

Lieber Karl Schönber, die Wirtschaftsförderungen wurden im Ergebnis erhöht, weil in der Vergangenheit aufgrund der extrem komplizierten Förderansuchen die Förderungen nicht ausgeschöpft worden sind, weshalb wir jedes Jahr 100.000de Euro wieder ins Budget zurückfließen haben lassen. Jetzt wird die Wirtschaftsförderung vereinfacht, das schafft auch die Möglichkeit die ganze zur Verfügung stehende Wirtschaftsförderung auszuschöpfen. Ich bin mir sicher, Peter Lehner wird in diesem Zusammenhang gute Impulse für die Wirtschaft bringen, die uns neue Arbeitsplätze für Wels bringen und die Kasse mit zusätzlichen Kommunalsteuereinnahmen „klingeln lässt“.

Dieses Budget ist ein Zukunftsbudget, welches Strukturreformen mit sich bringen wird. Es wird nicht das Ende des Strukturierungs- und Sparpfades sein, aber es ist ein guter Anfang. Ich hoffe auf Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt sowie auch zu den Tagesordnungspunkten 11.) und 12.).

Der Antrag (Anlage 12) zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion+ NEOS)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

11.)

Mittelfristige Finanzplanung 2016 – 2021  
FD-Fin-50-2015

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Die beiliegende Mittelfristige Finanzplanung bestehend aus dem Voranschlag 2016 und dem Voranschlag 2017 sowie den Planjahren 2018 bis 2021 wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion+ NEOS)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

12.)

Darlehensaufnahme für Investitionen der  
Voranschläge 2016 und 2017  
FD-Fin-912-2015

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Die Aufnahme von Darlehen für im a.o.H. des Voranschlages 2016 und des Voranschlages 2017 mit Darlehen bedeckte Investitionsausgaben bis zur Höhe von insgesamt € 12,666.200,00, für die noch keine Darlehensgenehmigung des Gemeinderates vorliegt, sowie für die Finanzierung der in Folgejahren zu bedeckenden Ausgaben gemäß dem o.a. beabsichtigten Sachbeschluss in Höhe von € 140.000,00 und ein zusätzlicher Rahmen für den Budgetvollzug 2016 und 2017 von jeweils € 300.000,00, somit insgesamt € 13,406.200,00, wird genehmigt. Dieser Betrag erhöht sich in dem Ausmaß, in dem im VA 2016 und VA 2017 budgetierte Bundes- und Landesförderungen, Verkaufserlöse und sonstige Einnahmen nicht gewährt bzw. erzielt werden. Die tatsächliche Darlehensaufnahme erfolgt entsprechend des notwendigen Finanzbedarfes für die Ausgaben des a.o. Haushaltes in Abstimmung mit der Kassenliquidität. Zur Zwischenfinanzierung von Ausgaben des a.o. Haushaltes wird die Aufnahme von Barvorlagen genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion+ NEOS)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

13.)

Fördervereinbarung FMT – Vereinbarung mit  
neuem Eigentümer  
FD-WF-7001-2009  
miterledigt: DI-ZR-81-2015

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

1. Nachfolgender Beschluss des Stadtsenates vom 16.10.2015 wird aufgehoben:
  1. Von den Vertragspartnern der Fördervereinbarung FD-WF-7001-2009 vom 17.09.2009, 18.09.2009 sowie 25.08.2009 und 26.08.2009, d.s. die FMT Industrieholding GmbH und die FERRO-Montagetchnik GmbH, beide nunmehr Wels, Linzer Straße 275, ist eine Rückforderung der bis dato auf Grundlage dieser Vereinbarung bezahlten Förderungen samt Zinsen per 30.11.2015 iHv. insgesamt € 787.681,13 zu stellen.
  2. Die letzte Förderrate für 2015 in Höhe von € 150.000,00 ist nicht mehr auszubezahlen, da über einen Vertragspartner dieser Fördervereinbarung ein Sanierungsverfahren eröffnet wurde.
2. Die beiliegende Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und der FMT Industrieholding GmbH (vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Scherbaum) wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (5. Novelle der Abfallgebühren-Verordnung 2011)  
FD-StV-10-2016

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 5. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011 beschließen.

Einstimmig angenommen.

15.)

Schadenersatzklage gegen Teilnehmer des Liftkartells; Genehmigung zur Klagsführung  
DI-ZR-17-2010

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Die Klagsführung der Stadt Wels im Verfahren zu 41 Cg 78/10v vor dem Handelsgericht Wien gegen die Otis GmbH, Businesspark Marximum, Modecenterstraße 17/Objekt 1, 1110 Wien (FN 1132472s), die Schindler Liegenschaftsverwaltung GmbH, Wienerbergstraße 21-25, 1100 Wien (FN 102833 a), die Schindler Aufzüge und Fahrtreppen GmbH, Wienerbergstraße 21-25, 1100 Wien (FN 291811i), die KONE Aktiengesellschaft, Lemböckgasse 61, 1230 Wien (FN 126942f), und die ThyssenKrupp Aufzüge Gesellschaft mbH, Slamastraße 29, 1230 Wien (FN 57993i) wird genehmigt, und zwar insbesondere hinsichtlich der klagsgegenständlichen eigenen Ansprüche sowie der klagsgegenständlichen zum Inkasso an die Stadt Wels zedierten Ansprüche der EWW AG, Stelzhamerstraße 27, Wels (FN 102455w), der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG, Stadtplatz 1, Wels (FN 265439b) und der Holding Wels GmbH, Stadtplatz 1, Wels (FN 99132h).

Einstimmig angenommen.

16.)

Schadensfälle vom 08.02.2013 in der NMS 5 Mozartstraße und vom 06.05.2013 in der NMS Pernau;  
Vereinbarung mit der Wiener Städtische Versicherung AG  
DI-ZR-58-2015 miterledigt: FD-Fin-40013-2013  
DI-ZR-59-2015 miterledigt: FD-Fin40028-2013

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 11.02.2016:

Das beiliegende verbindliche Angebot der Stadt Wels an die Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

17.)

Predrag Topic, Wels, Kalkofenstraße 38;  
Verkauf einer stadteigenen Wohnung Nr. 6  
im Objekt Wels, Zeileisstraße 17;  
DI-LV-057-2015

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Finanzausschuss am 11.02.2016:

Die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 6 im Objekt Zeileisstraße 17, (Wohnnutzfläche 76,42 m<sup>2</sup>) wird unter nachstehenden Bedingungen an Herrn Predrag Topic, (slowenischer Staatsbürger), wh. Wels, Kalkofenstraße 38, verkauft.

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung 6 beträgt **€ 89.700,00**

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

- a) ein Barbetrag in Höhe von € 82.341,34
- b) Übernahme der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:  
Darlehen .....per 01.10.2015..... € 7.358,66

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

18.)

Drasko und Nadica Milic, Wels, Kalkofenstraße 38;  
Verkauf der stadteigenen Wohnung Nr. 5  
im Objekt Wels, Zeileisstraße 21;  
DI-LV-004-2016

Dieser Antrag wurde einstimmig von der Tagesordnung genommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

19.)

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Personalaufstockung beim Stadtpolizeikommando Wels;  
Resolution an den Landespolizeikommandanten für OÖ  
Di-Verf-2002-2016

Vzbgm. Kroiß: Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der ÖVP- und FPÖ-Fraktion bezüglich einer Resolution an den Landespolizeikommandanten für Oberösterreich betreffend der Personalaufstockung bei der Polizei Wels. Wie aus den Medien zu entnehmen war, plant das Bundesministerium für Inneres eine Ausbildungsoffensive und will heuer zusätzlich 1500 Beamte ausbilden. Die Hälfte davon soll für die Bewältigung der Flüchtlingssituation an den Grenzen eingesetzt werden. Weitere 750 sollen die Abgänge im Inland ausgleichen.

Wie sieht die Personalsituation beim Stadtpolizeikommando in Wels aus? Derzeit sind 173 Planstellen für Wels vorgesehen. Eine Zahl, die vielleicht auf den ersten Augenblick sehr hoch erscheint. Bei näherer Betrachtung kann man feststellen, dass durch Zuteilungen zu anderen Dienststellen (z.B. Cobra), Karenzierung oder durch Teilzeitbeschäftigung die Anzahl der planbaren Beamten stark reduziert wird. Zusätzlich haben wir in Wels ein Polizeianhaltezentrum, wo elf Beamte Dienst versehen, die für den exekutiven Außendienst nicht vorgesehen sind. In Wels bleiben ca. 140 Beamte tatsächlich für den exekutiven Außendienst. Davon müssen noch Kontingente täglich an die bayrische Grenze entsandt werden oder mittlerweile auch an die Grenze in der Steiermark. Es gibt noch eine Zahl krankheitsbedingter Ausfälle. Diese Entwicklung führt zu einer Spirale mit immer mehr Überstunden und zu einer weiteren steigenden Belastung der diensthabenden Kollegenschaft.

Aufgrund dieser Personalsituation ist die Polizei Wels nur mehr schwer in der Lage, den Arbeitsanfall auch tatsächlich zu bewältigen. Gerade im Zeitraum September bis Dezember 2015 hat sich herausgestellt, dass durch die Betreuung der Transitflüchtlinge die Polizei eine Vielzahl von Außendienststunden bewältigen mußte. Daher konnte dem Wunsch der Welser Bevölkerung nach mehr Präsenz auf den Straßen nicht mehr nachgekommen werden. Durch das geplante Großquartier in der Hessenkaserne ist zu befürchten, dass wieder ein Teil der Polizeikräfte durch Einsätze dort gebunden ist. Wir brauchen einfach mehr Polizei in unserer Stadt. Wichtig ist diese Beamten nur für den exekutiven Außendienst einzusetzen. Nur eine Planstellenaufstockung von zumindest 11 Beamten - das sind jene Beamten, die im Polizeianhaltezentrum Dienst versehen – würde tatsächlich eine spürbare Entlastung bringen und daher eine wirkliche Steigerung der Außendienstpräsenz. Ich ersuche um Diskussion und um Zustimmung.

GR. Ganzert: Die SPÖ-Fraktion ist natürlich für diese Resolution in Punkto Erhöhung des Dienstpostenplanes. Dieses Thema beschäftigt uns schon sehr lange im Gemeinderat. Ich kann mich noch an eine diesbezügliche Unterschriftenaktion in den Stadtteilen im Jahr 2012 erinnern. Ich verwehre mich dagegen, jetzt die Flüchtlinge dafür schuldig zu machen, weil schon vor Eintreten der Flüchtlingskrise in den vergangenen Jahren die Welser Polizei und die Welser Bevölkerung immer wieder darauf verwies, dass es hier scheinbar zu wenig Exekutivbeamte im Außendienst gibt. Es ist mir zu wenig, einfach zu sagen, jetzt sind die Flüchtlinge schuld. Mehr Polizei brauchten wir schon vor der Krise. Bitte hier diese Dinge nicht zu vermischen!

GR. Hufnagl: Wels ist eine sichere Stadt, aber ein paar mehr Polizeibeamte schaden auf keinen Fall, daher werden wir diesen Antrag unterstützen. Gut ausgebildete Polizeibeamte sind uns

lieber als die Ordnungswache oder private Sicherheitsdienste. Natürlich bindet ein Flüchtlingsquartier Ressourcen. Aber ob man genau daran die Aufstockung festmachen kann und soll, ist zweifelhaft.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte kurz erklären, warum und weshalb wir diesen Antrag gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion einbrachten. Die Welser Bevölkerung möchte mehr Polizisten auf der Straße sehen, das ist wichtig für das subjektive Sicherheitsgefühl und für die Sicherheit in Wels. Ich sprach in den letzten Tagen mit sehr vielen Polizisten. Als Landesvorsitzender der Gewerkschaft öffentlicher Dienst war ich mehrmals bei der Polizeigewerkschaft eingeladen. Insbesondere fand eine Gewerkschaftsveranstaltung mit Neuwahlen statt.

Die Polizisten berichteten von ihrem „tagtäglichen Schicksal“, nicht nur in Wels sondern auch in anderen Gemeinden. Die Lage ist nicht nur durch die Flüchtlingssituation sehr angespannt. Das bedeutet, die Polizisten müssen auch zu Einsätzen zur Grenzsicherung, zu den Hot Spots fahren. Aber auch bei uns in Wels brauchen wir in sicherheitspolizeilicher Hinsicht viele Einsatzkräfte. Ich war am Bahnhof und beim Polizeianhaltezentrum Linz mit sehr vielen Flüchtlingen. Die Polizisten vor Ort waren bei weitem nicht ausreichend. Über das Flüchtlingsthema hinausgehend kann die Polizei die Sicherheit in Wels erhöhen, Einbrüche verhindern oder schneller aufklären und gute Arbeit leisten.

Die Gelegenheit darf ich nutzen mich bei allen Polizisten ganz herzlich zu bedanken, die tagtäglich mit ihrem körperlichen Einsatz, mit ihrer psychischen Bereitschaft für uns die Sicherheit gewährleisten. Das ist keine alltägliche Arbeit. Es ist eine schwierige Aufgabe, die oft auch an die persönlichen Grenzen stößt. Sie machen das selbstverständlich und mit großem Einsatz. Daher gebührt ihnen großer Dank seitens der Politik.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Prof. Teubl: Natürlich haben die GRÜNEN nicht grundsätzlich etwas gegen mehr Polizei in Wels. Wir haben aber etwas gegen die Begründung dieses Antrages. Hier wird unter anderem argumentiert mit dem geplanten Großquartier in der Hessenkaserne und damit suggeriert, dass es durch die Unterbringung von Flüchtlingen zu einem Anstieg der Kriminalität kommt. Das ist nachweislich nicht der Fall. Deshalb werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die durchaus positiven Worte, möchte aber das Gesagte von den Kollegen Teubl und Ganzert nicht unwidersprochen lassen. Es ist schon die Begründung auch (nicht nur), dass im Zeitraum von September bis Dezember 2015 sehr viele Außendienststunden für die Betreuung der Flüchtlinge aufgewendet wurden. Das hat jetzt nichts mit einer Steigerung der Kriminalität zu tun. Das befürchten wir durchaus auch in diesem Bereich. Aber wir brauchen grundsätzlich mehr Polizei. Tatsache ist, wir haben derzeit viel zu wenig Polizisten. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Antrag (Anlage 19) zu Punkt 19. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion+ NEOS)  
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

GR. Haydinger, GR. Schatzmann, Vzbgm. Huber, GR. Schönberger, GR. Mag. Simunovic und GR. Wildfellner waren bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

20.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Bädertarifordnung 2000 abgeändert wird (8. Novelle zur Bädertarifordnung 2000)  
SB-FzB-27-2016

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 28.01.2016:

Der Gemeinderat möge die beiliegende 8. Novelle zur Bädertarifordnung 2000 beschließen.

GR. Haböck: Diese Idee wurde in einer Bürgerfragestunde geboren, an den Gemeinderat herangetragen und von der ÖVP-Fraktion eingebracht. Ich möchte mich bei der zuständigen Abteilung des Magistrates bedanken, denn unsere Wünsche wurden in kürzester Zeit aufgenommen und umgesetzt. Es ist hier ersichtlich, dass bei direkt an uns herangetragenem Wünschen aus der Bevölkerung alle Beteiligten sich bemühen diese bestmöglich umzusetzen. Es handelt sich um eine Serviceverbesserung für die Welser und daher bitte auch ich um Zustimmung des gesamten Gremiums.

Der Antrag zu Punkt 20. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

21.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels, Hamerlingstraße 3-5;  
Tätigkeitsbericht 2015  
SB-FW-09-2016

Der Antrag (Anlage 21) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 28.01.2016:

Der beiliegende Jahresbericht 2015 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahr 2015 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Mag. Humer: Ich darf hier besonders die im Publikum anwesenden Kollegen, Kommandantstellv. Holzinger und Herrn Fila, begrüßen. Ein großes Dankeschön von Seiten der SPÖ-Gemeinderatsfraktion und von mir als Gemeinderat und Kollege an euch. Ihr leistet wirklich sehr tolle Arbeit.

Ihr seid die leistungsstärkste Freiwillige Feuerwehr Österreichs und ich bin sehr stolz auf euch. Dieses Vereinswesen ist etwas Besonderes. Die öffentliche Hand spart sich sehr viel Geld. Der Referent erwähnte schon die vielen Zahlen und Fakten. Ihr kommt zu Situationen, ob bei

Brandgeschehen oder bei technischen Hilfeleistungen, etwa bei Unfällen im Straßenverkehr, wo ihr mit traumatisierten Menschen zu tun habt. Ihr braucht neben dem handwerklichen Können auch sehr viel psychologisches Einfühlungsvermögen. Gerade bei einem Autounfall ist das Bergen eines Menschen eine Herausforderung, ebenso die Betreuung der Angehörigen. Es ist eine großartige Arbeit, die ihr leistet. Bitte gebt diesen Dank an alle Engagierten bei der Freiwilligen Feuerwehr in Wels weiter und nochmals ein Dankeschön für die Arbeit für die Welser Bevölkerung.

GR. Hacker: Wie sie den Tätigkeitsberichten 2015 der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und den beiden Betriebsfeuerwehren Fritsch und Energie AG entnehmen können, steht den Leistungen und Engagement derselben besonders große Anerkennung zu. Die bestens geschulten Profis sind Tag und Nacht einsatzbereit und sorgen für die Sicherheit unserer Stadt. Egal ob es um die Brandbekämpfung, technische Hilfeleistung, Überschwemmungsthemen oder Sturmschädeneinsätze geht. Ich kann persönlich davon sprechen, wenn man als Mensch in eine Situation kommt, völlig überfordert ist und dann in Gedanken weiß es gibt jemanden, der einem hilft. Dankeschön!

2233 Einsätze! Jeder Einsatz ist anders. Die Situation muss rasch erfasst, entsprechend behandelt werden und dies unter schwierigsten Bedingungen. Alle Bereiche des Feuerwehrwesens müssen tadellos funktionieren, damit die Schutzfunktion für unsere Bevölkerung in der Stadt gegeben ist. Besonders Wert legt die Freiwillige Feuerwehr auf die Jugendarbeit. Mit dem Projekt „Sei dabei“ ist es gelungen, die Jugendgruppe auf 38 Mädchen und Buben zu erhöhen - Gratulation! Ich darf mich an dieser Stelle im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion bei allen Beteiligten der Freiwilligen Feuerwehr Wels und den beiden Betriebsfeuerwehren bedanken.

GR. Kroiß: Im Namen der FPÖ-Gemeinderatsfraktion darf ich dem Führungsteam und allen freiwilligen Helfern, die beherzt, engagiert und mutig im Vorder- sowie im Hintergrund agieren, herzlichst danken! Mein Dank gilt ebenso den Welser Unternehmen, die es ihren Arbeitnehmern ermöglichen, diese Einsätze auch durchführen zu können. Das ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Mit diesem ehrenamtlichen Engagement aller hat die Stadt Wels um einige Sorgen weniger.

GR. Mag. Prof. Teubl: Auch von mir ein herzliches Dankeschön der GRÜNEN-Fraktion für den unermüdlichen Einsatz der drei Feuerwehren!

GR. Hufnagl: Wir hörten im Ausschuss und lasen in den Berichten über die großartigen Leistungen der drei Feuerwehren. Auch von Seiten der NEOS ein Dankeschön für die außergewöhnlichen Leistungen, die jährlich in Wels erbracht werden.

Vzbgm. Kroiß: Als Feuerwehrreferent möchte ich mich ausdrücklich ganz, ganz herzlich bedanken und freue mich schon auf die nächste Generalversammlung. Alles Gute!

Der Antrag zu Punkt 21. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

22.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;  
Tätigkeitsbericht 2015  
SB-FW-10-2016

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 28.01.2016:

Der beiliegende Jahresbericht 2015 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahr 2015 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

23.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;  
Tätigkeitsbericht 2015  
SB-FW-11-2016

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 28.01.2016:

Der beiliegende Jahresbericht über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.  
Der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird für ihre Leistungen im Jahr 2015 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

24.)

Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für  
die Saison 2017/2018 und die Saison 2018/2019;  
Grundsatzbeschluss  
KB-K-73-2015

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 18.01.2016:

Die Dienststelle Kulturaktivitäten wird mit der Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saisonen 2017/2018 und 2018/2019 (Internationales Welser Figurentheaterfestival, Welser Abonnementkonzerte, Welser Theaterspielplan, Kornspeicherprogramm, Burggartenkonzerte), basierend auf den Voranschlag für das Jahr 2015 (€ 396.700,00) grundsätzlich beauftragt.

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vor. Dieser lautet: Die Dienststelle Kulturaktivitäten wird mit der Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saison 2017/2018 und 2018/2019 (Internationales Welser Figurentheaterfestival, Welser Abonnementkonzerte, Welser Theaterspielplan, Kornspeicherprogramm, Burggartenkonzerte), basierend auf dem zu erstellenden Kulturleitbild, grundsätzlich beauftragt.

Die Änderung bezieht sich auf das zu erstellende Kulturleitbild und ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. Wiesinger: Natürlich bekennt sich die ÖVP-Fraktion zu solch einer langfristigen Kulturplanung, jedoch kann ich auch diesem Abänderungsantrag etwas abgewinnen. An der Kulturstätte Greif äußerte der Rechnungshof berechtigte Kritik, weil das Hotel Greif sanierungsbedürftig ist. Diese Planungen beziehen sich natürlich auch auf die Spielstätte Greif, weshalb ich den Antrag zu Geschäftsordnung stelle, diesen Tagesordnungspunkt dem Kulturausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung gst. Tagesordnungspunktes an den Kulturausschuss zur weiteren Beratung wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 14 Nein-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
angenommen.

GR. Stojanovic, BSc, GR. Fila und GR. Hacker waren bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

25.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2016;  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauS-21-2016

Der Antrag (Anlage 25) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 11.02.2016:

Das in der Anlage beigefügte Straßenbauprogramm 2016 wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Mag. Humer: Es handelt sich dabei wieder um ein ambitioniertes Straßenbauprogramm. Auf der einen Seite beschließen wir als Gemeinderat gewisse Summen zur Bedeckung. Die andere Seite ist die geleistete Arbeit. Diese ist ganz ausgezeichnet.

Gerade bei der Straßenerhaltung wird zukünftig Feinasphalt ein Thema sein. Techniker erklärten mir, dieser Feinasphalt dient als Schutzschicht für den Unterbau. Das kostet zuerst sehr viel Geld, spart aber mittelfristig bis langfristig wieder Geld, um den Unterbau zu schützen. Wenn wir vernünftige Straßen haben wollen, wird es uns nicht ausbleiben – gerade bei den stark frequentierten Straßen – Geld in die Hand zu nehmen, Feinbeläge aufzubringen, denn dann habe ich für die nächsten 10 bis 15 Jahren meine Ruhe. In diesem Sinne werden wir diesem Straßenbauprogramm natürlich zustimmen. Danke an alle Mitarbeiter des Hauses Magistrat, die das von uns Beschlossene umsetzen.

GR. Taitl: Als Neustädter ist es mir ein Anliegen vorerst eine Einfädelungspur von der Waldschänke in die B 137 zu installieren. Das Land Oberösterreich ist für die Straßenerhaltung zuständig. Es wurde als erster Schritt eine Radarkabine installiert. Es wird bereits einige Jahre

mit dem Land verhandelt. So wurden schon mehrere Varianten vorgeschlagen, wie Tunnel, Ampel und Kreisverkehr. Ich hoffe, in nächster Zeit wird eine sinnvolle Lösung gefunden.

Für die Bewohner der Neustadt ist das Parkdeck beim Bahnhof von großer Wichtigkeit, da die Parknot mittlerweile unerträglich wurde. 2008 wurden die Gespräche durch den damaligen Verkehrsstadtrat Kroiß wieder aufgenommen. Es gibt schon einen Planungsauftrag. Herr Baudirektor DI. Pany und seine Mitarbeiter der Dienststellen Stadt- und Verkehrsplanung und Hochbau sind sehr intensiv damit beschäftigt, damit die Park & Ride-Anlage bald verwirklicht wird. Das Parkhaus der Firma Lutz in der Wallerer Straße würde natürlich eine nochmalige Entschärfung der Parksituation ergeben. Ein Kreisverkehr anstelle der Kreuzung Oberfeldstraße/Grieskirchner Straße würde den Verkehrsfluss in beide Richtungen erleichtern.

Beim Umbau des Interspar-Einkaufcenters werden die Zu- und Abfahrten vom Parkplatz geändert sowie jeweils eine Abbiegespur zum Bauhaus und zur Straubinger Straße errichtet. Es muss uns gelingen, den LKW-Verkehr aus den Wohngebieten zu bringen. Den Ziel- und Quellverkehr können wir als Konsumenten nicht verhindern. Aber es kann nicht sein, dass jemand das Ortsgebiet als Abkürzung nimmt. Wir haben bald vier Autobahnabfahrten, da wird wohl für jeden LKW-Fahrer eine Abfahrt dabei sein.

GR. Schönberger: Ich möchte auf einen Punkt des Straßenbauprogrammes in der Oberfeldstraße eingehen. Seit 12 Jahren diskutieren wir darüber, wie wir die dortigen Bewohner einigermaßen sicher über die Straße bringen, damit sie zum Einkaufszentrum, zur Apotheke etc. gelangen. Jetzt liegt ein Antrag der Firma Interspar zum Umbau vor und es wird geglaubt, dass sei die beste Lösung. Ich würde ersuchen, bei einer solchen Planung mit den Anrainern zu sprechen. Verantwortlich sind wir in erster Linie den Welsern und sicher nicht den Buchkirchnern und allen anderen, die zum Einkauf nach Wels kommen. Wir sind für die Sicherheit der Welser verantwortlich, deshalb würde ich mir dort wirklich eine Lösung wünschen, die nicht zu Lasten der Bewohner geht, sondern für die Bewohner eine Lösung ist und nicht nur für die Fa. Interspar.

GR. Zaunmüller: Zu diesem Straßenbauprogramm möchte ich ein paar Punkte anführen, die der ÖVP-Fraktion besonders wichtig sind. Es ist ein ambitioniertes, sauberes, hochdotiertes und solides Programm. Es ist aber kein Programm mit Visionen für die Zukunft. Das kann es aber auch nicht sein. Wir haben einen neuen Referenten, der sich entsprechend in dieses Metier einarbeiten wird. Wir haben einen neuen Ausschuss, der sich die nächsten Jahre ausführlich damit beschäftigen wird. Ich möchte auf drei Punkte hinweisen, die mir sehr wichtig sind und von der ÖVP-Fraktion heute schon sehr deutlich betont wurden.

Zum einen ist das der Kaiser-Josef-Platz, der dringend einer umfassenden Relaunche bedarf. Er verfügt über einen Busbahnhof, wo sich alle zwanzig Minuten die Busflotte trifft und nach Ablauf der Wartezeit zu einem sog. „Massenstart“ aufbricht und den Osten und den Westen des Kaiser-Josef-Platzes mehr oder weniger lang blockiert. Wir sind der Meinung, das gehört abgestellt. Ein „Busbahnhof 2“ hat am KJ nichts verloren. Selbstverständlich gehört eine Haltestelle für alle Welser Linien am KJ - es muss eine geeignete Ein- und Ausstiegstelle gefunden werden. Ich bin der gleichen Meinung wie StR. Hoflehner, der sagte: Wir nehmen die Alltags- und Freizeitsorgen der Fahrradlenker ganz besonders ernst. Dazu bekenne ich mich ausdrücklich.

In diesem Zusammenhang besteht ein Problem, das einer sofortigen Lösung bedarf. Wenn der Fahrradfahrer aus der Neustadt durch die Unterführung fährt und dann bei der Ampelkreuzung zum Stehen kommt, endet der Fahrradweg, wenn dieser Richtung Süden weiter fahren möchte. Ich fahre jeden Tag diese Strecke und hier kommt es oft zu dramatischen, lebensgefährlichen Situationen. Dieses Projekt hat nicht Zeit bis etwas passiert, sondern das müssen wir gemeinsam ehebaldigst angehen.

Ein letzter Punkt betrifft das immer größer werdende Verkehrsaufkommen. Die Mobilität der Menschen wird immer mehr und dem muss entsprechend Rechnung getragen werden. Die letzte ordentlich aufbereitete und durchgeführte Verkehrsflusszählung ist exakt 10 Jahre her. 2005 befasste sich der damalige Verkehrsstadtrat Strassl sehr umfassend mit dieser Materie. Hier ist dringend Handlungsbedarf gegeben, denn es änderte sich sehr viel in der Mobilität und im Straßenverkehr. Ein Ansatz ist meiner Meinung nach die sogenannte Architektur im Straßenverkehr und die Thematik. Ein ganz visionärer neuer Ansatz, der berücksichtigt, dass sich die sogenannten Leer- und Suchfahrten der Verkehrsteilnehmer dramatisch reduzieren. Das bedeutet, es werden weniger Kilometer gefahren, einen geringeren CO2-Ausstoß, eine großartige Reduktion der Umweltbelastung. Ebenso sollten wir attraktive und alternative Verkehrsmittel etablieren. In diesem Sinne wartet in den nächsten sechs Jahren eine große Aufgabe auf uns.

GR. Hoflehner: Ich danke für alle Beiträge. Zur Römerwallkreuzung möchte ich anmerken, da ich selbst jetzt auch nicht mehr durch die Vogelweide-Unterführung sondern durch die Neustadt-Unterführung mit dem Fahrrad fahre, dass dieses Problem schon sehr lange besteht und natürlich einer Lösung bedarf.

Herr Tailt, zur Parkgarage der Firma Lutz gebe ich ihnen vollkommen Recht, glaube aber, dass dort begleitende Maßnahmen notwendig sind und durch die Errichtung der Parkgarage die Parksituation in der Römerstraße anders werden wird.

Dem Kollege Schönberger schilderte ich schon in meiner Budgetrede mein Verständnis. Verständnis alleine ist einmal eine Grundlage, eine Basis, aber noch keine Lösung. In dieser Frage werden wir uns sicherlich gemeinsam sehr bemühen.

Bei den Radfahrern wollte ich noch erwähnen, es geht auch um die Fußgänger, denn Wels sollte auch zu Fuß ergangen werden können. Und zwar mit dem gleichen Sicherheitsgefühl und ähnlichen Bedingungen was Komfortabilität und Übersicht betrifft. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 25. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

26.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem uneinbringliche Forderungen zum Planwertausgleich aus Altverträgen (vor ROG-Novelle 2011) abgeschrieben werden  
BauD-SVP-79-2016

Der Antrag (Anlage 26) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 10.02.2016:

Der Betrag von € 78.806,00 Verlassenschaft Frau Ernestine Maderböck mit Vertragsdatum vom 11.03.2010 wird zur Gänze abgeschrieben.

Der Betrag von € 164.205,00 Sport Eybl Immobilien AG mit Vertragsdatum vom 16.02.2009 wird zur Gänze abgeschrieben.

Der Betrag von € 45.000,00 Frau Marianne Kapsberger mit Vertragsdatum vom 14.07.2010 wird zur Gänze abgeschrieben.

Einstimmig angenommen.

27.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 4/2003 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 generelle Überarbeitung mit Beschlussfassung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 5/2015 mit dem Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 2/2015, bestehend aus dem Funktionsplan und ergänzenden textlichen Festlegungen – überarbeitete Fassung  
BZ-BauR-3500-2009

Der Antrag (Anlage 27) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 10.02.2016, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 4/2003 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 generelle Überarbeitung mit Beschlussfassung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 5/2015 mit dem Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 2/2015, bestehend aus dem Funktionsplan und ergänzenden textlichen Festlegungen – überarbeitete Fassung, beschließen.

GR. Spindler: Wir halten das ÖEK für durchaus richtig und wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt. Das ÖEK kann der Wirtschaft den nötigen Impuls geben, damit Wels wieder zum Top-Standort in Österreich wird. Mit den neuen Betriebsbaugebieten, durch die optimale Verkehrsanbindung und die gute Infrastruktur haben wir die Möglichkeit Industrie-, Klein- und Mittelbetriebe zu halten und nach Wels zu holen. Auch die straßenbaulichen Maßnahmen werden sich positiv auf die Stadt auswirken.

GR. Mag. Mayrhofer: Das Land Oberösterreich kritisiert an dem von der Stadt vorgelegten ÖEK, dass hier ganz wesentliche Plangrundlagen fehlen - diese fehlen nach wie vor. Wir arbeiten nur mit einem Flächenwidmungsplan, ohne uns beispielsweise eine Gesamtbetrachtung des Verkehrs anzusehen. Diese Gesamtbetrachtung ist aber notwendig, um den Antragswerbern eine Planungssicherheit gewähren zu können.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir äußerten bereits bei der Diskussion zum ÖEK im Juni 2015 unsere Bedenken. Dieses ÖEK enthält sehr viel Positives. Der grundsätzliche Einwand besteht auch bei uns – ähnlich der des Landes Oberösterreich -, dass wir mit den zur Verfügung stehenden Flächen zu großzügig umgehen. Wir finden, dass jenseits der Autobahn, abgesehen von den bereits umgewidmeten Flächen, derzeit keine Gründe für Betriebsbaugebiete oder andere Zwecke gewidmet werden sollen. Deshalb halten wir nichts von einem solchen Beharrungsbeschluss. Als solchen sehe ich den heute zu fassenden Beschluss. Wir sollten uns mit den Einwänden wirklich auseinandersetzen.

Ich weiß, dass wird nicht der Fall sein. Die auf Beamtenebene geäußerten Einwände werden auf politischer Ebene „von oben weggewischt und schließlich durchgewunken“. Aber wir werden hier dennoch nicht zustimmen.

StR. Lehner: Natürlich ist das kein Beharrungsbeschluss! In einem Ordnungsverfahren sind Versagensgründe ganz normal. Wir diskutierten die Versagensgründe intern sehr intensiv. Dabei darf ich ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter Baudirektor Dipl.-Ing. Pany, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pichler und Mag. Hauser-Ausweger richten, die mit intensiven Gesprächen Argumente auf den Tisch brachten. Einer dieser Punkte betraf das Betriebsbaugebiet, wo wir klar feststellen und klarlegen konnten, dass in den nächsten 10 Jahren ein geschätzter Bedarf von 122 ha besteht. Das Land Oberösterreich war der Meinung, wir können dies durch den Wirtschaftspark Voralpenland abdecken. Faktum ist, alleine für den Wirtschaftspark sind 97 ha gemeldet. Wels ist Teil dieses Wirtschaftsparks und daher gibt es auch nur ein ÖEK mit Flächen, die Betriebsbau ermöglichen. Sonst wäre die Stadt Wels als Arbeitgeber und

arbeitsplatzschaffende Stadt zukünftig sehr schlecht aufgestellt. Es ist wichtig unseren Unternehmern Perspektiven anbieten zu können.

Zu den angesprochenen fehlenden Plangrundlagen wurde in den textlichen Ergänzungen nochmals darauf hingewiesen, dass im Zuge eines Widmungsverfahrens natürlich Detail-Verkehrsplanungen, wasserrechtliche und umweltschutzrechtliche Planungen durchzuführen sind. Wir bereiteten für Wels-Nord eine Verkehrsplanung vor, die die Plausibilität unserer Planungen gewährleistet und die zeigt, dass diese Entwicklungen nicht nur für ein mögliches Betriebsbaugebiet in Wels-Nord sehr erfreulich sind, sondern auch positive Aspekte bringt für umliegende Siedlungsbereiche und dass es hier zu Entlastungen, zu Entflechtung und Vereinfachung von Verkehr bis zu der Einmündung im Bereich Sonnenpark kommen kann. Also durchaus intensive Planungen und nicht ein Beharrungsbeschluss, sondern ein Aufeinander-zugehen, Verständnis erwirken und fachliche Diskussionen. Deshalb denke ich, das ÖEK und der Flächenwidmungsplan sind heute definitiv beschlussreif.

Der Antrag zu Punkt 27. der Tagesordnung wird mit

gegen 32 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion+ NEOS)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Zaunmüller war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

28.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 304/1.9 (Stadtteil Vogelweide)  
BZ-BauR-6007-2015

Der Antrag (Anlage 28) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 10.02.2016, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 304/1.9 (Stadtteil Vogelweide) beschließen.

GR. Mag. Prof. Teubl: Seitens der GRÜNEN freuen wir uns sehr, dass unsere seinerzeitige Anregung initiativ zu werden im Hinblick auf eine S-Bahn-Station für Wels-West nun auch von den Planungsgegebenheiten in diesem von uns vorgeschlagenen Raum möglich erscheint. Wir hoffen, es kommt irgendwann einmal dazu, dass die S-Bahn, die ab Herbst bereits etabliert sein soll, dann nicht im Wels-Hauptbahnhof endet, sondern darüber hinausgeht und in Wels-West eine entsprechende Station erhält.

Der Antrag zu Punkt 28. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

29.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 221/D.1.1 (Stadtteil Lichtenegg)  
BZ-BauR-6012-2015

Der Antrag (Anlage 29) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 10.02.2016, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 221/D.1.1 (Stadtteil Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Raggl-Mühlberger.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

30.)

Jahresbericht 2015 der Kontrolle und Revision  
gemäß § 39 Abs.3 StW. 1992 i.d.g.F.  
MD-IR-2-2016

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 19.01.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Jahresbericht 2015 der Kontrolle und Revision zur Kenntnis nehmen.

GR. Haböck: Schade, dass dieser wichtige Tagesordnungspunkt erst als Nr. 30 behandelt wird, denn meines Erachtens würde er eigentlich thematisch zum Budget passen. Es geht um die Kontrolle. Bei den Punkten Budget entscheiden wir darüber, welche Ausgaben wir als Stadt tätigen, wo unsere politischen Schwerpunkte liegen und wie die Ausgaben- und Schuldensituation sich entwickelt. Da kommt die Kontrolle ins Spiel, wenn in den Kontrollberichten Projekte angeführt sind, die teilweise Steigerungsraten in den Kostenüberschreitungen von 34 % aufweisen bzw. teilweise sogar 98 % teurer sind als veranschlagt. Diese Projekte und Kostensteigerungen werden trotzdem im politischen Gremium des Gemeinderates mit Mehrheit „durchgewunken“. Deshalb ist es umso wichtiger darauf hinzuweisen, welche entscheidende Rolle die Kontrollstelle und zukünftig der Stadtrechnungshof hat.

Ich bedanke mich wie jedes Mal bei meiner Wortmeldung zum Kontrollbericht sehr herzlich bei den Mitarbeitern der Kontrollstelle unter der Leitung von Frau Mag. Hofer. Die Arbeit dieser Kontrollorgane ist ein nicht zu unterschätzender Teil der Arbeit dieses Gemeinderates. In jeder Kontrollausschusssitzung kommen wir auf neue Ungereimtheiten bzw. kommen von Seiten der Kontrollstelle Informationen und Verbesserungsvorschläge, die langsam aber stetig umgesetzt werden. Diese Kontrollberichte sind für politische Mandatäre unverzichtbar und ich weise jedes Mal wieder darauf hin und bitte alle politischen Mandatäre diese Kontrollberichte und Vorschläge der Kontrollstelle ernster zu nehmen. Denn hier geht es um Millionen von

Steuergeldern der Welser. Wir sind nicht nur gesetzlich, sondern auch moralisch dazu verpflichtet, mit den Steuergeldern sorgsam und effizient umzugehen.

Ich möchte in den nächsten sechs Jahren keinen Kontrollbericht mehr erleben, wo Projektkostensteigerungen von 98 % einfach durchgewunken werden. Darauf gebe ich auch als Mitglied des Kontrollausschusses und der ÖVP-Fraktion das Versprechen, diesen Projekten sicher nicht zuzustimmen und auf die Kontrolle noch ein stärkeres Augenmaß zu legen.

GR. Schönberger: Der Dank der SPÖ-Fraktion gilt Frau Mag. Hofer und ihrem Team, die die Kontrollarbeiten in den letzten Jahren immer sehr ordentlich und aufklärungsreich abarbeiteten. Wir hoffen, dass unter dem neuen Namen Stadtrechnungshof die Thematik etwas vertieft und verbreitet wird, weil das Aufgabenspektrum doch größer wird. Kontrolle ist gut, Herr Haböck, aber wenn die Projekte teuer werden, können wir nach deren Abarbeitung die Kosten später nicht mehr ändern. Das Problem der Kontrolle ist, nicht nach vorne zu schauen, sondern nur das Abgearbeitete noch einmal kontrollieren zu können.

GR. Hufnagl: Ich bin zwar erst seit kurzem Mitglied dieses Gemeinderates und war nur bei sehr wenigen Sitzungen des Kontrollausschusses dabei, konnte mich aber von der hochqualifizierten Arbeit der Mitarbeiter überzeugen. Auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön! Ich bin nur mit dem Jahresbericht nicht ganz zufrieden. Von Herrn Mag. Teubl hieß es, dass die gesetzlichen Bestimmungen es nicht zulassen einen besseren Bericht zu veröffentlichen und Bgm. Dr. Rabl meinte, ich würde ihn hier zum Amtsmissbrauch auffordern. Dazu möchte ich ganz entschieden dagegenhalten: In Wien veröffentlicht der Stadtrechnungshof nicht nur den Bericht, auch die ganzen Amtsberichte werden online gestellt. Das ist auf der Homepage ersichtlich, aber Wien ist vielleicht anders. (GR. Hufnagl zeigt zum Vergleich die Tätigkeitsberichte von Linz und Wels.) Ich würde mir ein bisschen mehr Transparenz wünschen. Mir ist nicht bekannt, dass der Linzer und der Wiener Bürgermeister wegen Amtsmissbrauch im Gefängnis sitzen. So denke ich mir, ein bisschen mehr Transparenz wäre möglich.

GR. Mag. Prof. Teubl: Danke für die Diskussion! Vor allem auf die Wortmeldung vom Kollegen Hufnagl habe ich schon gewartet. Mehr Transparenz ist auch mir ein Anliegen. Daher wäre es sehr gut, wenn unsere Berichte auch inhalts- und umfangreicher werden würden. Es sollte rechtlich abgeklärt werden, was möglich ist und wir sollten uns an anderen Städten ein Beispiel nehmen. Ich werde das im nächsten Kontrollausschuss thematisieren und ersuche den Stadtrechnungshof dementsprechende Erkundigungen einzuholen, damit detailliert Auskunft gegeben werden kann, was möglich ist und was nicht. Größtmögliche Transparenz sollte unser aller Anliegen sein.

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 19.02.2016:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Jahresbericht 2015 der Kontrolle und Revision zur Kenntnis nehmen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Erhalt des Bargeldes, Bargeldfreiheit zu garantieren und die Abschaffung des Bargeldes auch in Zukunft zu verhindern; Resolution Di-Verf-2004-2015

GR. Haböck: Zuerst möchte ich mich bedanken, dass die Dringlichkeit mit fast allen Stimmen zuerkannt wurde. Das Thema ist dringend, aber wir werden es nicht hier im Gemeinderat entscheiden. Weil die politische und mediale Debatte auf allen Ebenen dazu entflammte, ist es wichtig dazu ein klares Signal auszusenden, eine klare Stellungnahme als gewählte Mandatäre, als Stadtregierung und als Gemeinderat abzugeben und sich für den Erhalt des Bargeldes einzusetzen.

Wenn in Deutschland wieder darüber diskutiert wird Bargeldobergrenzen einzuführen, wenn Bankenvertreter die sofortige Abschaffung des Bargeldes fordern und der EZB-Rat gleichzeitig über die Abschaffung von gewissen Scheinen diskutiert, dann kann das nicht einfach als Geplänkel abgetan werden. Als mündiger Bürger und auch als Politiker muss das sehr ernst genommen werden. Vorrangiges Argument seitens der Politik und der EZB ist es, dass mit diesen Maßnahmen Schwarzgeld und Terrorfinanzierung unterbunden werden sollen. Selbstverständlich hat es Auswirkungen auf alle Bürger, denn die Beträge der Obergrenze sind willkürlich gesetzte Beträge. In manchen Ländern 3.000 Euro, in manchen Ländern 5.000 Euro und in verschiedenen Diskussionen sogar 2.000 Euro. Woher kommen diese willkürlichen Beträge? Könnten diese Beträge nicht auf 1.000 oder 500 Euro reduziert werden? Unweigerlich würde das zu einem Bargeldverbot führen. Diese Beschränkung des Einzelnen wird von der ÖVP-Fraktion strikt abgelehnt.

Eines muss klar sein: Nur wer mit Bargeld zahlen kann, bleibt frei von Kontrolle, Überwachung und Nachvollziehbarkeit durch den Staat. Sparguthaben zu besitzen wäre dann nicht mehr möglich. Finanzielle Reserven der Bürger wären nur mehr als Buchgeld erhalten und könnten gerade im Zuge von Bankenpleiten und Staatspleiten ohne Diskussion eingezogen werden. Einführung von Negativsteuern auf Sparguthaben würden Tür und Tor geöffnet und niemand könnte sich mit privat erspartem und hart verdientem Geld davor schützen. Der gläserne Mensch wäre absolute Realität und der Staat hätte die volle Kontrolle über alle Kaufgewohnheiten der Bürger.

Ich zahle selbst sehr gerne mit Karte, weil es bequem ist. Aber die Wahlfreiheit für die Bürger muss gewahrt bleiben. Jeder Mandatar, der eine Verantwortung trägt, ist dazu aufgerufen die Freiheit der Bürger zu schützen und zu verteidigen. Deshalb bitte ich um ein klares Signal nach außen, dass wir uns für die Freiheit des Bargeldes einsetzen.

GR. Mag. Prof. Teubl: Die Abschaffung des Bargeldes – so wie hier im Antrag formuliert – ist eigentlich von niemanden derzeit geplant. Das wissen sie ganz genau! Geplant ist eine Begrenzung des Bargeldvolumens, mit dem Käufe getätigt werden können. Nur wer mit Bargeld zahlen kann, ist frei von Kontrolle. Das ist genau der Punkt! Nur wer Bargeld in einem schwarzen Koffer über die Grenze bringen kann, wie es einst ihr sehr geschätzter Finanzminister Karl-Heinz-Grasser machte, nur wer Steuerhinterziehungen auf diese Art und Weise vornehmen kann und ähnliches, also wer krumme Geschäfte macht, muss Kontrolle fürchten, wenn es um große Beträge geht. Niemand will kontrollieren, was sie beim Billa kaufen, niemand will kontrollieren, was sie sonst mit Bargeld im kleinen Rahmen machen. Die Abschaffung der Möglichkeit Bargeldbeträge in großem Ausmaß irgendwohin an der Steuer und der Justiz vorbei zu transferieren, das alles kann ich tatsächlich nicht befürworten. Das hat mit der Freiheit der Bürger nichts zu tun. Das hat mit der Freiheit von kriminellen Elementen zu tun - zu tun und lassen was sie wollen auf Kosten der Bürger.

Für die Abschaffung des Bargeldes sind auch wir nicht. Aber der Antrag suggeriert, dass mit der Abschaffung des 500-Euro-Scheines und mit einer Deckelung der Möglichkeit der Bargeldzahlung bereits die Freiheit des Bürgers eingeschränkt ist, das kann ich so nicht sehen.

GR. Hufnagl: Ich möchte zuerst eine von mir getätigte Aussage korrigieren: Ich wurde gerade darauf hingewiesen, dass nicht jeder Gemeinderat, sondern nur die Fraktionsvorsitzenden ein gedrucktes Exemplar des Voranschlages erhalten. Deshalb ändere ich meinen Wunsch dahingehend, dass jeder Gemeinderat ein „Excel-Exemplar“ erhält.

Wir werden dieser Resolution zur Erhaltung des Bargeldes zustimmen. Bargeld ist ein Ausdruck von Freiheit und ein Schutz gegen den allumfassenden Überwachungsstaat. Die NEOS stehen für Freiheit und gegen den gläsernen Bürger. Befremdlich finde ich, dass sich die ÖVP-Fraktion als Bewahrer der Freiheitsrechte aufspielt. Gerade die ÖVP ist in den letzten Jahren immer aufgefallen, wenn es darum ging, Rechte der Bürger zu beschränken. Wie beispielsweise die Vorratsdatenspeicherung, die Konteneinsicht oder das neue Staatsschutzgesetz. Diese Punkte kritisierten wir NEOS immer auf das Schärfste und jetzt macht Herr Dr. Lopatka von der Bundes-ÖVP eine Kampagne daraus. Ich glaube, er will einfach von anderen Themen ablenken. Trotzdem werden wir dieser Resolution zustimmen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Herr Hufnagl, ihre Wortmeldung zur Resolution war etwas daneben. Erstaunlich, das aus ihrem Munde zu hören. Ich weise es auf das Schärfste zurück, dass wir ablenken wollen. Wir nehmen die Sorgen und Bedenken der Bevölkerung ernst. Herr Kollege Mag. Teubl, sogar Herr Kocka von der Universität Linz – es würde ihnen sicher gut tun, etwas von ihm zu lesen - hat davon gesprochen, dass das Bargeld abgeschafft wird. Mit den vorgebrachten Argumenten von GR. Haböck wird das Bargeld ganz massiv verteidigt. Und ich hoffe nicht, dass sie Herrn Kocka, dem Finanzprofessor unterstellen, dass er Schwarzgeldkoffer unterstützen möchte oder sonst irgendetwas anderes beabsichtigt. Daher würde ich anraten, sich vor solchen unqualifizierten Wortmeldungen einzulesen.

GR. Haböck: Danke für die Diskussion und die Signalisierung der Zustimmung! Herr Kollege Mag. Teubl, zu glauben, dass Terrorfinanzierung über Koffer funktioniert, ist leider etwas realitätsfern.

Ich wusste, dass sie mit dieser Argumentation kommen, weil Kriminelle, Millionen in Schwarzgeldkoffern und Steuerhinterzieher Standardargumentationen sind. Ist das wirklich die Meinung, die sie von Bargeldfreiheit wollenden Bürgern haben, dass sie in einen Topf geworfen werden mit Steuerhinterziehern, mit Terrorfinanzierern und mit Schwarzgeldkofferüberbringern? Ist jeder, der einen 500 Euro-Schein von seinem hart erarbeiteten Sparguthaben besitzt, bei dem der Staat schon zur Genüge zugegriffen hat und das er nun zu Hause verwahrt, ein Steuerhinterzieher? Das genau ist dieser totale Staat, den ich nicht möchte und den ich zu verhindern versuche. Welche politischen Gremien legen es fest, ab welcher willkürlichen Grenze es plötzlich illegal sein soll Geschäfte zu tätigen? Legen die GRÜNEN, der Gemeinderat oder die Abgeordneten fest, wie die Bürger zu zahlen haben? Entscheiden sie, ob der Einkauf bei Billa um 5 Euro oder um 200 Euro der Kontrolle unterliegt? Einzig der Bürger soll das entscheiden, die mit ihrem Geld machen dürfen, was sie wollen. Deshalb müssen wir uns für diese Freiheit einsetzen. Ich habe nicht gesagt, es wird von den offiziellen Stellen geplant, aber es wird diskutiert und wenn etwas so intensiv diskutiert wird, wird es auch vorbereitet.

Ich bedanke mich für die breite Mehrheit zu diesem Antrag, denn der Welser Gemeinderat möchte vorbeugen, bevor es überhaupt geplant wird und in die Umsetzungsphase kommt. Wir danken auch den NEOS für die Unterstützung gegen den totalen Staat. Ich bitte um Abstimmung und bedanke mich im Voraus für die breite Mehrheit.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 31) wird mit

28 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS, SPÖ-Fraktion - GR. Schönberger, GR. Scheinecker, GR. Mag Simunovic, von der GRÜNE-Fraktion - GR. Mag. Mayerhofer, GR. MMag. Rumerstorfer)  
gegen 8 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion - Vzbgm. Huber, GR. Ganzert, GR. Brenner, GR. Humer, GR. Wildfellner, GR. Wimmer, GR. Kirchmayr, GRÜNE-Fraktion - GR. Prof. Mag. Teubl)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die rege Diskussion und erklärt anschließend die Sitzung für geschlossen.

### ***H I N W E I S für Internet-Nutzer:***

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 30.05.2016 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*